

Dreizehnte Sitzung – Treizième séance

Donnerstag, 17. Dezember 1992, Vormittag
Jeudi 17 décembre 1992, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Schmidhalter

92.029

Rassendiskriminierung. Uebereinkommen und Strafrechtsrevision Discrimination raciale. Convention et révision du droit pénal

Botschaft, Beschluss- und Gesetzentwürfe vom 2. März 1992
 (BBl III 269)
 Message, projets d'arrêté et de loi du 2 mars 1992
 (FF III 265)

Kategorie II/III, Art. 68 GRN – Catégorie II/III, art. 68 RCN

Frau **Stamm** Judith, Berichterstatterin: Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 19 zu 2 Stimmen, dem Bundesbeschluss betreffend das Internationale Uebereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung zuzustimmen. Bei den einzelnen Artikeln empfehle ich Ihnen, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Dieses Uebereinkommen wurde am 21. Dezember 1965 durch die Generalversammlung der Uno verabschiedet. Es war als Reaktion auf antisemitische Vorfälle in vielen Teilen der Welt erarbeitet worden. Am 4. Januar 1969 trat es nach 27 Ratifikationen in Kraft. Bis heute sind dem Uebereinkommen 130 Staaten beigetreten. Dazu gehören Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich, Belgien, Holland, Luxemburg, die skandinavischen Länder, um nur einige der 130 Staaten zu nennen, die uns politisch und kulturell nahestehen und ähnlich sind.

Im Anhang der Botschaft können Sie der Präambel des Uebereinkommens entnehmen, worauf es sich stützt. Es ist die Feststellung, welche in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Uno enthalten ist, dass alle Menschen frei und an Würde und Rechten gleich geboren sind und dass es deshalb nicht angeht, ihnen aufgrund der Rasse, der Hautfarbe oder der Abstammung Rechte und Freiheiten vorzuenthalten, also Menschen aufgrund ihrer Rasse zu diskriminieren. Diese Diskriminierung soll – immer gemäss Einleitung – u. a. deshalb bekämpft und beseitigt werden, weil sie geeignet ist, den Frieden und die Sicherheit unter den Völkern wie auch das harmonische Zusammenleben der Menschen innerhalb eines Staates zu stören. Die Gedanken in der Einleitung zum Abkommen datieren aus den sechziger Jahren. Sie sind heute auch in unserem Lande aktueller denn je.

In Artikel 1 des Abkommens ist umschrieben, was als Rassendiskriminierung verstanden werden soll: «In diesem Uebereinkommen bezeichnet der Ausdruck 'Rassendiskriminierung' jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschliessung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Geniessen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.» Es geht also um die Verhinderung der Rassendiskriminierung im öffent-

lichen Bereich, weil dadurch der öffentliche Friede, das friedliche Zusammenleben der Menschen, gestört werden kann. Sie werden sehen, dass dieses Merkmal der Öffentlichkeit auch im neuen Strafrechtsartikel 261bis enthalten ist.

Der Bundesrat ist der Meinung, dass dieses Uebereinkommen eines der wichtigsten Instrumente der Vereinten Nationen zum Schutze und zur Förderung der Menschenrechte sei. Das Parlament hat den Bundesrat in seiner konsequenten Menschenrechtspolitik immer unterstützt, u. a. durch die Genehmigung der Menschenrechtspakte, die uns letztes Jahr vorgelegt wurden. Der Beitritt zum vorliegenden Uebereinkommen stellt einen weiteren wichtigen Schritt dieser schweizerischen Menschenrechtspolitik dar. Diese Meinung vertritt auch die Aussenpolitische Kommission (APK) des Nationalrates, die uns einen Mitbericht hat zukommen lassen. Ihrer Ansicht nach hat die Bedeutung dieses Abkommens in letzter Zeit erheblich zugenommen. Die APK weist darauf hin, dass im Anschluss an den Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems zahlreiche Konflikte im Zusammenhang mit ethnischen, nationalen und Minderheitenfragen ausgebrochen sind. Gleichzeitig sind auch in unserem Lande besorgniserregende fremdenfeindliche Tendenzen festzustellen. Für die APK wie für die Kommission für Rechtsfragen ist der Beitritt zu diesem Abkommen eine Frage der Glaubwürdigkeit der Menschenrechtspolitik unseres Landes.

Der Beitritt zum Uebereinkommen verpflichtet uns in unserem Lande, mit allen geeigneten Mitteln gegen Rassendiskriminierung anzugehen und das Verständnis unter allen Rassen zu fördern. Der Beitritt verpflichtet uns aber auch, bestimmte Handlungen, die dem Verbreiten von Rassenhass Vorschub leisten, unter Strafe zu stellen. Dazu dient der neue Artikel 261bis StGB.

Wenn Sie die Fahne betrachten, die Ihnen zu diesem Geschäft abgegeben wurde, sehen Sie, dass Ihnen der Bundesrat den Beitritt zum Uebereinkommen mit zwei Vorbehalten vorschlägt. Der Vorbehalt unter Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a bezieht sich auf den Konflikt, der sich zwischen Artikel 4 des Abkommens und der Meinungsäusserungs- und der Vereinsfreiheit ergeben könnte. Die Kommission stimmte diesem Vorbehalt mit 13 zu 6 Stimmen zu. Der Vorbehalt unter Buchstabe b bezieht sich auf die zukünftige Ausländerpolitik unseres Landes. Auch hier folgte die Kommission nach eingehender Diskussion mit 12 zu 9 Stimmen dem Bundesrat. Im Zusammenhang mit diesem Vorbehalt ist auch das Postulat I der Kommission zu sehen. Wir werden uns in der Detailberatung noch näher mit diesen Punkten befassen können.

Die Mehrheit der Kommission möchte dem Bundesrat nur bei Absatz 1 Buchstabe b die Möglichkeit offenlassen, den Vorbehalt zurückzuziehen. Im Fall des Vorbehaltes unter Buchstabe a müsste er sich dafür wieder an das Parlament wenden.

In der Frage der Unterstellung unter das fakultative Staatsvertragsreferendum schloss sich Ihre Kommission genau wie die APK im Mitbericht der Meinung des Bundesrates an, wonach das Uebereinkommen nicht dem fakultativen Referendum zu unterstellen sei. Auch darüber werden wir uns in der Detailberatung noch unterhalten können.

Der Kommission lag der Vorschlag vor, eine Ombudsstelle zu schaffen, der jetzt von Frau Dormann wiederaufgenommen wurde. Dieser Antrag wurde mit 10 zu 8 Stimmen abgelehnt. Wir werden in der Detailberatung darauf zurückkommen.

Hingegen wurde mit 9 zu 3 Stimmen ein Postulat II der Kommission angenommen. Der Bundesrat wird eingeladen, eine eidgenössische Kommission gegen Rassismus einzusetzen. Diese Absicht hat der Bundesrat bereits auf Seite 53f. der Botschaft sehr eingehend begründet. Er wird in diesem Vorhaben von der Kommission unterstützt, und wir bitten auch den Rat eindringlich, das Postulat zu überweisen.

Als Konsequenz des Beitritts zum Uebereinkommen zur Beseitigung der Rassendiskriminierung unterbreitet der Bundesrat zwei neue Gesetzesartikel: Artikel 261bis des Strafgesetzbuches und Artikel 171c des Militärstrafgesetzes. Der Artikel 261bis des Strafgesetzbuches stützt sich auf Artikel 4 des Uebereinkommens, wo ausdrücklich der Erlass einer Strafnorm verlangt wird. Die Kommission unterbreitet Ihnen nach eingehender Beratung eine Formulierung, mit der sich,

wie wir hoffen, auch der Bundesrat wird einverstanden erklären können. Unter Strafe sollen gestellt werden: das öffentliche Aufrufen zu Hass oder Diskriminierung gegen Personen oder Gruppen einer bestimmten Rasse, Ethnie oder Religion; das öffentliche Verbreiten von Ideologien, welche Angehörige einer Rasse, Religion oder Ethnie herabsetzen oder verleumden, sowie die Förderung solcher Aktionen und die Teilnahme an solchen Aktionen; der öffentliche Angriff auf die Menschenwürde dieser Personen und Gruppen und das Leugnen, Verharmlosen oder Rechtfertigen von Völkermord oder anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit; das Verweigern des Zugangs zu einem Ort oder einer Dienstleistung, die für die Öffentlichkeit vorgesehen sind.

Bereits in der Botschaft des Bundesrates kommt zum Ausdruck, und in der Kommission wurde auch verschiedentlich darauf hingewiesen, dass der Kampf gegen Rassendiskriminierung nicht mit der Strafrechtsnorm geführt und gewonnen werden kann. Hier sind Erzieherinnen und Erzieher, Kulturschaffende, aber auch Politikerinnen und Politiker gefordert, Verständnis zu wecken, Verhältnisse und ein Klima zu schaffen, in welchem Rassendiskriminierung schon gar nicht Wurzeln fassen und sich entwickeln kann. Aber das ist ja leider auch in unserem Lande eine fast unlösbare Aufgabe. Deshalb benötigen wir als Ergänzung zu den anderen Massnahmen auch die Strafrechtsnorm. Sie soll ein Signal setzen, dass es uns ernst damit ist, die Würde der Menschen, die betroffen sein könnten, aber auch das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Rassen, Religionen und Ethnien in unserem Lande auch durch Androhung und im gegebenen Fall durch Ausfällung einer Strafe zu schützen.

Auch im Extremismusbericht, den wir nachfolgend behandeln, schlägt der Bundesrat als Massnahme den Beitritt zum Uebereinkommen und den Erlass einer Strafrechtsnorm vor. Ihre Kommission hat in ihrer zweitägigen Sitzung auch Hearings mit den Professoren Thürer, Kunz und Robert und den Herren Dr. Imhof und Dr. Bernhard durchgeführt. Zu diesen Hearings waren auch Mitglieder des Ständerates und der Aussenpolitischen Kommission eingeladen.

Es bleibt mir hier, der Aussenpolitischen Kommission für ihren Mitbericht und den Angehörigen der Verwaltung, Herrn Botschafter Krafft, Herrn Professor Krauskopf sowie den übrigen Damen und Herren zu danken, welche uns in unseren manchmal sehr schwierigen Beratungen sehr geduldig beistanden. Ich empfehle Ihnen im Namen der Kommission, dem Beitritt zum Uebereinkommen zuzustimmen, den Anträgen der Kommission zu folgen und den neuen Artikel des Strafgesetzbuches zu akzeptieren.

M. Comby, rapporteur: En préambule à mon rapport, je sou mets à votre réflexion ce témoignage bouleversant de Bertolt Brecht: «Quand ils ont arrêté des communistes, je me suis dit: 'Un ou deux communistes de plus ou de moins' Quand ils ont arrêté des juifs, je ne me suis pas inquiété, je me suis dit: 'Un ou deux juifs de plus ou de moins' Quand ils ont arrêté des catholiques, je me suis dit: 'Un ou deux catholiques de plus ou de moins' Quand ils ont frappé à ma porte, il n'y avait plus personne pour s'inquiéter.»

Le respect des droits de l'homme est l'affaire de chacun et dépend de l'engagement de tous. Chaque jour, les médias nous rappellent que des millions d'êtres humains dans le monde sont humiliés, bafoués et parfois même torturés. Les principes de l'épanouissement de la personne humaine découlent de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen proclamés par la Révolution française, repris et développés par la Charte des Nations Unies. Plus que jamais, nous devons défendre les libertés fondamentales des individus afin de respecter la dignité humaine.

Dans cet esprit – et en prolongement du rapport présenté par Mme Stamm Judith – le rapport que j'ai l'honneur et le plaisir de vous soumettre au nom de la Commission des affaires juridiques comporte deux parties. Première partie: quelques considérations générales sur le racisme. Deuxième partie: les raisons de l'adhésion de la Suisse à la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale.

Tout d'abord, quelques considérations générales sur le racisme. Comme l'a relevé Mme Stamm Judith, nous avons eu le privilège au sein de la commission d'entendre les auditions de plusieurs personnalités qui ont apporté un éclairage différent sur cette importante question. Pour ma part, les réflexions que je vais vous faire maintenant sont tirées d'une importante étude de Marc Houvet, intitulée «Comprendre le racisme», remise par la section suisse de la Ligue internationale contre le racisme et l'antisémitisme, la Licra. Les actes engendrés par le racisme, l'infériorisation, l'exclusion, la violence, la haine ont marqué toute l'histoire des rapports humains bien avant son apparition. Quel que soit le type de justification apporté à ces actes, les résultats sont les mêmes: négation des droits, du pouvoir, de la liberté, négation du fait même d'humanité pour les victimes. Même si le phénomène du racisme est relativement récent, il plonge ses racines dans l'Antiquité. En effet, l'Antiquité pré-chrétienne était une période caractérisée déjà par des ethnocentrismes culturels et politiques. Le moyen âge était plutôt dominé par les questions religieuses. Quant à la Renaissance et au siècle des Lumières, ce sont deux époques déterminantes avec l'apparition des notions de race et d'humanité. Enfin, le racisme historique couvre le passage à l'acte de la doctrine des races avec les funestes résultats que l'on sait.

De l'Antiquité aux grandes découvertes de 1492, le profil de l'esclave a changé. Au fil du temps, l'esclave se recrute d'abord parmi les captifs, les étrangers, les citoyens déchus – les valeurs référentielles, ici, sont d'ordre culturel et politique, – puis parmi les païens – ici les références religieuses sont dominantes. Avec l'esclavage des Africains, le cadre de références bascule progressivement du religieux aux traits naturels, puis à la race, notion qui prendra son sens actuel à la fin du XVIIIe siècle. La notion de race n'apparaît pas encore de manière explicite pour justifier ou accompagner les procédés affligés aux Africains, aux juifs, aux Maures et aux autres minorités de l'époque. Et pour cause: le terme race va naître «du bon côté» pour désigner le nec plus ultra de la gent humaine. En effet, c'est au XVIe siècle que le terme «race» apparaît dans la langue française. Il signifie alors la lignée, par filiation, de grandes familles, la race des Bourbons par exemple. A la fin du XVIe siècle cependant, ce terme commence à être utilisé à des fins idéologiques précises. La noblesse française, pressentant des menaces planer sur sa condition, réclame auprès du roi la suspension des anoblissements et le respect de ses anciennes prérogatives. Pour justifier ces prétentions, les familles nobles tentent d'établir un système d'arbre généalogique mettant en avant les vertus du sang, un sang attestant de leur appartenance à une variété particulière du genre humain. Selon la thèse retenue initialement, la race n'est pas une donnée constante et universelle. C'est une idée qui a mûri progressivement pour devenir un concept opératoire des sciences physiques et sociales. Du déterminisme social, on passe au déterminisme biologique. Toutes les disciplines sont imprégnées de cette passion de classer, de hiérarchiser l'espèce humaine en termes de races: anthropologie, ethnologie, médecine, philosophie, sciences juridiques et sociales. Et leurs résultats sont abondamment débattus et vulgarisés dans les cafés, les journaux, les cercles politiques et des ouvrages à fort tirage. Comment ces éléments de doctrine ont-ils pu pénétrer aussi facilement l'opinion publique européenne en cette fin de XIXe siècle? Une explication courante lie ce phénomène au bouleversement créé par la révolution industrielle sur fond de montée des nationalismes et de l'expansion coloniale.

Un décalage existe entre l'idéal égalitaire et universel, hérité de la période des Lumières et des révolutions américaine et française et les réalités sociales et économiques des années 1850 à 1900.

En Allemagne, les théories de la prétendue suprématie de la race aryenne se greffent sur le nationalisme montant. On n'hésitera pas, plus tard, à ressortir de la panoplie médiévale antijudaïque le port obligatoire d'un signe distinctif, l'étoile jaune notamment. De simple idée, la notion de race est devenue tour à tour un concept et une doctrine. Au moment où une doctrine pénètre le monde politique, on peut admettre qu'elle devient une idéologie. L'apparition des termes «raciste» et «racisme»

dans la langue française est révélatrice de l'évolution de la doctrine raciale. On attribue à Gaston Méry, pamphlétaire antisémite notoirement connu, la trouvaille du néologisme raciste en 1897. Le terme revêt alors le sens positif de l'être véritablement français, opposé aux internationalistes décriés dans l'affaire Dreyfus. En 1922, raciste désigne pour les patriotes français l'aile extrémiste de la droite nationaliste «völkisch» allemande qui se réclame du pangermanisme et de l'antisémitisme.

Parmi les applications concrètes de cette idéologie, l'expérience du régime national-socialiste du III^e Reich allemand demeure celle qui aura «réussi» l'irréparable synthèse des doctrines eugénistes et raciales: mesures pour purifier la race aryenne, expérimentations médicales, enfermement et extermination méthodique des «Untermenschen» ou «déchet» de la race humaine. La mise en pratique de ces mesures n'était en rien due à la situation de guerre, puisque la plupart des mesures prises par le Parti nazi l'ont été dès sa venue au pouvoir en 1933.

Voici quelques exemples de ces mesures: 14 juillet 1933, loi pour empêcher la descendance de personnes atteintes de maladies héréditaires; 7 avril 1934, interdiction de travailler dans la fonction publique pour les non-aryens; septembre 1935, droits politiques uniquement pour les citoyens de sang allemand; déni de ces droits aux juifs; interdiction de se marier et d'avoir des relations sexuelles extraconjugales entre les juifs/juives et les citoyens/citoyennes allemands/allemandes; mai 1937, stérilisation des enfants naturels issus des relations entre Allemandes et soldats noirs des troupes françaises lors de l'occupation de la Ruhr de 1919 à 1923. Les idéologues nazis cristallisent sur les juifs l'image de l'autre, l'ennemi absolu, une espèce de sur-autre menaçant la race supérieure aryenne de dégénérescence et qu'il faut à tout prix éliminer. Au nom de cette autodéfense, 6 millions de juifs, 200 000 tziganes, des centaines de milliers d'homosexuels et de communistes sont exterminés de 1933 à 1945.

Le national-socialisme allemand n'est malheureusement pas la seule action d'envergure nationale se référant explicitement à l'idéologie raciste. Les inventeurs de l'horreur humaine ont trouvé aujourd'hui des adeptes dans les campagnes de purification ethnique de l'ex-Yougoslavie.

Deuxième partie: les raisons de l'adhésion de la Suisse à la Convention internationale sur la discrimination raciale. Cette convention de 1965, qui complète judicieusement les pactes relatifs aux droits de l'homme approuvés l'année dernière par le Parlement, a été acceptée par 130 Etats. Indéniablement, cette convention a conservé toute sa raison d'être aujourd'hui. La montée de la violence raciste, le climat d'intolérance, la xénophobie et le refus de respecter le droit à la différence se traduisent par des actes qui portent atteinte à la dignité humaine. Les événements de Rostock et les manifestations de violence raciste, en Allemagne, ont jeté une lumière froide sur une triste réalité et sur les risques de dérive de la démocratie moderne. Plusieurs pays sont confrontés à cette même problématique douloureuse et dramatique. Malheureusement, la Suisse n'échappe pas à la règle. Des attaques contre des foyers de requérants d'asile se sont aussi produits dans notre pays et ici, à l'instar de Mme Stamm Judith, je me réfère au rapport du Conseil fédéral sur l'extrémisme en Suisse.

Mais il est réjouissant de constater les réactions salutaires de la population qui dénoncent avec courage et détermination les actes de violence commis dans plusieurs pays européens. C'est au plus profond de la nuit qu'il faut croire à la lumière. Les centaines de milliers de personnes qui descendent dans les rues de Berlin, de Bonn ou d'ailleurs pour crier leur honte face à la discrimination raciale constituent un immense espoir d'éviter le piège de la violence et du racisme dans l'intérêt de l'humanité tout entière.

Le but de la convention consiste à interdire la discrimination raciale et à obliger les Etats parties à prendre toutes les mesures nécessaires pour combattre énergiquement ce fléau. Dans cette optique, il faut punir les auteurs de certains actes de discrimination raciale. A cet effet, le Conseil fédéral propose de modifier le Code pénal et le Code pénal militaire, en introduisant une disposition qui rendra désormais punissables la pro-

pagande raciste, les atteintes racistes à la dignité humaine et le refus, pour des motifs racistes, d'un bien ou service offerts publiquement.

Par ailleurs, le Conseil fédéral a estimé qu'il fallait faire deux réserves dans le cadre de l'approbation de cette convention internationale: la première se rapporte à la liberté d'opinion et à la liberté d'association. La seconde concerne la politique à l'égard des étrangers en matière de marché du travail. Cette politique ne poursuit nullement des buts de discrimination raciale. Il faut donc éviter que des reproches infondés ne soient formulés dans ce sens à notre pays.

Afin que les principes contenus dans la convention ne restent pas lettre morte, un comité a été institué. Les Etats membres sont tenus de présenter régulièrement des rapports au sujet du respect de la convention.

En outre, le Conseil fédéral propose sur le plan suisse de créer une Commission fédérale consultative contre le racisme. Cette commission devrait avoir pour tâche: d'analyser les raisons de la xénophobie actuelle et des attitudes racistes; de dresser un inventaire de la situation actuelle sur les plans juridique et social et des mesures étatiques et non étatiques prises pour y remédier; de suggérer, de coordonner et de soutenir de nouvelles mesures à tous les niveaux, le cas échéant en établissant un programme de mesures; de conseiller le Conseil fédéral dans toutes les questions qui sont liées à la lutte contre le racisme et la xénophobie.

Dans son message du 2 mars 1992 concernant l'adhésion de la Suisse à la Convention internationale de 1965, le Conseil fédéral rappelle avec raison que «c'est précisément parce que notre monde économique et culturel est de plus en plus caractérisé par la mobilité que, dans un petit pays comme le nôtre, nous devons nous préoccuper toujours davantage de la diversité ethnique et culturelle». Il devient urgent, à propos des requérants d'asile, de replacer la dimension humaine au centre des débats, pari difficile à tenir quand on sait qu'il est plus facile de flatter les passions et d'exacerber l'égoïsme que de faire appel à l'altruisme, à la solidarité et à la tolérance.

Face à ces problèmes humains, il faut admettre que la Suisse, comme la plupart des pays du monde occidental, est prise dans un mouvement migratoire mondial qui oblige les pays touchés par cet afflux de demandeurs d'asile en quête de sécurité ou de bien-être matériel à prendre des mesures restrictives, au risque de dépasser les possibilités d'intégration et d'accueil de nos communautés cantonales ou communales et de provoquer un phénomène démesuré de rejet.

Il faut également reconnaître les réelles difficultés rencontrées par une collectivité donnée à comprendre et à accepter des manières de vivre différentes, difficultés qui peuvent encore être accentuées par des réactions instinctives et primaires à des aspects extérieurs tels que la couleur de la peau, par exemple.

En conséquence, il faut absolument éviter de se laisser emporter dans des positions extrêmes et passionnées: il faut dépasser les clichés, apaiser les passions et adopter une approche plus nuancée et plus objective de ces problèmes.

En conclusion, on ne peut pas se limiter à décréter l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale pour se donner bonne conscience. C'est en tous les cas une des réflexions importantes qu'a faites la commission. Encore faut-il agir sur tous les paramètres relatifs au respect de la dignité humaine. La diversité est source de richesse culturelle et humaine. Le respect de la dignité humaine exige l'application du droit à la différence. Certes, il faut modifier le Code pénal suisse et le Code pénal militaire afin de punir sévèrement les auteurs d'actes racistes. Mais les actions préventives revêtent une importance capitale, d'où la nécessité d'intensifier les efforts dans le domaine de l'éducation, en étroite collaboration avec les cantons, compétents en la matière.

La Commission parlementaire s'est prononcée de la manière suivante: 1. Concernant l'adhésion à la convention internationale, l'entrée en matière a été votée par 13 oui et 3 non. Quant au renvoi, il a été écarté par 17 non et 2 oui. Le vote final de l'arrêté fédéral sur l'approbation de la convention a été de 19 oui et de 2 non. 2. Concernant la révision du Code pénal suisse et du Code pénal militaire, l'entrée en matière a été acceptée par

20 voix contre 2; le renvoi a été refusé par 13 voix contre 9. La révision du Code pénal suisse et du Code pénal militaire a été adoptée, au vote final, par 15 oui et 3 non.

La commission a également décidé de soumettre à votre approbation deux postulats: l'un demande au Conseil fédéral d'instituer sans délai une commission fédérale contre le racisme; l'autre prie le Conseil fédéral de présenter un rapport annuel au Parlement concernant le respect de la convention. Au nom de la majorité de la Commission des affaires juridiques, je vous invite chaleureusement à voter en faveur de l'adhésion de la Suisse à la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale et pour la révision subséquente du Code pénal suisse et du Code pénal militaire.

Je reviendrai tout à l'heure en détail sur les différentes propositions contenues dans les textes soumis par le Conseil fédéral.

Scherrer Jürg, Sprecher der Minderheit: Die Kommissionsprecher haben hinreichend begründet, wieso die Schweiz dieses Uebereinkommen unterzeichnen soll. An den Ausführungen der Kommissionsprecher ist grundsätzlich keine Kritik anzubringen; ich kann mich mit dem Gesagten einverstanden erklären. Nur ein wesentlicher Punkt wurde eben bereits in der Kommission ausser acht gelassen. Das Internationale Uebereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung kam aufgrund der Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg zustande. Das war der entscheidende Punkt. In der Zwischenzeit hat sich aber das Umfeld weltweit geändert. Ich werde in meiner Begründung des Nichteintretens- und Rückweisungsantrags darauf zurückkommen.

Ich stelle Ihnen den Antrag, auf den Bundesbeschluss A betreffend das Internationale Uebereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung nicht einzutreten. Als Eventualantrag, falls Eintreten beschlossen würde, will ich den Bundesbeschluss an den Bundesrat zurückweisen, mit dem Auftrag, den Beitritt der Schweiz zum Uebereinkommen so lange zu sistieren, bis in unserem Land die Voraussetzungen für eine unverzügliche Ausschaffung von illegal, d. h. über die grüne Grenze eingereisten Asylbewerbern geschaffen sind.

Wir stehen vor der Tatsache, dass die Masseneinwanderung von Asylbewerbern, welche statistisch festgestellt zu über 95 Prozent reine Wirtschaftsflüchtlinge sind, die Schweizer Bevölkerung in hohem Mass erbittert. Die grosse Mehrheit des Volkes steht nicht mehr hinter der von den Sozialisten, den Grünen und der CVP zu verantwortenden Asylpolitik des Bundesrates, wie die «Beobachter»-Umfrage hinreichend klar beweist.

Mit der Ratifizierung des Uebereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung versuchen vorab linke Kreise, die Kritiker der verfehlten Asylpolitik mundtot zu machen. Tatsächlich wird ja heute jede verbale Verurteilung des Asylmissbrauchs mit Rassismus gleichgesetzt. Damit keine Missverständnisse entstehen: Die Auto-Partei verurteilt tätliche Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte, da sie Gewalt noch nie als taugliches Mittel angesehen hat.

Es geht aber nicht an, mit dem Beitritt zu einem internationalen Uebereinkommen auch noch die freie Kritik an unhaltbaren Zuständen einzuschränken. Die Schweiz bringt im Falle der Unterzeichnung des Abkommens zwar Vorbehalte an. Diese beinhalten Einschränkungen bei der strafrechtlichen Erfassung von Meinungsäusserungen sowie die Zulassung von Ausländern zum Arbeitsmarkt. Doch die APS-Fraktion ist grundsätzlich gegen die Ratifizierung des Uebereinkommens unter den heutigen Bedingungen. Die Vorbehalte lassen nämlich immer noch einen zu grossen Spielraum für willkürliche Anklagen und Verurteilungen von Personen zu, welche nichts weiter tun, als sich ihres Freiheitsrechts der Meinungsäusserung zu bedienen.

Wie bei der Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention hat auch bei der Schaffung des Uebereinkommens gegen die Rassendiskriminierung niemand damit gerechnet, dass eines Tages Wirtschaftsflüchtlinge um den halben Globus reisen würden, um in Drittländern unter Vorspiegelung einer angeblichen Verfolgung Asyl zu verlangen. Niemand konnte voraussehen, dass genau dieser Sachverhalt die heutigen Abwehrre-

aktionen in der Bevölkerung provoziert, welche von der politischen Linken allgemein als Rassismus bezeichnet werden.

Dieser angebliche Rassismus ist das Produkt ethnischer Identitätsfindung und wird durch eine Krisenlage begünstigt, wie sie heute mit der Masseneinwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen entstanden ist. Auch die strukturellen Ungleichheiten – wie die Benachteiligung von Minderheiten, z. B. die wirtschaftliche Schlechterstellung von Rentnern gegenüber Asylbewerbern bzw. Asylmissbrauchern – fördern Abwehrreaktionen. Ueberall, wo sich ein Volk durch unkontrollierte Masseneinwanderung in seiner Identität bedroht fühlt, entstehen ethnozentristische Tendenzen, welche mit Rassismus verwechselt werden. Ethnozentrismus ist aber nötig, um das Ueberleben der eigenen Kultur sicherzustellen.

Keine internationale Vereinbarung und schon gar keine Strafnormen können die innersten Gefühle und Empfindungen eines Volkes zum Verschwinden bringen. Die internationale Mobilität führt zu Krisen, welche es international zu lösen gilt. Dies ist aber nicht möglich durch die Ratifizierung dieses Abkommens und durch Schaffung von neuen Strafnormen. Es existieren bereits diverse internationale Vereinbarungen gegen Rassendiskriminierung. Das führt zu einer grossen Regeldichte, weil die Konventionen gesetzgeberische Aufträge enthalten. Zudem werden das Recht auf Demonstration sowie auf Meinungs- und Redefreiheit eingeschränkt.

Das Schweizervolk hat eine Mitgliedschaft in der Uno, von welcher dieses Uebereinkommen stammt, mit grossem Mehr abgelehnt. Es ist darum unzulässig, mit der Unterzeichnung einer zunehmenden Zahl von Uno-Konventionen eine faktische Mitgliedschaft der Schweiz zu erschleichen. Die Schweiz müsse dem Uebereinkommen aus Solidarität beitreten, wird argumentiert. Aber es ist doch genau diese Solidaritätsbereitschaft des Schweizervolkes, welche von den in unser Land eingereisten Wirtschaftsflüchtlingen schamlos missbraucht wird. Das allein, und nur das, ist der entscheidende Punkt.

Dieses Grundübel wird mit der Ratifizierung des Uebereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung nicht beseitigt. Vielmehr soll heute den Schweizern ein Maulkorb umgebunden werden, indem Unmutsäusserungen über den Asylmissbrauch in Zukunft strafbar sein sollen.

Zudem ist das Uebereinkommen ein wertloser Fetzen Papier, wie die folgenden Beispiele zeigen:

1. Burundi hat das Uebereinkommen am 1. Februar 1967 unterzeichnet und am 27. Oktober 1977 ratifiziert. Burundi ist aber ein Land, welches in bezug auf Rassismus eine absolute Spitzenstellung einnimmt. Ich erinnere daran, dass in den Auseinandersetzungen zwischen Hutu und Tutsi vor einigen Jahren weit über hunderttausend Menschen aus rassistischen Gründen getötet wurden.

2. Deutschland hat am 10. Februar 1967 unterzeichnet und am 16. Mai 1969 ratifiziert. Gerade Deutschland erlebt aber heute eine Renaissance in Sachen Fremdenhass und Rassismus, die allerdings eine Spätfolge von fast fünfzig Jahren Abkapselung im Sozialismus ist.

3. Die USA hingegen, wo insbesondere im Süden die Diskriminierung der Neger noch bis in die sechziger Jahre Tatsache war, haben das Abkommen zwar am 28. September 1966 unterzeichnet, hingegen nie ratifiziert. In den USA hat der Rassismus in der Zwischenzeit trotzdem stark an Boden verloren.

4. Sri Lanka hat das Abkommen auch ratifiziert – am 18. Februar 1982. Ich glaube, über die Verhältnisse in Sri Lanka bedarf es keines weiteren Kommentars.

Die Schweiz braucht dieses Uebereinkommen nicht. Wir brauchen auch keine zusätzlichen Strafnormen, welche es zudem noch dem Gutdünken einzelner Gerichte überlassen, ob eine angebliche Straftat als rassistisch einzustufen ist, mit der Folge langwieriger Rechtsmittelverfahren. Es ist nämlich durchaus möglich, dass Eltern, welche öffentlich erklären: «Wir wollen doch nicht, dass unsere Tochter einen Töchter heiratet, der passt doch nicht in unseren Kulturkreis», wegen rassistischen Äusserungen und Diskriminierung vor den Kadi zitiert werden. Bei eindeutigen Strafbeständen, wie z. B. bei tätlichen oder beleidigenden Angriffen auf Andersrassige, genügen die bestehenden zivil- und strafrechtlichen Gesetzesbestimmungen vollauf, wie ja der Fall Strebel jüngst bewiesen hat.

Mit der Unterzeichnung des Übereinkommens und der Schaffung zusätzlicher Strafnormen öffnen wir der Willkür Tür und Tor. Darum beantrage ich Ihnen, nicht auf die beiden Geschäfte einzutreten.

Im Eventualantrag stelle ich den Antrag, dass das Übereinkommen an den Bundesrat zurückgewiesen wird. Die Regierung soll, wie bereits erklärt, zuerst die Voraussetzungen dafür schaffen, dass illegal – also über die grüne Grenze – eingereiste Asylbewerber unverzüglich ausgeschafft werden können. Wenn es Deutschland fertigbringt, das Asylgesetz in diesem Sinn zu ändern, ist das auch in der Schweiz möglich. Werden aber beide Anträge abgelehnt, wird die APS-Fraktion mit der Mehrheit stimmen und bei der Revision des Strafgesetzbuches den Antrag der Minderheit Sandoz unterstützen. Dass die APS-Fraktion am Schluss beide Vorlagen ablehnen wird, liegt auf der Hand, und ein Referendum bleibt allemal vorbehalten.

Frau Heberlein: Das Übereinkommen, dem die Schweiz mit unserem Beschluss beitreten soll, stammt aus dem Jahre 1965. Auch wenn es inzwischen von 130 Staaten ratifiziert wurde, entbehrt es leider nicht einer traurigen Aktualität. Obwohl Herr Scherrer Jürg der Meinung ist, dass es nur für die Judenverfolgung geschaffen wurde, finde ich, dass es eine sehr viel grössere Bedeutung hat und heute aktuell ist wie eh und je – leider.

Warum muss die Schweiz diesem Übereinkommen beitreten, auch wenn, wie wir gerade jetzt erfahren, mit dem Beitritt zum Übereinkommen eine Wiederholung fataler geschichtlicher Ereignisse nicht unbedingt verhindert werden kann? Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Intoleranz, Antisemitismus: sie alle haben einen gemeinsamen Kern, der im anderen nicht den Menschen, sondern zunächst spezifische Merkmale einer Gruppe sieht, die nicht die eigene ist. Und weil sie nicht die eigene ist, macht sie angst, denn sie stellt die eigene Identität in Frage. Die erschreckende Zunahme gewalttätiger Aktionen, auf die wir bei der Behandlung des Extremismusberichtes sicher zurückkommen werden, zeigt, dass das kriminelle Verhalten oft auf einer menschenverachtenden, rassistischen Grundlage beruht, die sich in einem allgemeinen Hass auf alles Fremde äussert.

Wozu werden wir mit dem Beitritt verpflichtet? In erster Linie zu einer aktiven Bekämpfung von Rassendiskriminierung und rassistischen Vorurteilen. In zweiter Linie bedeutet der Beitritt eine klare Willensäusserung, rassistisches und menschenverachtendes Verhalten in unserem Land nicht zu tolerieren und präventiv tätig zu werden.

Wenn die Schweiz im Menschenrechtsbereich glaubwürdig bleiben will, müssen wir auf diese Vorlage eintreten. Ich meine, dazu sind wir verpflichtet – gleichgültig, ob wir jetzt der Uno angehören oder nicht.

Eine Rückweisung an den Bundesrat, mit dem Auftrag, die Voraussetzung für eine unverzügliche Ausschaffung illegal eingereister Asylbewerber zu schaffen, würde den elementaren völkerrechtlichen Grundsätzen des Non-refoulement-Prinzips widersprechen. Die klaren Stimmenverhältnisse in der Kommission bei der Ablehnung dieses Antrages sprechen zum Glück eine deutliche Sprache.

Den Minderheitsanträgen, in welchen die Streichung der im Genehmigungsbeschluss enthaltenen Vorbehalte zugunsten der Vereins- und der Meinungsäusserungsfreiheit, wie sie in der Bundesverfassung enthalten sind, verlangt werden, müssen wir nicht zustimmen; denn gerade diesen Vorbehalten wurde im Vernehmlassungsverfahren ein grosses Gewicht eingeräumt. Weil wir uns allfälliger Auslegungsproblematik oder Gerichtsentscheide bewusst sind, ist es wichtig, dass im Beschluss die beiden verfassungsmässig garantierten Rechte ausdrücklich formuliert sind; denn gerade damit können Widerstände, wie sie etwa in Zuschriften, Leserbriefen oder in mündlich angebrachten Vorbehalten zum Ausdruck gebracht werden, und die Befürchtung, der Beitritt der Schweiz und die Aenderung des Strafgesetzbuches hätten eine Benachteiligung der Schweizer zur Folge, entkräftet werden.

Zum zweiten Vorbehalt: Das Übereinkommen ermöglicht die Unterscheidung zwischen eigenen und fremden Staatsange-

hörigen, und Ungleichbehandlungen zwischen In- und Ausländern sind dann zulässig, solange sie nicht rassendiskriminierende Ziele verfolgen oder derartige Auswirkungen haben. Ueber die Frage, ob die im Dreikreisemodell des Bundesrates vorgespurte Ausländerpolitik rassistische Auswirkungen haben wird oder nicht, waren die Meinungen in der Kommission geteilt. Vorsichtig, wie der Bundesrat ist, will er den Schwierigkeiten, welche sich aus der Unterscheidung zwischen Zurechnung zum mittleren und zum äusseren Kreis ergeben könnten, vorbeugen. Auch wenn äusserlich auf die Staatsangehörigkeit abgestellt wird, beruht die Zulassungspolitik gegenüber Erwerbstätigen auf dem Grundsatz, dass die ethnische oder nationale Andersartigkeit von Menschen aus bestimmten Staaten die Eingliederung in unsere Gesellschaft erschweren. Daher müssen wir an den beiden Vorbehalten festhalten. Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung Andersdenkender ist auch – und ich betone: auch – eine Frage der institutionellen Sicherungen, die sich in der Aussenpolitik und in der internationalen Zusammenarbeit äussern, die aber auch eine Ergänzung der strafrechtlichen Normen notwendig machen.

Wir haben uns in der Kommission die Meinungsbildung über Notwendigkeit und Art dieser Ergänzung nicht leichtgemacht. Der Rückweisungsantrag der Minderheit Sandoz, der jetzt nicht begründet wurde, entspricht im Grundsatz auch der von Professor Kunz ausgesprochenen Kritik, dass eine generelle Strafverschärfungsnorm eigentlich genügen würde, wenn der Täter aus rassistischen Gründen handelt. Ein einziger Strafgesetzbuch-Artikel hätte zwar einiges für sich, doch fehlen im Antrag der Minderheit Sandoz die Aspekte der Religion und der Ethnie, und – das scheint uns doch wesentlich – die Straftatbestände sind nicht genau umschrieben. Es besteht daher auch die Gefahr eines gewissen Gesinnungsstrafrechts.

Aus diesen Gründen unterstützt die FDP-Fraktion, trotz einer Skepsis gegenüber der Notwendigkeit derart detaillierter Normen und der damit verbundenen Auslegungsschwierigkeiten, den Antrag der Kommissionsmehrheit. Die Formulierung entspricht der Gesetzgebung anderer europäischer Staaten. Immer sind es Aufrufe, Handlungen oder die Verweigerung von Leistungen in der Öffentlichkeit und nicht im privaten Kreis, so öffentlicher Aufruf zu Hass und Diskriminierung oder öffentliche Verbreitung von Ideologien, die mit Strafe bedroht sind. Das Strafrecht ist sicher das am wenigsten geeignete Mittel zur Bekämpfung rassistischer Tendenzen, und doch müssen wir bei Widerhandlungen Sanktionsmöglichkeiten haben. Vor allem aber – und das scheint mir das Wichtigste zu sein – müssen wir den politischen Willen zum Ausdruck bringen, derartige Handlungen nicht zu tolerieren. Das tun wir mit dem Beitritt zu diesem Übereinkommen, mit der Zustimmung zu den Anträgen der Kommissionsmehrheit.

Rechsteiner: Die SP-Fraktion unterstützt das Übereinkommen gegen Rassendiskriminierung und die Ergänzung des Strafrechts.

Kurz drei Bemerkungen:

1. Zunächst die politische Ausgangslage: Die Ratifikation des Übereinkommens ist durch die Schweiz unverständlich lange hinausgezögert, ja geradezu verschleppt worden. Die Verzögerung führt jetzt aber dazu, dass die Debatte in einem Zeitpunkt stattfindet, in dem sie wichtiger ist als je zuvor. Der virulente Rassismus hat auch in der Schweiz in den letzten Jahren in einem Ausmass zugenommen, das wir uns noch vor wenigen Jahren nicht hätten vorstellen können. Anschläge und Angriffe auf Asylsuchende sind in einem erschreckenden Ausmass alltäglich geworden und kaum mehr Schlagzeilen wert, wie beispielsweise die Schüsse in Gossau anfangs dieser Woche.

Aber nicht nur das. In diesem Parlament sitzen nicht mehr nur einzelne Fremdenfeinde, sondern gerade zwei Parteien in Fraktionsstärke, welche die Feindschaft gegenüber Ausländerinnen und Ausländern und vor allem gegenüber asylsuchenden Menschen zu einem zentralen Programmpunkt gemacht haben. Es kommt dazu, dass die Auns und der Zürcher Flügel der SVP, inspiriert vom selben Kopf, offen eine Politik betreiben, die sich auf Ausbeutung und Aufreizung xenophober Ge-

fühle stützen und die gegen rechtsausen keine Berührungsängste mehr zeigen.

Die Gesellschaft der achtziger Jahre ist nach dem Buch des Soziologen Ulrich Beck als Risikogesellschaft charakterisiert worden. Vieles, zu vieles spricht dafür, dass die Risikogesellschaft der achtziger Jahre in den neunziger Jahren zu einer Angst- und Hassgesellschaft wird. Die Ängste der Menschen, auch der Menschen in diesem Land, müssen ernst genommen werden, die Ängste vor der technologischen Entwicklung, vor dem sozialen Abstieg, vor Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Armut und Ausgrenzung. Es braucht positive politische Antworten auf diese Ängste. Dem Hass auf andere Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer Sprache, Kultur oder Religion gilt es aber gleichzeitig politisch entgegenzutreten, entschieden und unmissverständlich. Es kann nicht mehr hingenommen werden, dass Parteien und Politiker auf Stimmenfang gehen, indem sie die Fremdenfeindlichkeit schüren. Der Antirassismus muss als unverzichtbares gemeinsames Minimum von Demokratinnen und Demokraten anerkannt werden. Die Ratifikation des Abkommens ist dafür ein Signal.

2. Zur Strafbestimmung und zur Meinungsäusserungsfreiheit: Diese Freiheiten sind zentrale demokratische Grundrechte, die wir entschieden verteidigen; sie sind aber nicht grenzenlos. Wo unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu blankem Hass, zu Diskriminierung und damit auch zur Gewalt – also zur Beeinträchtigung der Integrität anderer Menschen – aufgerufen wird, sind die Grenzen der Toleranz erreicht und überschritten. Zwar darf das Strafrecht für sich allein in seiner Wirkung nicht überschätzt werden. Genauso falsch wäre es aber, diese Wirkung zu unterschätzen. Das Strafrecht ist Ausdruck gesellschaftlicher Werthaltungen. Mit dem Strafrecht wird verbindlich und sanktionierbar festgelegt, was geht und was nicht geht. Das rassistische Aufrufen zu Hass, Diskriminierung und Gewalt geht nicht; es darf nicht zugelassen werden. Bei aller Beschränktheit des Strafrechts ist es richtig, der Gewalttätigkeit des Rassismus die Gegengewalt des Strafgesetzes entgegenzustellen.

3. Bei der Ergänzung des Strafgesetzes darf es nicht bleiben. Verlangt sind nicht nur repressive, sondern auch präventive und gesellschaftlich wirksame positive Massnahmen gegen Rassismus, wie sie das Abkommen gegen die Rassendiskriminierung auch ausdrücklich fordert. Auf Bundesebene heisst dies vor allem, dass die vom Bundesrat längst versprochene Kommission gegen Rassismus endlich eingesetzt, dass aber auch eine Ombudsstelle gegen Rassismus eingerichtet wird. Der Beitritt zum Abkommen darf kein Gratisbeitritt bleiben oder gar zur Ausrede verkommen, nichts weiteres konkret unternehmen zu müssen.

In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass die Bekämpfung des Rassismus nicht nur eine Frage der Moral, sondern ganz konkret auch eine Frage von Rechten ist. Wenn in diesem Land fast ein Fünftel der Bevölkerung kein Stimm- und Wahlrecht hat und wenn eine Integrationspolitik gegenüber der Wohnbevölkerung mit ausländischem Pass, die diesen Namen verdient, nicht existiert, hat dies ganz konkrete Auswirkungen, weil dann politisch die Interessen dieser Menschen zuwenig ernst genommen werden, politisch von den Parteien zuwenig ernst genommen werden müssen. Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung haben auch damit zu tun.

Die Ratifikation des Uebereinkommens und der neue Strafgesetzartikel sind somit erste wichtige Schritte; konkrete positive Massnahmen müssen aber folgen.

Iten Joseph: Der Minderheitsantrag und vor allem die Begründung von Herrn Scherrer Jürg zeigen wieder einmal, dass etwas, das an sich menschlich selbstverständlich ist, politisch durchaus umstritten sein kann.

Das Uebereinkommen verbietet jede Art von Rassendiskriminierung – ein Grundsatz, der sich für die CVP-Fraktion unter dem Gesichtspunkt der Humanität und aus Respekt vor der Menschenwürde von selbst versteht. Zugegeben, wir legiferieren hier in einem äusserst sensiblen Bereich, mit Emotionen und in juristisch schwer erfassbaren Grauzonen. Wir schaffen

eine Strafnorm, die der späteren Rechtsanwendung vermutlich Kopfzerbrechen bereiten wird. Obwohl wir diese Schwierigkeiten sehen, heisst das für uns noch lange nicht, dass wir deswegen diesen schwierigen Weg nicht begehen wollen.

Die CVP-Fraktion ist der Auffassung, dass die Kommissionsmehrheit mit Bezug auf die Formalitäten und Vorbehalte bei der Genehmigung und bei der Ausgestaltung des Textes im Strafgesetzbuch einen guten, tauglichen Weg vorschlägt. Wir werden den Anträgen der Mehrheit zustimmen – allerdings nicht kommentarlos:

1. An den Anfang der Diskussion über einen Straftatbestand gehört die Frage, ob überhaupt ein ausreichender Normierungsbedarf besteht. Die Kommission hat zu diesem Zweck Herrn Professor Thürer von der Universität Zürich befragt. Dieser hat den Normierungsbedarf als Bestandteil unserer internationalen Solidarität umschrieben, mit der Begründung, dass die Weltgemeinschaft in zunehmendem Masse zu einer Rechtsgemeinschaft werden müsse, um überhaupt überleben zu können. Für uns stellt deshalb das Abkommen einen Mosaikstein im Aufbau einer humanen Weltverfassung dar. Darin kann man den Nachweis des Normierungsbedarfs erblicken.

2. Wir wollen aber verhindern, dass durch die Schaffung eines zu engen Tatbestandes das Gegenteil von dem erreicht wird, was beabsichtigt ist. Wir halten deshalb fest, dass die vielzitierten «Wirtshausgespräche» über andere Staatsangehörige nach diesem Sachverhalt dem Strafgesetz nicht zu unterstellen sind, wenn nicht eindeutig rassistische Motive zugrunde liegen und auch die übrigen Tatbestandsmerkmale erfüllt sind. Wenn verschiedene Staaten, politische Organisationen oder Religionen im gegenseitigen Wettbewerb stehen und sich daher eine übersteigerte Selbsteinschätzung, eine damit verbundene Herabminderung des anderen, ein Herausstreichen der eigenen Empfindung, der eigenen vorteilhaften Beurteilung und damit notgedrungenerweise auch die Herabminderung des Andersdenkenden von der Sache her ergeben, wird der neue Tatbestand dadurch wohl auch nicht erfüllt sein.

3. Der Textvorschlag der Kommission ist unserer Meinung nach präziser. Er unterscheidet besser als der Text des Bundesrates zwischen Religionen und nur konfessionellen Gruppierungen. Dies bedeutet, dass wir konfessionelle Gruppierungen oder Sekten vom Rechtsschutz dieses Artikels ausschliessen wollen, wenn diese Gruppierungen Aktivitäten entwickeln, die ihrerseits nach objektiven Gesichtspunkten falsch, menschenunwürdig, menschenverachtend oder gar strafrechtlich relevant sind.

4. Es gibt noch ein weites Feld von Unerforschtem in Psychologie und Verhaltensforschung bezüglich der Frage, inwieweit die rassistische Reaktion des Menschen – also die Reaktion gegen den anderen wegen seiner Andersartigkeit – überhaupt vom Einzelmenschen unter Kontrolle gebracht werden kann, vor allem dann, wenn sich der Einzelmensch in der Masse befindet. Wir wissen zu gut, dass die Masse zu Dingen fähig ist, zu denen der einzelne, der in der Masse mitschreit oder mittut, im Normalfall gar nicht fähig wäre. Am 13. Februar 1992 erschien in der «Weltwoche» ein Aufsatz, der sich u. a. mit den Forschungserkenntnissen von Dr. Christoph Wolfensberger aus Zürich auseinandersetzte. Er spricht aufgrund langjähriger Forschungen von einem sogenannten «Sozialhirnsystem», also von einer physischen Veranlagung, welche je nach Umfeld und Erziehung zu sozio-positiven oder sozio-negativen Verhaltensweisen führen könne. Der Forscher kam auf diese Idee, weil er als Kinderarzt vor allem das sogenannte fremdelnde Kleinkind untersuchte. Schon ein Kleinkind nehme eine Wertung von Gesichtern vor, und in einer ganz kurzen und besonders sensiblen Phase des Lebens entscheide sich, ob das Kind ein Gesicht mit Lächeln begrüsse oder durch Fremdeln abweise. Entscheidend sei, ob sich in einer bestimmten, kurzen Lebensphase dieses Gesicht regelmässig gezeigt habe oder nicht, ungeachtet ob es schwarz, gelb, weiss, alt, jung, gross, klein, männlich oder weiblich gewesen sei.

5. Selbstverständlich ist für uns indessen, dass wir trotz Genehmigung des Abkommens und trotz Schaffung eines Straftatbestandes unsere eigenen nationalen Interessen wahrneh-

men und nachhaltig schützen wollen. Dies, so meinen wir, bringen die beiden Vorbehalte im Abkommen zum Ausdruck: der Vorbehalt mit Bezug auf die Rekrutierung unserer ausländischen Arbeitskräfte und der Vorbehalt mit Bezug auf das klare Bekenntnis zur verfassungsmässigen Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit.

6. Es wäre unserer Meinung nach töricht anzunehmen, dass wir durch die Schaffung einer Strafnorm die Ängste in unserer Bevölkerung vor «dem» oder «den» Fremden, vor dem Andersartigen, beseitigen könnten. Wir würden diese Ängste höchstens verdrängen und damit verstärken und in ihrer Gefährlichkeit vergrössern. Die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität und der eigenen materiellen Chancen können wir nicht durch eine Strafrechtsnorm unterbinden. Da braucht es andere Massnahmen. Aber auch wenn mir die Interessen, das Wohl und die Zukunft der eigenen Kinder am nächsten liegen, heisst dies noch lange nicht, dass ich die anderen nicht auch respektieren, gerecht behandeln oder sogar gern haben kann. Ein Gesetzgeber, der zwischen naturgegebener und emotionaler Nähe und Ferne nicht unterscheidet, wird scheitern.

7. Einige Bemerkungen zu den Anträgen und zu den Postulaten: Den Antrag von Frau Dormann über die Einführung eines Ombudsmanns haben wir in der Kommission bereits diskutiert und abgelehnt; ich nehme an, wir werden dies auch heute tun, obwohl wir viel Sympathie für Frau Dormann empfinden. Die Ueberprüfung der Ausländerpolitik und die Schaffung einer eidgenössischen Kommission gegen Rassismus haben wir in der Kommission befürwortet; unsere Fraktion wird das auch tun. Das Postulat umfasst ja den Auftrag an den Bundesrat, die Sache zu prüfen. Wenn der Bundesrat die Frage der Einsetzung einer neuen Kommission schon prüft, möchte ich Herrn Bundespräsident Felber darauf hinweisen, dass schon 1972 eine Eidgenössische Kommission für Ausländerprobleme mit 28 Mitgliedern unter dem Präsidium unseres Kollegen Fulvio Caccia eingesetzt wurde. Ich glaube, es ist mehr als gerechtfertigt, wenn Sie sich bereit erklären, die Arbeit dieser Kommissionen zu koordinieren und zusammenzufassen. Ich fasse zusammen: Die CVP-Fraktion will das Abkommen; wir wollen auch den neuen Strafrechtsartikel, weil wir glauben, dass jemand, der einen anderen Menschen nur wegen seiner Andersartigkeit hasst oder gegen ihn hetzt oder sogar ein Verbrechen gegen ihn verübt, dies nur tun kann, wenn er im Grunde genommen sich selber auch nicht mag!

Vetterli: Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten. Sie befürwortet die Genehmigung des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung aus dem Jahre 1965. Die Schweiz ist zwar seit 1974 Mitgliedstaat der Europäischen Menschenrechtskonvention und hat das IAO-Abkommen vor zwanzig Jahren ratifiziert. Wir haben weiter mit der Unesco- und der Flüchtlingskonvention, dem Übereinkommen über die Rechtstellung von Staatenlosen und der Uno-Folterkonvention einen vielfältigen Bestand von Normen auch gegen die Rassendiskriminierung. Diese Vereinbarungen sind aber geographisch oder sachlich eingeschränkt oder betreffen nur äusserst intensive Diskriminierung. Mit dem vorliegenden Abkommen lassen sich endlich bestehende Regelungslücken schliessen.

Ebensowichtig scheint uns der Beitritt unter dem Aspekt der internationalen Solidarität. Mit der Genehmigung dieses Übereinkommens gegen Rassendiskriminierung manifestiert die Schweiz, dass sie sich als solidarischen Teil der Weltgemeinschaft und der globalen Rechtsgemeinschaft betrachtet.

Ein weiterer Grund: Nach einem Beitritt kann die Schweiz Rassismusverstösse im Ausland konkret beanstanden und rügen. Dies verpflichtet uns natürlich, uns primär im eigenen Land an das Abkommen zu halten, Vorbild zu sein.

Zudem hat die Ratifizierung dieser Uno-Konvention auch präventive Wirkung: Wir erklären damit, dass wir willens sind, rassendiskriminierenden Auswüchsen vorzubeugen und sie nötigenfalls strafrechtlich zu verfolgen.

Diese Konvention ist aber keine Patentlösung, kein Patentrezept. Wir haben es gehört: 130 Staaten haben dieses Übe-

einkommen bereits unterzeichnet. In vielen Ländern scheint diese Konvention lediglich ein Papiertiger zu sein. Trotz Unterzeichnung wird in zu vielen Mitgliedstaaten immer noch verfolgt, diskriminiert, Völkermord begangen. Es existieren leider keine Uno-Statistiken, die eine positive Wirkung dieser Konvention beweisen. Längst nicht alle Mitgliedstaaten liefern die vorgeschriebenen Berichte ab; viele Länder sind mit ihren Zahlungen, obwohl sich diese in sehr bescheidenem Rahmen halten, im Rückstand. Trotzdem plädieren wir für die Genehmigung dieses Abkommens. Nur als Mitglied können wir in den Staaten intervenieren, in denen Rassendiskriminierung nicht oder zuwenig geächtet wird. Der Beitritt ist zudem auch ein Akt echter Solidarität gegenüber Menschen aller Rassen, Religionen und gegenüber der Völkergemeinschaft.

Zu den Anträgen der SVP-Fraktion: Wir unterstützen im Bundesbeschluss A durchwegs die Mehrheit. Wir bitten Sie zudem, die beiden Vorbehalte (Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a und b) betreffend die Meinungsäusserungs- und Vereinsfreiheit respektive die Zulassung zum Schweizer Arbeitsmarkt unbedingt anzubringen. Ebenso befürworten wir beide Kommissionspostulate.

Das internationale Übereinkommen zur Beseitigung von Rassendiskriminierung verpflichtet die Vertragsstaaten zu konkreten Massnahmen, in unserem Falle zu Ergänzungen im Strafgesetzbuch und im Militärstrafrecht. Im Bundesbeschluss B unterstützen wir den Minderheitsantrag Sandoz, der mit einer Art Generalklausel Strafverschärfung verlangt, wenn Täter aus rassistischen Gründen gehandelt haben.

Vorerst aber bitten wir Sie, zusammen mit der SVP-Fraktion auf die Bundesbeschlüsse einzutreten.

M. Poncet: La ratification de la convention qui nous occupe aujourd'hui ainsi que l'adoption de l'article 261bis (nouveau) du Code pénal posent en réalité deux problèmes qui doivent être bien distingués.

La convention tout d'abord, si vous le permettez. Certes, son texte laisse à désirer à plusieurs égards, et il porte lourdement l'empreinte de son époque puisque, on l'a rappelé tout à l'heure, la convention date de 1965. A ce moment-là, un certain nombre d'Etats, qu'il est superflu de nommer car chacun les connaît ici, ratifiaient, voire proposaient, des conventions internationales dont ils n'entendaient appliquer les règles qu'à d'autres, en tout cas pas à eux-mêmes. Il serait ainsi facile de dresser la liste des Etats ou des ex-Etats – car certains d'entre eux ont heureusement disparu depuis – dont la mention parmi les signataires de cette convention ne peut que susciter un haussement d'épaules.

Malgré cela, la convention contient, à notre avis, plusieurs bonnes idées et bon nombre de ses dispositions sont bienvenues. Ce serait un truisme que de rappeler ici à quel point le monde d'aujourd'hui est bien sûr différent de celui de 1965 – sans que cela signifie nécessairement qu'il soit meilleur – l'atroce conflit yougoslave est là pour nous le rappeler, – mais en tout cas, il est différent. Dans ce contexte nouveau, une convention comme celle-ci trouve d'autant mieux sa place. Elle énonce en effet des valeurs qui sont à la fois humanistes, chrétiennes, libérales et – pourquoi ne pas le rappeler? – européennes, car c'est finalement d'Europe, de France et d'Angleterre notamment, qu'est issue l'idée maîtresse de cette convention. Les hommes et les femmes de cette planète, qu'on les considère comme des accidents biologiques ou comme des créatures façonnées à l'image d'une divinité, c'est une question de point de vue, naissent égaux entre eux, également respectables et titulaires des mêmes droits, quelles que soient leurs origines ou la couleur de leur peau.

Face à l'affirmation de ce principe, peu importe en définitive à notre avis telle ou telle imperfection du texte, au demeurant couverte par les deux réserves que le Conseil fédéral a formulées: c'est le geste politique qui est important ici, et le groupe libéral entrera donc en matière et votera la convention.

Pour ce qui est maintenant de la disposition du Code pénal qui nous est proposée, le problème est quelque peu différent car il s'agit, en réalité, d'un débat de libertés. Le respect d'autrui que vise à protéger pénalement la nouvelle norme doit-il prévaloir sur le droit, également respectable et important dans

une démocratie, d'avoir les opinions que l'on veut, même si ce sont des opinions haïssables, de les exprimer librement et, le cas échéant, de s'associer avec ceux qui pensent comme vous?

Il y a là, au plan des principes, un beau débat philosophique, et nous n'avons pas la prétention de lui donner aujourd'hui sa réponse définitive. Ce qu'il faut dire cependant, c'est qu'il existe en tout cas des degrés d'abjection – et je pèse mes termes – au-delà desquels il est certain que la liberté d'expression doit s'effacer devant la simple décence. Il se trouve, voyez-vous, que notre Occident chrétien a une tradition pluri-séculaire d'antisémitisme, catholiques et protestants ayant, les uns comme les autres, pendant des siècles, vu dans leurs voisins de confession juive les descendants d'un peuple déicide, voués en quelque sorte à se voir reprocher de siècle en siècle la mort du Christ.

On ne peut tout simplement pas comprendre le massacre des juifs d'Europe pendant la Deuxième Guerre mondiale si l'on fait abstraction des siècles de politique antisémite qui l'ont précédée. Or, que voyons-nous publier et affirmer aujourd'hui en Suisse? Dans un opuscule dont je ne citerai pas l'auteur afin de ne pas donner à son nom la publicité qui s'attache aux affirmations ou aux propos tenus dans cette salle, on vous présente une série de photographies prises par les troupes alliées à la fin de la Deuxième Guerre mondiale, avec la prétention de démontrer qu'il s'agirait de montages et de truquages. En publiant des photographies que tout le monde connaît, prises dans le camp de concentration de Buchenwald en mai 1945 par les troupes américaines, l'auteur de ce torchon écrit ceci: «Diese Leichen haben nie existiert; es handelt sich durchgängig um eine Zeichnung.»

Par ailleurs, – et là aussi je ne citerai pas l'auteur pour ne pas donner à son nom la publicité qui s'attache à nos travaux – dans cette espèce de torchon que vous recevez, vous et moi, dans votre courrier – vous pouvez toucher du doigt à quel point les méthodes de ce qu'il est convenu d'appeler les révisionnistes et leurs alliés, procèdent d'une démarche intellectuellement malhonnête – vous trouvez ceci: «In keinem Konzentrationslager Deutschlands hat es je Gaskammern zur Massentötung von Menschen gegeben.» Le procédé est intellectuellement malhonnête parce qu'évidemment, après la Conférence de Wannsee de janvier 1942, il est vrai, d'une certaine manière, que les camps d'extermination ne se trouvaient pas en Allemagne, mais bien dans le Gouvernement général de Pologne et plus particulièrement, comme on le sait, à Treblinka, Auschwitz, Birkenau et d'autres endroits de ce genre. Et à propos d'Auschwitz précisément, la malhonnêteté intellectuelle atteint là son sommet, car l'auteur dit ceci: «Im Lagermuseum Auschwitz befindet sich eine viersprachige Gedenktafel, die daran erinnern will, dass 340 000 Menschen in Auschwitz und anderen Lagern umgekommen sein sollen. Hier ist weder die Rede von Juden noch von 6 Millionen, noch von Gaskammern.» La malhonnêteté du procédé, c'est qu'effectivement cette plaque existe. Ce que l'auteur oublie de nous dire, c'est que trois kilomètres plus loin il y a l'autre camp de concentration, Birkenau, que l'on appelle familièrement Auschwitz, dans lequel se trouve l'autre monument – que la plupart d'entre vous ont vu – avec une inscription dans la langue de toutes les populations qui ont défilé dans ce camp, inscription qui se borne à dire: «Visiteur, garde le silence, tu es ici dans le plus grand cimetière du monde.»

Eh bien! les pseudo-historiens qui répandent ces abjects mensonges, les pseudo-scientifiques méprisables qui cherchent par des torchons de ce type à acquérir la notoriété née du scandale que leur incompétence les empêcherait certainement de trouver par des moyens légitimes, un peu à la manière de ces acteurs sans talent, dont personne ne veut, et qui n'ont d'autre ressource que la pornographie pour essayer de se faire connaître, eh bien ces Diafoirus de l'histoire ne méritent à notre avis qu'une chose, les rigueurs de la loi.

Les libéraux sont, comme notre nom l'indique, des hommes et des femmes de la liberté. Nous n'aimons pas que la liberté soit restreinte, dans quelque domaine que ce soit. Et pour ce qui est plus particulièrement de la liberté d'expression, je crois avoir montré personnellement, depuis plus de vingt ans, que

l'engagement d'un libéral dans ce domaine pouvait être au-dessus de tout soupçon. Mais nous n'hésitons pas une seconde à dire ici que face à ce genre de problème, face à ce degré d'abjection, l'introduction d'une norme pénale se justifie pleinement, c'est la raison pour laquelle nous entrerons en matière et nous voterons le texte du nouvel article du Code pénal.

Frau Bühlmann: Wir werden nicht als Rassistinnen und Rassisten geboren; wir werden dazu gemacht. Dieser Satz beinhaltet eine trostlose und eine tröstliche Komponente, weil er einerseits ausdrückt, dass Rassismus zwar eine schreckliche Sache ist, andererseits aber auch, dass Rassismus nicht etwas Naturgegebenes und deshalb Unveränderbares ist.

Lassen Sie mich zuerst zur trostlosen Seite des Phänomens Rassismus sprechen, zu seiner Entstehung, seinen typischen Merkmalen, seiner Funktion und seinen Auswirkungen: Rassismus ist die Ideologie von der Minderwertigkeit bestimmter Menschengruppen. Zu Beginn der Geschichte des Rassismus waren es vor allem biologische Merkmale, aufgrund derer die Menschen eingeteilt wurden in oben und unten, in gut und schlecht, in intelligent und dumm, in moralisch hochstehend und moralisch minderwertig. Der Beginn dieser Geschichte hat mit der Geschichte der Kolonialisierung der sogenannten Dritten Welt zu tun und ist seither ein fester Bestandteil abendländischer Kultur. Weisse Europäer «entdeckten» die neuen Kontinente, und um die an den «Entdeckten» begangenen Greuelthaten zu rechtfertigen, mussten diese Menschen abgewertet, entmenslicht, auf die Stufe von Tieren herabgemindert werden, damit ihre Kolonialisierung, ihre Missionierung noch als gute Tat, als Zivilisierung Wilder, als Heilsbringung gepriesen werden konnte. Menschen, die dumm, ungläubig, kultur- und geschichtslos waren, durften ausgebeutet, zivilisiert und bekehrt werden.

Die Wissenschaft lieferte im 18. Jahrhundert mit ihren Rassen-theorien die Rechtfertigung hintennach. Es waren Theorien, die ihre Anleihen der Tierzucht entnahmen und sie einfach auf die Menschen übertrugen, Theorien, die von der unterschiedlichen Begabung und Intelligenz der Rassen ausgingen, von der Mehr- oder Minderwertigkeit, die vor Vermischung der Rassen warnten und die Zucht der hochwertigen Rassen propagierten. Die schrecklichste Verwirklichung dieser Thesen vollbrachte in diesem Jahrhundert der Nationalsozialismus mit der Ausrottung von 5 Millionen Menschen in den Gasöfen der Konzentrationslager: Jüdinnen und Juden, Fahrende, Behinderte, politisch Andersdenkende – Menschen, die zuerst systematisch ausgegrenzt und abgewertet wurden, so dass ihre physische Vernichtung am Schluss nur noch logisch erschien.

Alle diese Theorien der Rassen sind zwar von der modernen Wissenschaft mit Hilfe der Gentechnologie eindeutig als falsch widerlegt worden. Es gibt nur eine einzige menschliche Rasse. Eine Schwarzafrikanerin kann mir genetisch näher verwandt sein als meine eigene Schwägerin. Aber diese Theorien haben ihre Funktion erfüllt. Der Glaube an die unterschiedlich begabten «Rassen» hat sich tief in unser Bewusstsein eingegraben und beeinflusst unsere Gefühle im Umgang mit Fremden bis auf den heutigen Tag. Wir alle in diesem Saal, ausnahmslos, sind damit gross geworden. Unsere gesamte abendländische Kultur ist mit solchen rassistischen Elementen durchsetzt.

Typische Merkmale des Rassismus waren in seinen Anfängen Zuschreibungen von Minderwertigkeit aufgrund biologischer Merkmale. Das augenfälligste Merkmal war die Hautfarbe. Mit der Zeit aber kamen auch kulturrassistische Argumente dazu, und heute läuft die Ausgrenzungslinie nicht mehr nur entlang der Hautfarbe, sondern auch entlang der Kultur. Der neue Rassist, die neue Rassistin sagen: Deine Kultur ist minderwertig im Vergleich zu meiner, deshalb grenze ich dich aus. Oder noch perfider: Kulturen müssen bewahrt, gepflegt und rein gehalten werden; das geht am besten, wenn alle unter sich bleiben und sich nicht vermischen. Deshalb sollen alle Fremden dorthin zurückkehren, woher sie gekommen sind. Der moderne Rassist als Hüter der Kultur sozusagen! Als ob Kultur etwas Statisches wäre, das unbeeinflusst von Raum und Zeit starr und

unveränderbar verbleiben würde! Was wäre die Schweiz ohne all die Einflüsse, welche Einwanderinnen und Einwanderer in unser Land gebracht haben!

Lassen Sie mich nach den Merkmalen etwas zur Funktion des Rassismus in unserer Gesellschaft sagen: Die Funktion des Rassismus ist, dass seine Opfer, die kulturell und rassistisch Abgewerteten, als Sündenböcke für alles, was unbehaglich und unheimlich geworden ist, herhalten müssen. Das vermehrte Aufkommen rassistischer und fremdenfeindlicher Äusserungen und Handlungen ist also viel mehr das Indiz einer tiefen sozialen Krise der Aufnahmegesellschaft, als dass es einen monokausalen Zusammenhang zwischen der Zahl der in einem Land lebenden Fremden und der Zunahme rassistischer Ereignisse gibt. Das zeigen Beispiele wie Polen, mit einem zurzeit massiv vorhandenen Antisemitismus – obwohl es in Polen kaum mehr Jüdinnen und Juden gibt –, oder die Ex-DDR, welche massive Probleme mit rassistischen Vorfällen hat, und das bei einem Anteil der ausländischen Bevölkerung von weniger als 2 Prozent!

In einer solchen tiefen Krise stecken heute die westeuropäischen Industrieländer insgesamt. Stichworte dazu sind: neue Armut, Arbeitslosigkeit, die Phänomene der Zweidrittels-gesellschaft; über all dem das Damoklesschwert der ökologischen Katastrophe, sicht- und wahrnehmbar im Waldsterben – schleichend und mit unseren Sinnen nicht direkt wahrnehmbar, deshalb aber nicht weniger unheimlich – und im zunehmend grösser werdenden Ozonloch. Das alles sind Faktoren, welche den Menschen Angst vor der Zukunft und vor Veränderungen machen, denn Veränderung heisst in letzter Zeit für viele: Verschlechterung ihrer realen Lebensverhältnisse. Die beste Prophylaxe, um dem Rassismus seine Grundlage zu entziehen, wäre eine Gesellschaft, die den Leuten Sicherheit und Perspektiven für die Zukunft gibt.

Leider werden aber diese ernst zu nehmenden Äengste vieler Leute von fremdenfeindlichen Parteien und Gruppen skrupellos rassistisch angeheizt und auf Fremde umgelenkt, die angeblich an allem schuld sein sollen. Wir haben heute morgen hier ein solches Beispiel gehört. Das ist doppelt fatal:

1. weil Hass und Ausgrenzung die Schwächsten in der sozialen Hierarchie, nämlich die Ausländerinnen und Ausländer und unter diesen noch die Asylsuchenden, trifft;
2. weil die rassistischen Politiker jenen, die sie gegen Fremde aufhetzen – und das sind viele im eigenen Land zu kurz gekommene Menschen –, vorgaukeln, sie hätten die Lösung aller Probleme, nämlich: Ausländer raus!

Der Rassismus vergiftet das Zusammenleben der Menschen in einem Land. Er ist eine Ideologie der Ausgrenzung, die verbal und mental beginnt und tödlich enden kann. Er kann alle treffen, deshalb ist Rassismus gefährlich und bedroht demokratische Gesellschaften in ihren Grundfesten.

Pfarrer Niemöller hat dazu folgendes Gedicht geschrieben:

Als sie die Juden holten, ging's keinen was an;
als sie die Kommunisten holten, ging's niemand was an;
und als sie mich holten, war keiner mehr da, der sich wehren konnte.

Das darf sich nicht wiederholen, und das zu verhindern muss im Interesse aller demokratisch gesinnten Frauen und Männer in diesem Rate sein. Deshalb ist die Unterzeichnung des internationalen Übereinkommens gegen den Rassismus ein längst fälliges Zeichen, das die Schweiz setzen muss.

Damit komme ich nach der trostlosen Komponente zur tröstlichen und auf meinen Eingangssatz, dass der Rassismus nicht angeboren, sondern anezogen worden sei, zurück. Wenn uns der Rassismus anezogen worden ist, dann ist dieser Prozess umkehrbar. Wenn Kinder im Alter von fünf, sechs Jahren, in dem sie beginnen, ethnische Unterschiede herauszubilden, mit positiven Bildern Fremder konfrontiert werden – sei es durch nicht-rassistische Kinder- und Jugendbücher, Filme oder durch den direkten Kontakt mit Fremden, durch ein gutes Vorbild von Eltern, Kindergärtnerinnen und Lehrpersonen –, wird ihnen das «Gift der frühen Jahre» gar nicht erst eingeträufelt. «Das Gift der frühen Jahre» ist der Titel eines Buches von Regula Renschler, welches dem Rassismus in Kinder- und Jugendbüchern auf die Spur geht.

Auch das ist im Übereinkommen enthalten, und zwar in Arti-

kel 7: nämlich die Verpflichtung der Vertragsstaaten, «unmittelbare und wirksame Massnahmen, insbesondere auf dem Gebiet des Unterrichts, der Erziehung, Kultur und Information, zu treffen, um Vorurteile zu bekämpfen, die zu Rassendiskriminierung führen». Das wird vor lauter Strafrechtsartikeln gern übersehen. Dabei sind prophylaktische Massnahmen, die dieser Artikel vorschreibt, viel wichtiger und beinhalten die Möglichkeit positiver Veränderung. Deshalb finden wir den Vorschlag der Präsidentin der parlamentarischen Gruppe gegen Rassismus, Rosmarie Dormann, zur Einrichtung einer Ombudsstelle auf jeden Fall unterstützungswürdig, weil eine solche Stelle genau in diesen oben genannten Bereichen tätig werden kann. Wir werden aber, falls diese Ombudsstelle nicht durchkommen sollte, selbstverständlich auch einer Kommission, die weniger Möglichkeiten hat, in diesen Bereichen tätig zu sein, zustimmen.

Das Strafrecht soll erst als letztmögliche Massnahme gegen Rassisten und Rassistinnen – wenn alles andere versagt hat – zum Zug kommen. So sollte Hetzern und Rassisten – da bin ich mit Herrn Poncet völlig einverstanden – wie z. B. dem Herausgeber der vorher zitierten Broschüren, welche den Mord an Juden und Jüdinnen mit miesesten pseudowissenschaftlichen Pamphleten zu leugnen sich anmassen, und damit den Ueberlebenden und Angehörigen von Ueberlebenden des Holocaust nochmals unsägliches Leid und Unrecht zufügen, ihr übles Handwerk mit strafrechtlichen Mitteln gelegt werden können. Es geht doch nicht an, solche Ungeheuerlichkeiten ungestraft verbreiten zu können; das hat mit dem Recht der freien Meinungsäusserung nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun.

Wer die Menschenwürde des anderen respektiert, hat nichts zu befürchten. Wer aber durch rassistische Hetzen Menschenleben aufs Spiel setzt und durch das Leugnen des Holocaust die an Menschen begangenen Schandtaten leugnet, kann nicht das Recht auf freie Meinungsäusserung für sich in Anspruch nehmen. Diese Freiheit hat dort ihre Grenzen, wo sie Menschen zur Jagd freigibt.

Die grüne Fraktion ist selbstverständlich für Eintreten. Es erstaunt uns überhaupt nicht, dass der Minderheitsantrag auf Nichteintreten von den Herren Ruf und Scherrer Jürg gestellt worden ist, von Leuten also, die jedes erdenkliche Problem auf Kosten von Ausländerinnen und Ausländern politisch ausschachten, und damit auf billige Art und Weise versuchen, innenpolitisches Kapital zu schlagen. Die Frage drängt sich doch auf, ob sie fürchten, sie könnten mit der fremdenfeindlichen Politik dem Übereinkommen gegen den Rassismus ins Gehege kommen.

Der Rückweisungsantrag der gleichen Herren, Scherrer Jürg und Ruf, liefert den unmittelbaren Beweis, dass es um das politische Kapitalschlagen geht, versucht doch der Antrag von unserem eigenen Rassismus abzulenken, ihn auf die Asylsuchenden zu projizieren, in altbekannter Sündenbock-Manier. So geht das nicht.

Wir unterstützen alle Anträge der Minderheiten, welche die bundesrätlichen Vorbehalte streichen wollen, weil wir wollen, dass die Schweiz dem Abkommen – wenn sie sich dafür schon 27 Jahre Zeit gelassen hat – vorbehaltlos beitrifft. Den Vorbehalt der Beschränkung bei der Zulassung zum Arbeitsmarkt will der Bundesrat ja nur machen, um sein Dreikreismodell aus der internationalen Kritik heraushalten zu können. Damit gibt er indirekt zu, dass dieses Modell im Lichte des Übereinkommens gegen Rassismus betrachtet nicht ganz lupenrein ist. Wir teilen diese Einschätzung; das Dreikreismodell trägt kulturrassistische Züge, und es verdient deshalb nicht, noch durch diesen Vorbehalt quasi international legitimiert zu werden.

Beim neuen Strafrechtsartikel unterstützen wir weder den Minderheitsantrag Ruf auf Nichteintreten noch den Antrag der Minderheit Sandoz, weil dieser eine absolute Abschwächung gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag darstellt, da eigentliche rassistische Vergehen nicht bestraft werden können. Das vorliegende Übereinkommen löst das Problem des Rassismus in der Schweiz nicht; darüber machen wir uns keine Illusionen. Aber angesichts der rassistischen Brände, die überall schwelen, ist es eine Möglichkeit, ein Zeichen dieses Parla-

ments gegen aussen. Viele in Antirassismus-Organisationen Tätige schauen heute mit grosser Erwartung auf diesen Entscheid von uns. Mit Eintreten und Zustimmung können wir diese Leute in ihrer Arbeit bestärken. Seien wir froh, dass es sie gibt.

Frau Grendelmeier: Die LdU/EVP-Fraktion stimmt diesem Bundesbeschluss über den Beitritt zum Internationalen Uebereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung ohne Vorbehalte und einstimmig zu – ebenso der Aenderung bzw. der Ergänzung des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzes und der Schaffung einer Ombudsstelle, wie sie Frau Kollegin Dormann vorschlägt.

Einmal mehr hat sich die Schweiz unerträglich lange Zeit gelassen, um einem Uebereinkommen beizutreten, welches eine dringende Ergänzung zu anderen Menschenrechtspakten darstellt. Das Uebereinkommen – wir haben es gehört – stammt aus dem Jahre 1965; es ist also bald dreissig Jahre alt, und 130 Staaten sind ihm bisher beigetreten. Nur unser Land, das sich so gerne als das Land bezeichnet, welches die humanitäre Tradition am höchsten hält, hat diesen Schritt noch immer nicht getan. Wenn wir ihn nun heute endlich tun – tun sollen, tun müssen –, ist dieser Schritt überfällig. Nicht nur, weil unser erneutes Ausscheren aus der internationalen Gemeinschaft auf keinerlei Verständnis mehr stossen könnte und uns noch mehr isolieren würde, sondern auch deshalb, weil die letzten Jahre auch bei uns von einer massiven Zunahme von Fremdenhass, Fremdenfeindlichkeit und unverhohlenem Rassismus geprägt waren. Der Extremismusbericht beweist das in bedrückender Art und Weise.

Im Prinzip sind wohl alle für die Bekämpfung von Rassismus, vielleicht mit ein paar Ausnahmen, wie sie eben auch schon zitiert wurden. Im Verlauf der Kommissionsarbeit haben sich aber immer wieder skeptische Stimmen erhoben – skeptische Stimmen zu einzelnen Punkten, vor allem in bezug auf die Wirksamkeit sowohl des Uebereinkommens als auch der Bestimmungen im Strafgesetz.

Ich greife nur drei Punkte heraus:

1. Rassismus ist schwer zu definieren.

2. In Signatarstaaten, die dieses Uebereinkommen schon längst ratifiziert haben, kommen die schlimmsten Uebergriffe vor, also ist das Uebereinkommen eine nutzlose Massnahme.

3. Die Schweiz zeichnet sich durch eine extrem hohe Vertragstreue aus, also brauchen wir entsprechende Vorbehalte, damit wir diese Vertragstreue nicht etwa brechen.

Lassen Sie mich dazu einige Bemerkungen machen:

1. Zur Schwierigkeit, den Rassismus zu definieren: Abgesehen davon, dass verschiedene Kolleginnen und Kollegen vorhin auf verschiedene Weise versucht haben – wie mir scheint, tauglich versucht haben –, eine Definition aufzuzeigen, stimmt es tatsächlich, dass es nicht ganz einfach ist. Die Versuchung liegt hierzulande nahe, ausschliesslich über Asylsuchende, Flüchtlinge oder einfach Ausländer zu reden, wenn es sich um Rassismus handelt. Davor möchte ich sehr dringend warnen. Wir führen hier keine Debatte zur Ausländerpolitik.

Der hohe Anteil fremdländischer Mitbewohner in unserem Land berechtigt leider nicht zur Annahme, dass eine Reduktion dieser Anzahl die Fremdenfeindlichkeit zum Verschwinden bringen, ja auch nur wesentlich eindämmen würde. Einen Beweis dafür liefert die ehemalige DDR: Dort haben wir einen Ausländeranteil von knapp 2 Prozent. Wir mussten zusehen, wie die Zahl von schlimmsten Ausschreitungen gegenüber Wohnheimen für Ausländer, Asylwohnheimen, angelegten ist und leider immer noch ansteigt. Also, bitte sehr: Stellen Sie keine Zusammenhänge her zwischen der tatsächlichen Anzahl der Ausländer und dem Ausländerhass.

Rassismus hat vermutlich viel eher mit unseren eigenen negativen Gefühlen zu tun, mit unseren eigenen Frustrationen, mit unseren eigenen Minderwertigkeits- und Verlustgefühlen. Diese Gefühle brauchen einen Blitzableiter oder eben Sündenböcke. Dazu bietet sich ja das Fremde und der Fremde geradezu vorzüglich an, in welcher Form auch immer. Unser Hass auf eigenes Unbehagen schlägt sodann nicht selten um in kriminelle Handlungen, Brandstiftungen, Körperverletzung oder sogar Totschlag. Aber noch einmal: Mit der Anzahl der

Sündenböcke hat das nichts zu tun oder höchstens einmal am Rande.

2. In Signatarstaaten kommen nach wie vor Uebergriffe vor; das ist richtig. Herr Scherrer Jürg hat ja eindrücklich geschildert, wie schrecklich das in Burundi ist. Niemand hier drinnen glaubt, dass durch ein Uebereinkommen oder die Verschärfung eines Strafgesetzes paradiesische Zustände entstehen würden oder dass man dadurch solche Verbrechen verhindern könnte. Das ist aber nichts Neues. Wie vermutlich überall sind auch in der Schweiz beispielsweise Mord und Totschlag unter Strafe gestellt. Trotzdem kommen Mord und Totschlag immer wieder vor. Aber kein Mensch hier drinnen und anderswo würde auf die absurde Idee verfallen, deswegen das Strafrecht oder die Artikel zur Bestrafung solcher Untaten aufzuheben. Somit hat das Strafrecht auf jeden Fall nicht nur einen repressiven, sondern eben auch einen präventiven Charakter.

3. Zur Vertragstreue der Schweiz und die dadurch berechtigten Vorbehalte: Hier benutzt man einmal mehr den sogenannten «Sonderfall Schweiz». Was hier durchdringt, ist unser Kleinkrämergeist: Ja, wir sind gegen den Rassismus, aber bitte mit Vorbehalt! Darunter fällt beispielsweise – das wurde öfters genannt – die Meinungsäusserungsfreiheit. Nur: Was ist denn das für eine Freiheit, die zulassen würde, dass man ungestraft Menschen herabwürdigen, beleidigen oder sogar angreifen könnte, allein aufgrund ihrer Rasse oder ihrer ethnischen oder auch ihrer religiösen Zugehörigkeit? Das Strafrecht kennt heute schon eine Einschränkung dieser Meinungsäusserungsfreiheit: So wird beispielsweise Ehrverletzung oder üble Nachrede unter Strafe gestellt, nur dass sich dies ausserhalb des rassistischen Vokabulars befindet. Deshalb braucht es hier eine Ergänzung. Auf die Vorbehalte im einzelnen gehe ich später ein.

Ich weiss nicht, ob es ein Zufall ist, dass wir die Antirassismusvorlage zusammen mit dem Extremismusbericht behandeln. Entscheidend für mich ist, dass eigentlich beides zu spät kommt. Wir diskutieren heute in einem verhärteten Umfeld, in einem Umfeld, wo wir nicht mehr sagen können: Wehret den Anfängen! Wir müssen darauf achten, dass der Rassismus nicht epidemische Ausmasse annimmt.

Um so wichtiger scheint mir, dass dieses Parlament nun ein Zeichen setzt und dem Uebereinkommen zustimmt, ohne Wenn und Aber und ohne Vorbehalte!

Loeb François: Als Angehöriger einer Minderheit, die Rassismus und seine entsetzlichen Auswirkungen in diesem Jahrhundert in schrecklicher Weise erlebt hat, danke ich dem Bundesrat, der Kommission, aber auch jedem einzelnen von Ihnen hier in der Saal dafür, dass Sie sich mit dem Problem befassen. Rassismus ist schrecklich, seine Auswirkungen sind entsetzlich. Wir brauchen nur nach Jugoslawien zu schauen. Ich bitte Sie, das Problem Rassismus als tief ethisches Problem zu betrachten, als Problem, mit dem die menschliche Gesellschaft konfrontiert ist, dem die Gesellschaft mit aller Kraft gegenüberzutreten muss, vor allem die demokratische Gesellschaft; denn Rassismus ist Menschenverachtung, und Menschenverachtung ist die Grundlage zur Demokratieverachtung.

Der Kampf gegen den Rassismus ist eine Aufgabe jeder menschlichen Gemeinschaft, jeder Demokratie, aber auch jedes einzelnen Menschen; denn nur wenn jede Bürgerin, jeder Bürger sich als Person, als Mensch gegen jeden Rassismus einsetzt, werden wir dieses Gespenst, das in der Menschheitsgeschichte so viel Unheil, das in unserem Jahrhundert so viel Entsetzen ausgelöst hat, besiegen können.

Ich danke hier allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich im Alltag gegen Rassismus einsetzen, und bitte alle Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes weiterzufahren, gegen Entgleisungen aufzustehen, darauf aufmerksam zu machen, aufzuklären, wenn Diskriminierungen erfolgen! Nur gemeinsam, alle zusammen und jeder einzelne, können wir für Toleranz einstehen und den Rassismus bekämpfen!

Auf dem Tisch des Hauses liegt nun ein Vorschlag, wie der Staat helfen kann, den Kampf gegen den Rassismus aufzunehmen: das Uebereinkommen und die Strafnorm. Bei-

des sind taugliche Massnahmen, Massnahmen, die mithelfen können, das Gespenst Rassismus zu bekämpfen. Was mir aber fehlt, ist die Prävention, denn Rassismus besteht ja meistens – das wissen Sie – aus Vorurteilen: Vorurteile aufgrund von Klischeedenken, Klischeedenken aufgrund mangelnder Information, mangelnden Kenntnissen.

Deshalb bin ich froh, dass Kollegin Dormann einen Vorschlag für eine Ombudsperson gemacht hat, dies nach einem eindrücklichen Vortrag des schwedischen Ombudsmannes gegen Rassismus hier in Bern. Der schwedische Ombudsmann hat uns aufzeigen können, wieviel Aufklärungsarbeit der direkte Kontakt in der Arbeit gegen den Rassismus bringen kann: Eine Ombudsperson, die unbürokratisch und effizient aufklärt, federt die Strafnorm ab. Die Strafnorm ist für mich eine Notbremse: eine Notbremse, die notwendig ist. In einem Zug benützt man die Notbremse nicht für den Halt an jeder Station; man hat auch eine normale Bremse eingebaut. Die Notbremse ist nötig, aber auch die normale Bremse. Deshalb unterstütze ich den Antrag Dormann, auch wenn er in seiner Ausformulierung noch nicht ganz konzis ist und durch den Ständerat sicher noch verbessert werden kann.

Ich bitte Sie deshalb schon jetzt, den Antrag Dormann zu unterstützen, um den Willen des Nationalrates nach Prävention zu bekräftigen, damit wir den Willen zeigen, dass wir eine Abfederung der Strafnorm brauchen, damit wir nicht immer die Notbremse ziehen müssen.

Rassismus ist ein Gespenst, ein inhumanes, menschenverachtendes Gespenst, das sich immer wieder erhebt. Ich bin froh darüber, dass wir heute konkrete Massnahmen beschliessen können, und danke Ihnen dafür. Das entbindet uns alle jedoch nicht davon, uns immer wieder persönlich gegen den Rassismus und all seine Formen einzusetzen.

Blatter: Vielen in unserem Land fällt es schwer, den Rassismus als grosse Gefahr zu erkennen. Wie leicht ist es doch, rasch wegzuschauen, sich zuzureden, es handle sich hier nur um Minderheiten! Seien wir ehrlich: Die Situation ist auch bei uns alarmierend. Wer von uns hätte gedacht, dass sich extreme rassistische Minderheiten so gewalttätig bemerkbar machen? Der gewaltsame Rassismus hat viele Gesichter und zeigt sich zum Beispiel auch im religiösen Bereich des Sektenwesens. Überall dort, wo Menschen, die eine eigene Meinung haben, mit roher Gewalt bedroht werden, müssen wir mit aller Kraft entschlossen entgegentreten.

Was ist zu tun? Nach den Ereignissen der letzten Monate in Rostock ist vielerorts der Ruf nach neuen Gesetzen laut geworden. Eine Strafrechtsrevision ist richtig, und wir müssen ihr zustimmen. Aber nur mit neuen Gesetzen und dem Beitritt zu internationalen Übereinkommen allein können wir den Rassismus nicht bekämpfen. Wer die Krawalle in Rostock am Fernsehen mitverfolgt hat, musste bemerken, dass die Probleme nicht nur auf dem gesetzlichen Weg zu lösen sind, denn da waren noch andere Leute, sogenannte Schaulustige, die mehr oder weniger zufällig dabei waren, sich selbstverständlich nicht an den Angriffen beteiligt haben; sie trugen keine hohen Stiefel, keine Abzeichen an den schwarzen Jacken, es waren schlicht Nachbarn von nebenan. Aber sie hatten einen Ausdruck in den Gesichtern, der den Aktiven an Ueberzeugung und Zustimmung in nichts nachstand. Es ist eine Illusion, zu glauben, man könne die Bekämpfung des Rassismus an die Polizei und Richter delegieren. «Letztlich» – und da zitiere ich den Bericht des Bundesrates – «sind es die Bürger selbst, die Verfassung und Demokratie schützen müssen.»

Die Rassisten und Extremisten lieben es, sich auf eine fiktive, schweigende Mehrheit zu berufen. Es liegt an uns allen, aus dieser schweigenden Mehrheit aufzutreten, einmal nicht als Politiker, sondern als Menschen unseren Einfluss im persönlichen Umfeld der Familie, des Vereins, der Bekannten geltend zu machen. Gerade der Rassismus ist eine schleichende Krankheit, die sich in Witzen und abfälligen Bemerkungen manifestiert. Dadurch werden wir täglich mit ihr konfrontiert. Ich appelliere an uns alle und an die gesamte Bevölkerung, solchen Aeusserungen mit Zivilcourage entschlossen entgegenzutreten!

Ich ersuche den Bundesrat daher, flankierend zur Strafrechts-

revision das Parlament und vor allem die Bevölkerung über die grossen Gefahren des Rassismus und Extremismus systematisch und kontinuierlich zu informieren, wie es zum Beispiel mit der Aids-Kampagne sehr geschickt gemacht wird.

M. de Dardel: Il y a trois jours, à Gossau, dans le canton de St-Gall, des personnes non identifiées ont tiré sur un foyer de demandeurs d'asile. Il y avait une dizaine de personnes dans la salle et des vies humaines ont été mises en danger. Cet événement n'a pas fait la une des journaux, il a été quasiment passé sous silence dans notre pays, et il est entré maintenant dans l'indifférence qui caractérise de plus en plus les réactions aux attentats qui continuent contre les demandeurs d'asile.

Tout à l'heure, M. Scherrer Jürg a annoncé le référendum qui allait certainement être lancé à la suite de la décision que nous prendrons. Peut-être qu'alors le débat public reprendra avec plus d'acuité, mais malheureusement les arguments de M. Scherrer Jürg nous montrent aussi le climat quelque peu nauséeux qui existera dans ce débat. M. Scherrer Jürg condamne les attentats racistes, dit-il, mais tout le discours du Parti des automobilistes, des Démocrates suisses et d'une partie de l'Union démocratique du centre attise l'hostilité, voire la haine, à l'égard des demandeurs d'asile. Et puis, si M. Scherrer Jürg déclare condamner les attentats, c'est pour dire immédiatement après qu'il comprend l'irritation, l'énervement, de la population et les réactions violentes suscitées par la présence des demandeurs d'asile. Pour M. Scherrer Jürg, l'ethnocentrisme est un sentiment naturel et positif, a-t-il dit. Pour nous, l'ethnocentrisme est un nouveau mot pour camoufler le racisme, qui est lui-même une dégénérescence du nationalisme. Nous opposons à ces prétendues valeurs les nôtres et celles de la communauté internationale, c'est-à-dire la solidarité, la tolérance et la démocratie. Ce sont ces valeurs-là qui sont expressément contenues dans la convention contre le racisme et c'est pour cette raison fondamentale que nous adhérons à cette convention.

M. Scherrer Jürg dit que les dispositions du Code pénal, qui sont prévues en application de la convention, seraient une muselière pour la population. Il cite un exemple, qui se veut frappant: des parents qui diraient «nous ne voulons pas que notre fille épouse un Turc» seraient prétendument punissables. C'est faux, archi-faux, la disposition du Code pénal qui vous est présentée ne prévoit pas une incrimination pour des propos tenus dans l'intimité ou en «Stammtisch», mais seulement une incrimination en cas d'incitation organisée à la haine raciale. Quand M. Scherrer Jürg fait allusion au cas de Strebel pour prétendre que la police et la justice poursuivent aujourd'hui avec acharnement les exactions racistes, il cite le plus mauvais cas possible. Strebel a été accusé d'avoir tiré, avec ses camarades ou compagnons, avec des armes à feu sur un foyer d'asile. Il a été condamné à des peines dérisoires pour ses agissements violents et racistes. Il a été jugé récemment à Schwyz, à huis clos, pour le protéger. Il a obtenu la clémence du tribunal grâce à un certificat de complaisance – c'est en tout cas lui qui le dit maintenant publiquement – délivré par un médecin. Il s'agit donc bien, malheureusement, dans cette affaire Strebel, du pire exemple d'une extrême mollesse des autorités judiciaire et policière, et notre opinion est que la signature de la convention et l'instauration d'un droit pénal antiraciste pourront servir de socle à une prise de conscience de la part des autorités administrative, policière et judiciaire afin que ces autorités soient motivées contre le racisme et qu'elles soient incluses dans un processus efficace contre les discriminations raciales.

Enfin, M. Scherrer Jürg cite les cas du Burundi et du Sri Lanka comme des cas négatifs de pays qui ont adhéré à la convention. Il cite aussi le cas de l'Allemagne, à cause des manifestations racistes violentes et collectives qui se produisent actuellement dans ce pays. L'Allemagne aussi a signé la convention et dispose d'un droit pénal antiraciste. Nous répondons à cela que la convention n'est pas un remède miracle contre le racisme. Elle est seulement le début du commencement de ce que nous devons faire contre le racisme et bien d'autres tâches nous attendent par la suite.

Dans l'immédiat, nous soutenons la proposition de Mme Dor-

mann, à savoir l'instauration d'un ombudsman contre le racisme. Nous avons pu constater avec l'exemple suédois l'efficacité de cette institution. Dans un second temps, nous soutiendrons les efforts qui seront certainement entrepris dans les cantons pour que les procédures pénales cantonales admettent la qualité pour agir des associations privées antiracistes. Enfin, dans un troisième temps, parce que la lutte contre le racisme signifie une véritable politique d'intégration des étrangers pour faire front à la xénophobie, nous soutiendrons toutes les initiatives qui existent déjà dans les cantons en faveur du droit de vote aux niveaux communal et cantonal.

Weder Hansjürg: Millionen von Menschen sind auf der Flucht, und täglich werden es mehr. Sie fliehen vor Verfolgung, Unterdrückung und Armut. Die meisten finden Zuflucht bei ihren Nachbarn. Einige tausend sind bei uns gestrandet. Flüchtlinge sind in den meisten Fällen Verfolgte und Entrechtete, sind oftmals auch Opfer eines masslosen Ausbeutungsfeldzuges der reichen Nationen, an dem wir uns – ob wir es wollen oder nicht – mitbeteiligen. Die Banken etwa leihen Geld zu Wucherzinsen, und unsere Wirtschaft liefert Waffen, die den Armen nichts nützen, ihren Ausbeutern aber die Machtposition sichern. Zurück fliesst nicht nur das Geld in reichen Strömen, sondern es kommen auch Flüchtlinge zu uns.

Ausländer, besonders nichtweisse, haben es bei uns nicht leicht. Sie stossen auf Schwierigkeiten, wie wir, die Einheimischen, sie nicht kennen. Aufgrund der Erfahrung mit meinen beiden dunkelhäutigen Adoptivkindern – ich rede hier aus tiefer Betroffenheit – weiss ich, wie sehr sie Demütigungen und Erniedrigungen ausgesetzt sind. Oft, zu oft kamen meine beiden Töchter tief traurig und aufgelöst nach Hause, weil sie unwürdig behandelt wurden, bis hin zu vulgären Beschimpfungen und erniedrigenden Handgreiflichkeiten. Meine Kinder werden in ihrer Menschenwürde oftmals verletzt. Ihre Seelen sind gleich verletzlich wie die unseren.

Diejenigen Medien und Parteien, die der Fremdenfeindlichkeit direkt oder indirekt das Wort reden und offen oder versteckt den Nährboden für den Rassismus vorbereiten – wir haben das heute morgen schon gehört –, tragen Mitverantwortung für das schlechte Klima gegenüber den Fremden ebenso wie die Instanzen, die es gerne versäumen, den Tätern intensiver nachzustellen, wenn irgendwo wieder ein Anschlag auf ein Heim für Asylsuchende stattfindet oder wenn gar eines in Flammen aufgeht.

Angehörige anderer Rassen haben es bei uns nicht leicht. Begegnen wir ihnen doch mit einem Lächeln, die Weihnachtszeit bildet das geeignete Umfeld dazu. Sie sind uns für dieses Lächeln dankbar. Wer dies einmal versucht, wird feststellen, dass das Lächeln auch ihm selbst guttut.

On. Borradori: La nostra frazione è della ferma opinione che i diritti dell'uomo vadano rispettati ad ogni costo. Personalmente mi sento inoltre di condannare e di stigmatizzare ogni atto di violenza, in particolare quando questo è diretto contro chi, in un modo o nell'altro, è diverso da noi.

Ciononostante, di fronte alla Convenzione che il Consiglio federale ci propone di ratificare, provo dei sentimenti contrastanti e di profonda perplessità. Se il cuore mi potrebbe indurre a seguire le raccomandazioni del nostro Governo, raccomandazioni che, sotto il profilo idealistico, sono senz'altro giuste e condivisibili, la mente mi obbliga invece alle seguenti considerazioni, più pragmatiche e razionali. Ci è stato detto che 129 Stati hanno sino ad oggi ratificato la Convenzione. Sul piano dell'efficacia, quali sono stati i risultati riscontrati in questi 129 Paesi? In quali e quanti Stati si è potuta constatare una diminuzione dei moti razziali e xenofobi, senza però, e questo è importante, che la Convenzione mettesse contemporaneamente una pericolosa museruola alla libertà di opinione del cittadino? Queste legittime domande nel messaggio rimangono senza risposta, ed è un vero peccato.

Gettando uno sguardo intorno a noi, vediamo come il panorama sia però desolante e non ci permetta certo di concludere che questa Convenzione abbia sortito degli effetti spettacolari o quanto meno degni di nota. Anzi, ci induce piuttosto a ritenere che la maggior parte dei Paesi firmatari non vi si attenga

per nulla. E allora, come fugare il sospetto che questa Convenzione, come purtroppo diverse altre, sia stata allestita e ratificata da molte Nazioni solo per una questione di forma, quasi per mettere a tacere le coscienze, per gettare fumo negli occhi e consentire nel contempo di non fare nulla di concreto per risolvere i problemi razziali?

Vi sono poi delle voci che dicono che noi dobbiamo ratificare la Convenzione per ragioni di politica internazionale, per una questione di solidarietà con le altre Nazioni. Si vuole forse dire con ciò che gli Stati Uniti, che non hanno mai ratificato il trattato, non si comportano in modo solidale? Questa mi sembrerebbe, francamente, un'affermazione molto azzardata.

Personalmente faccio inoltre molta fatica ad accettare che una Convenzione, il cui scopo dovrebbe essere quello di tutelare i diritti essenziali dell'individuo, possa contenere rischi tali da doverla ratificare solo con riserva, e in particolare con la riserva degli elementi fondamentali che formano la dignità di una persona, ossia la libertà di opinione e quella di associazione.

Se, di fronte al decreto A, provo unicamente un profondo scetticismo, tale sentimento diviene avversione nei confronti della modifica del diritto penale che ci viene sottoposta.

Al proposito due considerazioni. La prima è che reputo un errore porre in connessione la repressione penale del razzismo con la ratifica della Convenzione. Dobbiamo, anche in questo campo, rimanere sovrani in casa nostra e dimostrare che, se decidiamo di colpire penalmente il razzismo – in quanto lo riteniamo opportuno o necessario – è perché ne siamo noi intimamente convinti, come Stato, e non perché abbiamo aderito ad un qualsivoglia trattato internazionale.

La seconda ed ultima considerazione è di natura più spicciola. Una modifica del Codice penale appare inutile in quanto già oggi disponiamo di norme penali sufficienti per sanzionare atti di violenza corporale o reati contro l'onore che venissero commessi sulla base di una matrice razziale. Non vi è quindi necessità alcuna di appesantire ulteriormente il nostro apparato legislativo, con delle norme per giunta che, oltre a creare dei grossi problemi di interpretazione, potrebbero risultare dei veri e propri bavagli per la libertà di opinione del singolo, bavagli del tutto indegni di uno Stato di diritto.

Keller Rudolf: Ueberall in der Welt gibt es Probleme im Zusammenleben zwischen Menschen, wenn zu viele fremde Menschen in ein Land einwandern. Spannungen zwischen den eher unteren sozialen Schichten der Einheimischen und den Einwanderern sind die Folge solcher Politik. Das hat aber in der Schweiz in den meisten Fällen nichts mit Rassismus zu tun. Eine weitsichtige Politik wäre es, solche Probleme zu verhindern. Aber schauen wir uns einmal in der Welt um: Unzählige Länder, die das Uebereinkommen unterzeichnet haben, halten sich gar nicht daran. Dieses Papier ist nicht einmal das Papier wert, auf dem es steht. Es hat simplen deklamatorischen Charakter. Es vermochte nicht einmal als moralisch-ethische Bremse zu wirken.

Wenn eine ex-jugoslawische Regierung trotz Uebereinkommen einen offensiven Krieg zur Vernichtung anderer Völker und Volksgruppen führt – und die von einigen so hochgelobte EG als Unterzeichnerin dieses Uebereinkommens schaut einfach zu und lässt die Leute sich gegenseitig abschlachten –, dann sieht man, wie ernst solche Uebereinkommen genommen werden. Wir alle sind empört darüber, wie sich die EG ausser mit leeren Floskeln einen Dreck um das Jugoslawien-Problem kümmert. Und die Uno lässt mit sich spielen.

Hätte es in Jugoslawien Oelquellen, wäre schon lange gehandelt worden – siehe Kuwait. Es ist doch so: Diese Völkerwanderungen, diese Einwandererfragen und alle daraus allenfalls entstehenden Probleme stehen in einem engen Zusammenhang mit wirtschaftlichen Grundgegebenheiten und Ueberlegungen. Das ist die Realität.

Offensichtlich sind solche Uebereinkommen nur dazu da, dass sie einfach da sind, nur um das Gewissen zu beruhigen. Getan, verändert wird überhaupt nichts. Auch diese Debatte, die jetzt so gross daherkommt, wird an den Grundtatsachen nichts ändern. Was soll es eigentlich unserem Lande bringen, wenn wir dieses Uebereinkommen unterzeichnen? Wir haben trotz Rezession den höchsten Ausländeranteil weit und breit,

und es werden immer noch mehr Ausländer in unser Land gelassen. Sehr viele Asylbewerber sind illegal bei uns; deshalb können wir den Rückweisungsantrag unterstützen, dass zuerst diese Probleme gelöst werden, bevor man überhaupt daran denkt, ein solches Uebereinkommen zur Beseitigung der Rassendiskriminierung zu unterschreiben. Alles andere ist doch reine Augenwischerei und eine unehrliche Politik. Wo hat denn dieses Uebereinkommen je vorhandenen Rassismus beseitigt? Etwa im leider neu vereinigten Deutschland, etwa in Marseille, etwa in Italien, wo der Norden immer weniger vom Süden wissen will, etwa im unterdrückten Baskenland oder in Korsika? Oder geht es nur darum, dass man mit grossem Pomp ein Dokument unterzeichnen kann, damit man auch dazugehört? Was soll das denn eigentlich?

Sind dies nicht Ueberlegungen, die uns eigentlich zu einem Nein zu diesem Dokument veranlassen sollten? Sollten wir das Ganze nicht deshalb dem Staatsvertragsreferendum unterstellen, damit sich das Volk darüber aussprechen kann?

Herczog: Das Auffallendste an dieser Debatte ist, dass Leute hier im Saal sitzen, die heute dieses Uebereinkommen nicht ratifizieren wollen: heute, wo Nationalismus und Rassismus eine bedrohliche Renaissance feiern, wo Ueberfälle auf Ausländer und Asylsuchende in Mitteleuropa lediglich weitere Ziffern in der Kriminalstatistik sind, wo generell die Schwelle zu Gewaltbereitschaft auch in unserem Land nicht mehr hoch genug ist und wo dies alles in der alltäglichen Öffentlichkeit mit erschreckender Gleichgültigkeit aufgenommen wird.

Dies deutet auf eine Art Formveränderung des Rassismus und Nationalismus hin, die sich irgendwo zwischen den bisherigen Konservativen und Rechtsradikalen ansiedeln. Ihr Legitimierer ist jener rechte Populismus, welcher sich teilweise berechtigter Ängste und Orientierungsunsicherheiten, aber auch Ressentiments und Vorurteile in der Bevölkerung bedient, um die eigene politische Position zu verbreiten. Der Nährboden für diesen Populismus ist die Vergrösserung der Kluft zwischen sozialem Rechtsstaat und gesellschaftlicher Realität. Durch diese Formveränderung werden heute die Grenzen zwischen Rassismus, Nationalismus und Rechtspopulismus gewissermassen fließend. Ich rede hier nicht gegen die Zusammengehörigkeitsgefühle und die kollektive Identität einer Nation; aber es darf nicht sein, dass Menschen, weil sie Fremde sind, vom Zugang zu dieser Identität ausgeschlossen bleiben!

So gesehen erfüllen die Ratifikation dieses Uebereinkommens und die Strafrechtsrevision mehrere aktuelle politische Notwendigkeiten:

1. Sie definieren national und international eine Art demokratischen Gesellschaftsvertrag, da sie einen kritischen Umgang mit der Formveränderung des Rassismus verlangen.
2. Sie ziehen dort jene Grenzen zur abstrakten demokratischen Freiheit, wo diese das konkrete Menschenrecht verletzt.
3. Sie verpflichten uns auch, nicht allein einen pädagogischen Antirassismus zu diskutieren, sondern national und international an jenen konkreten gesellschaftlichen und ökonomischen Randbedingungen zu arbeiten, die das Anwachsen der Zweidrittelsgesellschaft eindämmen und überwinden können.

Frau Dormann: Wenn ich an die vergangenen Wochen vor der Abstimmung denke und mir unzählige Äusserungen von besorgten Schweizer Bürgern und Bürgerinnen nochmals ins Bewusstsein führe, dann schaudert mich. Ich bekam den Eindruck, dass für viele Schweizer und Schweizerinnen alle Ausländer schlecht sind, uns ausbeuten und verdrängen wollen, missbrauchen, hintergehen und ruinieren.

Vergessen sind bei solchen Äusserungen unsere Ferien in fremden Welten, fernen Buchten und auf faszinierenden Märkten. Vergessen ist unsere Vorliebe für die chinesische Küche. Vergessen sind unsere Gelüste nach exotischen Gewürzen, die reichen Tafelrunden mit Lachs und Meeresfrüchten. Vergessen bleibt unsere Liebe zum französischen Wein, zum italienischen Grappa und zum türkischen Kaffee. Vergessen bleiben unsere Sympathien für südamerikanische Songs und Rhythmen. Vergessen sind all unsere Wünsche nach amerikanischem Jazz, mit englischem Text natürlich. Vergessen werden unsere Gefühle, die beim Anhören von afrikanischen Ne-

gro Spirituals oder einer Panflöte aus den Anden hochsteigen. Interessant, dass all diese importierten, übernommenen und kopierten Ess- und Trinkkulturen bei uns auf soviel Sympathie und Akzeptanz stossen. Interessant, dass trotz der englischen Schlager und der anregenden Jazzmusik unsere vielgeliebte Folkloremusik ihren Platz behalten konnte. Interessant, dass die Rösti und die Bratwurst trotz exotischen Küchenangeboten nicht vom Menüplan gestrichen wurden. Interessant, dass sich Männer-, Frauen- und Kinderchöre, unsere Trachten- und Jodelklubs einer ungebrochenen Wertschätzung erfreuen; zum Glück!

Aber wovor haben denn Herr und Frau Schweizer überhaupt Angst? Sympathische und unsympathische Gefühle für den anderen Menschen, für andere Gewohnheiten oder Kulturen gehören zum Menschsein. Ich denke, dass jeder Mensch eine latente Veranlagung zur Diskriminierung anderer Menschen hat, zur Geringschätzung fremder Kulturen, zur Verurteilung andersartiger Gesinnungen, Haltungen und Religionen. Wenn aber mangelnde Sympathie für einen anderen Menschen in Diskriminierung oder gar Degradierung ausartet und mit körperlicher Tätlichkeit oder psychischem Terror endet, sind die Grenzen überschritten. Eine Klima von Hass und Vorurteilen wirkt im Volk zudem sehr ansteckend.

Ich bin froh, dass das Uebereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung ein internationales Abkommen ist, das auch uns zugute kommt, wenn wir im Ausland sind und diskriminiert werden. Wir haben keine Garantie, dass wir das auserwählte Volk bleiben, trotz unserem Egoismus, unserer Tradition, unserem Patriotismus. Soll eine sinnvolle soziale, kulturelle und politische Integration der Fremden Erfolg haben, gilt es, integrationshemmende und integrationsverunmöglichte Faktoren auf beiden Seiten zu erkennen, auf derjenigen der Einheimischen wie auf jener der Fremden. Deshalb ist der Beitritt zum Internationalen Abkommen gegen jede Form von Rassendiskriminierung das eine, die Revision des Strafgesetzbuches das andere. Die Schaffung einer Ombudsstelle zur Prävention und Verhinderung von Diskriminierung ethnischer Minderheiten ist das dritte Standbein, die Ergänzung zum Uebereinkommen und zum Strafrecht.

Tschäppät Alexander: Wir haben jetzt viel über das Abkommen gehört. Ich erlaube mir deshalb, mich auf die Strafbestimmung zu beschränken.

Eine direkte Verpflichtung aus dem Uebereinkommen, eine spezielle Strafnorm zu schaffen, besteht nicht. In der Vernehmlassung ist denn auch die Kritik geäussert worden, die strafrechtliche Gesetzgebung solle sich auf die Eindämmung von Auswüchsen beschränken, damit sei eine Ergänzung des Strafgesetzbuches im Zusammenhang mit dem Beitritt der Schweiz zum vorliegenden Uebereinkommen überflüssig.

Dieser Argumentation muss ganz entschieden entgegengetreten werden. Wenn Sie das geltende Strafrecht durchmustern, stellen Sie fest, dass spezifische Bereiche, die gerade für das Antirassismus-Abkommen von besonderer Bedeutung sind, nicht abgedeckt sind. Delikte gegen die Ehre schützen nur die Ehre, nicht den öffentlichen Frieden, um den es hier geht. Und Artikel 259 Strafgesetzbuch: Die öffentliche Aufforderung zur Gewalttätigkeit schützt nur vor Gewalttätigkeit; sie schützt aber nicht gegen die allgemeine Hetze. Daher muss das Anliegen der Bekämpfung des Rassismus im geltenden Recht umgesetzt werden, in einer Form, wie sie jetzt vom Bundesrat kommt, nämlich in einer bestimmten Strafnorm. Der Minderheitsantrag Ruf ist daher entschieden abzulehnen. Es wäre katastrophal und fatal, hier nichts zu beschliessen.

Noch problematischer ist der Antrag der Minderheit Sandoz. Er scheint ein bisschen weiter zu gehen, indem er eine Strafverschärfung verlangt, wenn aus rassistischen Gründen gehandelt wird. Nach unserer Meinung genügt diese Form nicht, um dem Uebereinkommen nachzuleben. Damit wird nur ein Scheingefecht geliefert, denn schon heute erlaubt Artikel 63 StGB jedem Richter, bei der Strafzumessung die Motive – auch das rassistische Handeln – mitzuberücksichtigen. Die Formulierung der Minderheit Sandoz geht zwar ein bisschen darüber hinaus. Sie erfasst aber nichts Neues. Insbesondere –

und das ist ganz wichtig – bietet sie keine Handhabe gegen die allgemeine Hetze. Der Antrag der Minderheit Sandoz ist äusserst gefährlich, ich würde sogar sagen: perfid. Man will scheinbar etwas gegen den Rassismus unternehmen, indem man eine Strafverschärfung vorsieht. Die strafrechtlich relevanten Punkte, nämlich rassistische Propaganda, rassistische Angriffe auf die Menschenwürde und die Verweigerung einer öffentlich angebotenen Leistung werden im Antrag der Minderheit Sandoz einfach ignoriert. Die Annahme dieses Antrages – das lassen Sie sich hier klar sagen – bedeutet, dass die allgemeine Hetze, dass die «Auschwitz-Lüge» – um nur diese beiden zu nennen – auch künftig straflos bleiben werden! Diese Aussage wird man dann im Ausland zur Kenntnis nehmen, und sie hätte für unser Land katastrophale Folgen. Wie bereits ausgeführt, dürfte die Schaffung eines eigenständigen Strafrechtsartikels der einzig richtige Weg sein, um dem Uebereinkommen nachzuleben. Das ist der eine Aspekt dieser Strafrechtsnorm.

Es gibt aber noch einen anderen, nämlich dass auch innerstaatlich ein Handlungsbedarf besteht und endlich etwas getan werden muss, um den Rassismus zu bekämpfen und ihn gesetzlich in den Griff zu bekommen. Gerade die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben klar gezeigt, dass wir in einer Zeit grosser soziologischer Umwälzungen leben. Die daraus entstehenden Spannungen verlangen nach einer wirksamen gesetzlichen Regelung. Die Schaffung von strafrechtlichen Bestimmungen wird auch eine präventive Signalwirkung und entsprechende Auswirkungen haben.

Die sozialdemokratische Fraktion bittet Sie daher dringend, alle Anträge, die auf die Nichtschaffung oder Verwässerung des Strafrechtsartikels hinzielen, abzulehnen. Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass lassen sich nicht mit dem Strafrecht aus der Welt schaffen. Das Strafrecht ist sicher auch ein höchst unvollkommenes Mittel, um Probleme zu lösen. Aber mit der Schaffung des Diskriminierungsartikels im Strafrecht macht der Staat deutlich, dass er die Menschenwürde höher einstuft als die Freiheit, menschenverachtende Parolen zu verbreiten.

M. Couchepin: Depuis quelque temps, il y a malheureusement dans notre pays une recrudescence d'actes de violence à l'encontre des étrangers et de manifestations de racisme. Je crois que ce n'est pas la première fois dans l'histoire de ce pays qu'on assiste à des poussées de fièvre raciste ou xénophobe. La question qu'on pourrait alors se poser est la suivante: est-ce qu'il est vraiment nécessaire, dans les circonstances actuelles, de signer cette convention et d'inscrire dans le Code pénal une nouvelle norme condamnant le racisme et la xénophobie? Est-ce qu'on ne peut pas faire confiance au bon sens et à la santé morale naturelle de ce pays pour condamner, par la pression sociale, les manifestations de racisme et de xénophobie?

Je crois qu'aujourd'hui la situation est différente de celle que l'on a connue dans le passé, et ce pour deux raisons principales. Il y avait, auparavant, beaucoup moins de mobilité, de déplacements et de brassages de populations, et le contrôle social exercé par les instances morales de ce pays était beaucoup plus fort. On pouvait décemment espérer – et la réalité a démontré que ce n'était pas infondé – que, dès qu'un accès de racisme se manifestait et dépassait une certaine norme, l'ensemble de la population réagissait et le condamnait. La rupture du contrôle social qui apporte par ailleurs des avantages comporte aussi des risques, et en particulier celui de laisser s'exprimer des tendances racistes ou xénophobes. C'est donc une première raison d'accepter cette convention et d'introduire la norme pénale.

En outre, à travers l'inscription dans le Code pénal d'une norme condamnant les appels au racisme, à la xénophobie, en signant cette convention internationale, on donne un signe positif des valeurs morales sur lesquelles sont basées notre politique d'intégration et notre volonté de coopération à l'échelle internationale. Pour nous, il y a fondamentalement une égalité de nature des êtres humains et les différences entre eux, y compris celles fondées sur la race ou la nationalité, ne sont que secondaires; elles ne sont que de circonstances, elles ne sont pas essentielles. Même s'il est justifié de faire

des différences en fonction de la nationalité, elles n'impliquent pas une différence d'estime à l'égard des personnes de race ou de nationalité différente de la nôtre. C'est donc aussi dans une perspective d'intégration que ces textes sont importants. Ils constituent la base morale minimum sur laquelle nous entendons bâtir tant notre politique d'intégration en Europe que notre politique de coopération à l'échelle internationale. C'est pourquoi il faut les adopter sans restriction et sans compromis.

Steinemann: Die Ratifikation des Antirassismus-Uebereinkommens würde unsere freie Meinungsäusserung einmal mehr einschränken und so dem Schweizervolk wiederum eine Tranche seiner Identität rauben. Seit geraumer Zeit wird gepredigt, die Schweizer seien fremdenfeindlich und Rassisten, nur weil wir Ordnung im eigenen Land haben wollen und verlangen, dass der Bundesrat endlich den Volkswillen respektiert, wie er 1987 in der Abstimmung zur Aenderung des Asylgesetzes zum Ausdruck kam.

Bei dieser Vorlage handelt es sich nach Meinung der Auto-Partei um ein Anti-weiße-Rasse-Gesetz, um einen von der Linken zu verpassenden Maulkorb. Wir Schweizer sind keine Rassisten und brauchen deshalb keine Rassismusbürokratie. Mit dem neuen Gesetz könnte nämlich – dies als Beispiel – für einen schwarzafrikanischen Asylanten die fatale Möglichkeit bestehen, gegen einen Hauseigentümer wegen Rassismus zu klagen, nur weil dieser eine freie Wohnung einem seriösen Schweizer Ehepaar vermietete und nicht dem Afrikaner. Dass der Nichtberücksichtigte mit der vollen Unterstützung unserer Linken rechnen könnte, ist selbstverständlich. Dieser Hausbesitzer würde also per Rassismusgesetz faktisch genötigt, die Wohnung dem schwarzen Mitbewerber zu vermieten, wenn er keine Klage riskieren möchte. Genau gleich könnte es auch einem Arbeitgeber ergehen, der einem schweizerischen Bewerber den Vorzug gegenüber dem Angehörigen eines exotischen Landes geben möchte.

Das Ganze hat, wie Sie sehen, mit Rassendiskriminierung wenig, mit Einschränkung der Volksrechte viel zu tun. Dieses Anti-Schweizer-Gesetz beinhaltet aber auch gewaltigen sozialen Zündstoff, der nicht unterschätzt werden sollte.

Andererseits werden wir Schweizer im eigenen Land immer mehr durch Ausländer verunsichert. Beispielsweise führt gebietsweise die beachtliche Zahl von Kindern islamischer Religionszugehörigkeit in Schulen immer öfter dazu, dass Lehrkräfte kaum noch christliches Gedankengut, christliche Wertvorstellungen und Traditionen vertreten dürfen. Es sind im Kanton St. Gallen Fälle bekannt, wo mit Rücksicht auf mohamedanische Schüler auf Adventsbräuche, Weihnachtslieder und ähnliches verzichtet wurde. Andererseits wissen wir natürlich alle, wie intolerant islamischer Fundamentalismus gegenüber christlichen Religionsgemeinschaften ist. Im weiteren bewirkt die im Islam völlig anders geartete Position der Frau bereits verschiedentlich, dass Lehrerinnen der Oberstufe mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, um sich gegenüber Knaben durchzusetzen. Den Lehrerinnen wird von diesen Jugendlichen und besonders ihren Vätern die Kompetenz für Disziplinar massnahmen völlig abgesprochen oder verweigert. Wir sind der Auffassung, dass die Toleranz zu weit getrieben wird, wenn an unseren Volksschulen die abendländische Weltordnung aus diffusen Gleichheitsüberlegungen verdrängt wird.

Die Fraktion der Auto-Partei ist der Meinung, dass die heutigen gesetzlichen Regelungen für die Verfolgung echter Rassisten genügen, und sie empfände es als Beleidigung für jeden toleranten Schweizer, wenn diese Vorlage gutgeheissen würde. Im Uebereinkommen heisst es nämlich unter anderem folgendes: «... verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, wo immer es angebracht ist, alle eine Rassenintegration anstrebenden völkerrassischen Organisationen und Bewegungen zu unterstützen» (Art. 2 Abs. 1 Bst. e)

Dieser Satz alleine ist ein Referendum wert. Mit diesem Absatz handeln wir uns trojanische Pferde ein. Es wäre gut möglich, dass zum Beispiel ein Ableger der türkisch-kommunistischen Partei unter diesem Titel bei uns offen aktiv wirken könnte und dies von der Schweizer Bevölkerung noch unterstützt werden müsste.

Die Vertragsstaaten werden auch verpflichtet, Massnahmen zu treffen, «um die angemessene Entwicklung und einen hinreichenden Schutz bestimmter Rassengruppen oder ihnen angehörender Einzelpersonen sicherzustellen, damit gewährleistet wird, dass sie in vollem Umfang und gleichberechtigt in den Genuss der Menschenrechte und Grundfreiheiten gelangen.» Dies steht in Artikel 2 Absatz 2. Es ist wiederum in der Schweiz erfüllt. Wozu also noch ein unnötiges Gesetz?

Wenn wir diese Aussagen z. B. im Zusammenhang mit unseren Rentnern und den unter dem Existenzminimum lebenden Schweizerinnen und Schweizern betrachten, fällt uns auf, dass diesen Gesellschaftsgruppen vergleichsweise wesentlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird. Und dies ist doch eine traurige Tatsache.

Unser Bund hat den Zweck, die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen zu behaupten und Ordnung im Innern zu bewahren, die Freiheit und die Rechte der Eidgenossen zu schützen und ihre gemeinsame Wohlfahrt zu fördern. Neue Begriffe von Menschenrechten, Grundfreiheiten oder Gleichberechtigungen, die auf Bevorzugung einer bestimmten Rasse abzielen, kennt unsere Verfassung nicht.

Die Auto-Partei lehnt grundsätzlich jede Art von Rassismus ab und verwehrt sich dagegen, in dieser Debatte in die Nähe von rechtsextremen Rassisten gestellt zu werden. Gradlinigkeit wird in diesem Saal eben oft und vorsätzlich krummgenommen. Es wäre auch bedenklich für unseren Staat, wenn vaterländisch motivierte Opposition gegen den klaren, erwiesenen Missbrauch des Asylrechts mit Rassismus gleichgesetzt würde.

Die Fraktion der Auto-Partei bittet Sie nachdrücklich, auf diese Vorlage nicht einzutreten.

Rychen: Das Anliegen des Uebereinkommens zur Beseitigung von Rassendiskriminierung ist aus meiner Sicht gerade heute von besonderer Aktualität. Die weltweiten Migrationsbewegungen haben auch in der Schweiz Aengste verstärkt. Es kommt zu Abwehrhaltungen gegenüber fremden Menschen. Auch sind die Uebergriffe auf Angehörige fremder Staaten, vor allem auf Asylbewerber, zum Teil auf rassistische Grundhaltungen zurückzuführen. Rassismus, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, ist auch in unserem Land eine Tatsache, und es hiesse die Augen vor der Realität verschliessen, würde man die Hände einfach in den Schooss legen und die Gewalt- oder andere Taten gegen Menschen aus anderen Kulturen übersehen.

Ich stelle aber auch fest, dass eigentliche Rassisten in diesem Lande wohl eine verschwindend kleine Minderheit darstellen. Ich möchte auch ganz klar sagen, dass nicht alle Leute, die vor Fremden Angst haben, mit Rassisten gleichzustellen sind. Wir müssen dabei auch auf gewisse Entwicklungen hinweisen. Zum Beispiel: Wenn Christen in der Türkei kaum mehr in der Lage sind und kaum mehr Spielraum haben, ihren Glauben auszuüben und zu praktizieren, muss man auch begreifen, wenn Reaktionen von Menschen, die sich gegen andere Glaubensgruppen vor Wehr setzen, in unserem Lande deutlicher werden. Ich glaube, vor diesen Entwicklungen darf man nicht die Augen verschliessen.

Auf der anderen Seite ist für mich klar: Der Beitritt zum Internationalen Uebereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung – oder auch Diskriminierung anderer Glaubensrichtungen – bedeutet eine nicht unwesentliche Massnahme unseres Landes zur Bekämpfung dieser Erscheinungen in jeder Form.

Natürlich kennen wir die Argumente der Skeptiker: Der Beitritt sei nichts weiter als ein Lippenbekenntnis; das Uebereinkommen sei ein Papiertiger; einzelne der Unterzeichnerstaaten hielten sich nicht an die vereinbarten Regelungen. Das stimmt: Es gibt Länder, die sich tatsächlich nicht an diese Vereinbarungen halten. Dennoch glaube ich, dass es eine sehr wichtige Aufgabe unseres Landes ist, die Wahrung der Menschenrechte in der ganzen Welt zu unterstützen und zu fördern. Wenn wir diese Konvention ablehnen würden, würde dies von anderen Seiten her entsprechend interpretiert. Die Einhaltung der Menschenrechte war zu lange Zeit kein Thema auf dem internationalen Parkett. Heute ist es ein Traktandum

geworden, und das ist gut so. Sie ist aus der internationalen Zusammenarbeit nicht mehr wegzudenken; auch wenn sich einzelne Staaten in Kultur und Rechtsauffassung sehr stark unterscheiden und unter Menschenrechten Verschiedenes verstehen, glaube ich, dass offizielle Verpflichtungen gemäss diesem Uebereinkommen ein Mittel sind, immer wieder eine Grundlage zu haben, um für die Menschenrechte zu kämpfen. Wir sind trotz allen Rückschlägen – siehe Jugoslawien und andere Vorfälle, auch in unserem Land – im gesamten doch ein Stück weiter gekommen. Wir müssen einfach realistisch bleiben und nicht meinen, dieses Uebereinkommen könne alle Probleme lösen. Es ist eine moralische Grundlage für Solidarität und für eine gewisse Geisteshaltung. Unser Land tut sich ja bekanntlich recht schwer damit, internationale Verpflichtungen einzugehen. 130 Staaten haben das Uebereinkommen bereits ratifiziert.

Unser Beitritt ist aber nicht nur ein Akt der Solidarität gegenüber der Staaten- und Völkergemeinschaft, sondern auch ein Akt der Notwendigkeit angesichts der leider zunehmenden und wenig rühmlichen Anfeindungen und Kollisionen mit Menschen aus anderen Kulturen.

Ich betone, dass sich Fremdenfeindlichkeit und Rassismus mit dem Strafrecht allein gewiss nicht aus der Welt schaffen lassen; doch darf man vom Beitritt zum Uebereinkommen respektive von der Gesetzesrevision auch eine gewisse präventive Wirkung erhoffen. Beispiel ist für mich Grossbritannien, das mit seiner rigorosen Gesetzgebung doch eine gewisse Art von Erfolg erreicht hat.

Ich bitte Sie, dem Beitritt der Schweiz zu diesem Uebereinkommen zuzustimmen.

M. Ducret: Le phénomène raciste appartient à l'histoire en ce sens qu'il représente une expression particulière des rapports sociaux, des systèmes de pensée et des valeurs morales auxquels se rattache notre société. Ce qui frappe, à l'analyse de ce phénomène, c'est qu'aujourd'hui l'accusé n'est plus forcément et systématiquement le bouc émissaire traditionnel – le juif, le noir, l'arabe, le tzigane. L'accusé, c'est l'autre, c'est celui qui n'est pas natif du même pays, c'est celui qui est adepte d'une autre religion, d'autres traditions. Il s'agit donc d'une sorte de racisme absolu, qui se suffit à lui-même et qui, pour certains, tient lieu, en tant que tel, d'idéologie et de raison de vivre; le racisme pour le racisme, en quelque sorte. C'est bien ce qui rend ce phénomène infiniment pernicieux, infiniment dangereux, car il prend des formes et des apparences parfois anodines et banales tout en exerçant des ravages considérables dans le subconscient des individus les plus faibles et, bien évidemment, les plus perméables à la provocation et à l'intolérance.

Dès lors, le débat d'aujourd'hui doit nous permettre, au-delà de la nécessaire et tardive adhésion de notre pays à une convention qui aurait dû voir la Suisse figurer à la première ligne de ses signataires, de fixer des objectifs, comme le préconisent les études menées à la demande de la Licra, et de déterminer les moyens pour prévenir et combattre les dangers du racisme. Les objectifs devraient être de trois ordres: améliorer le niveau de connaissance et de compréhension du phénomène raciste dans la population; sanctionner de manière spécifique – c'est le but des dispositions pénales que nous serons amenés à voter – les actions individuelles et collectives discriminatoires à l'égard de toutes personnes, notamment pour des raisons ethniques, culturelles, religieuses et nationales; promouvoir enfin les valeurs de respect de la dignité de chaque être humain, de solidarité mutuelle et d'égalité des droits et devoirs de chacun. Quant aux moyens, ils devraient être les suivants: élaborer une véritable stratégie de communication sur les valeurs à promouvoir contre les préjugés, les actes et les discours racistes; concevoir des programmes de formation pour les formateurs d'opinion et les responsables des actions d'intégration; prendre des mesures dans les domaines de l'enseignement, de l'éducation, de la culture et de l'information pour combattre les préjugés socioculturels.

Une législation antiraciste ne peut pas éviter tous les préjugés racistes. Il ne s'agit d'ailleurs pas de porter la suspicion et la culpabilisation sur tous les actes de rejet ou d'agressivité, et la

frontière entre la xénophobie de circonstances et le racisme est difficile à tracer. C'est pourquoi il demeure nécessaire de veiller à ne pas banaliser ces actes de racisme ordinaire que sont par exemple les conflits de cohabitation, car ils contiennent les germes de discrimination, d'exclusion et d'intolérance qui conduisent à la violence.

Ce sont ces objectifs, ce sont ces moyens que la convention nous imposera si nous la ratifions. C'est pourquoi nous devons l'approuver avec conviction, apportant ainsi notre contribution à la lutte incessante qui doit être menée contre l'un des plus grands fléaux de l'humanité. Il en va de la crédibilité de la Suisse dans ce combat!

Leuenberger Moritz: Ich bin zwar einiges gewohnt, aber ich gebe offen zu, dass ich noch sehr geschockt bin vom Votum, das Herr Steinemann vorhin abgegeben hat. Ich könnte es mir billig machen und sagen: Herr Steinemann, wenn Sie schon als Auto hier vorne auftreten, so benützen Sie doch bitte den Katalysator, bevor Sie mit Ihren braunen Auspuffgasen über unsere Köpfe und diejenigen der Nation hinwegbrausen! Aber dies trifft leider nur Ihren Tonfall, nicht aber den Ernst des Inhalts Ihres Votums.

Der Widerstand gegen dieses Uebereinkommen und diese Gesetzesänderungen zeigt, dass es offenbar sehr viel mehr als ein Lippenbekenntnis sein will; das ist gut so. Rassistisch motivierte Straftaten sollen strafbar sein, angeblich sind wir uns darüber alle einig. Die Rechtsprechung hat das – zwar zögerlich, mit psychiatrischen Sonderlösungen und mit Geheimurteilen – anerkannt, aber wir wissen alle: Das genügt nicht. Auch die Hetze muss strafbar sein. Sie allein schützt Verspottete wie z. B. Schweizerinnen und Schweizer jüdischen Glaubens nicht vor einer Zeitschrift wie «Der Eidgenoss». Es ist die Aufgabe des Staates, diese Klägerrolle zu übernehmen, im Namen von uns allen.

Was das Strafgesetzbuch angeht, sind nun weitere Befürchtungen geäußert worden – fast von allen Fraktionen –: Ob denn die Meinungsäußerung unterdrückt werden solle; ob das Denken verboten werde. Es ist richtig: Wir wollen die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen. Ein Gesetz kann das Denken und Fühlen aber nicht steuern, auch die Äusserung der Gefühle nicht. Aber mit der Äusserung von Gefühlen beginnt eben die Verantwortung, und sie steigert sich mit der Zahl der Zuhörer. Es ist nicht dasselbe, ob wir im kleinen privaten Kreis einen Witz machen, der vielleicht einen rassistischen Unterton hat, oder ob wir in der Beiz zu gefährlichem Tun aufmuntern, was, wie im Falle von Thun, zu Brandanschlägen auf Heime von Asylbewerbern führen kann. Es ist erst recht nicht dasselbe, wenn wir in öffentlichen Auftritten, z. B. in den Medien, rassistische Äusserungen machen. Das gilt auch für Jugendliche, die z. B. im Skisport zu Ruhm gekommen sind: Sie müssen sehen, welche Verantwortung sie tragen, wenn sie sich, wie Herr Accola, öffentlich äussern.

Dieses Uebereinkommen und diese Gesetzesänderungen sollen nicht infantilisieren, sollen nicht Maulkörbe umhängen, sondern die Verantwortung schärfen und uns zu Erwachsenen machen. Ein Erfolg ist zum Beispiel bereits der, dass Frau Sandoz den Antrag der Minderheit Sandoz hier nicht vertreten hat, sondern dass Herr Poncet für die liberale Fraktion sehr eindeutig Stellung genommen hat. Dieses Uebereinkommen und diese Gesetzesänderungen sollen der Hygiene, der Entschärfung des rassistischen Klimas dienen, denn in einem solchen rassistischen Klima leben wir; ein Votum mindestens hat es vorher bewiesen.

Geschändete Friedhöfe, auch hier in der Schweiz, Schüsse auf Heime von Asylbewerbern, aber auch ethnische Säuberungen in unserer Nachbarschaft zeigen, wozu der Mensch fähig ist, wenn der Staudamm der Sitte einmal gebrochen wird: wie wenig es braucht, um den Zapfen aus dem Spundloch zu ziehen, in welchem Gotthelfs «schwarze Spinne» sitzt.

Je grösser die Macht, desto grösser die Verantwortung. Wer hier im Parlament sitzt, hat die grössere politische Verantwortung, als wenn er in einem Restaurant sitzt. Wer hier in Fraktionsstärke vertreten ist, hat die grössere Verantwortung, als wenn er allein ist. Es ist am verwerflichsten, Ängste zu benützen, um Hetze und politisches Kapital daraus zu schlagen.

Und Herr Keller Rudolf tut dies, wenn er zunächst sagt, dieses Uebereinkommen habe ja nur deklamatorischen Charakter, es nütze überhaupt nichts, aber man werde dann das Referendum dagegen ergreifen. Das tut Herr Steinemann, wenn er wahrheitswidrig sagt, Arbeitgeber und Vermieter seien nach diesem Uebereinkommen gezwungen, Angehörige anderer Rassen auf Kosten der Schweizer anzustellen oder einzumieten.

Wer heute hier als Brandstifter tätig ist, hat die Legitimation verwirkt, später als Feuerwehrmann aufzukreuzen! (Beifall)

Präsident: Ich bitte, nicht zu applaudieren. Auf der anderen Seite muss ich gemäss Artikel 65 unseres Ratsreglementes mahnen, wenn ein Redner «persönlich polemisiert». Das gilt für alle.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Steinemann: Herr Leuenberger Moritz lebt natürlich mit seiner Einschätzung der Situation völlig an der Realität vorbei. Seine primitiven Äusserungen disqualifizieren ihn selber. So einer ist in unserem Land Regierungsrat!

Stucky: Es ist wohl eine Tragik der deutschen Geschichte, dass mit dem Fall der Berliner Mauer der Bazillus nationalistischen Gedankengutes wieder schlagartig virulent geworden ist. Vielleicht hat die an sich stabile Demokratie der Bundesrepublik zu lange zugewartet. Vielleicht – oder sogar sicher – hat sie Hemmungen, als Demokratie mit Gewalt umzugehen. Aber unterscheiden sich denn unsere Verhältnisse so stark von denjenigen in Deutschland? Ist diese Frage an dieser Stelle nicht erlaubt?

Wir kennen die Arbeitslosigkeit, die immer ein Potential für gewalttätige Auseinandersetzungen ist. Bei uns fehlen die geistigen Leitlinien ebenso. Es herrscht eine gewisse Orientierungslosigkeit. Es fehlt an Aufgaben, vor allem für unsere Jugend, an denen sie sich begeistern könnte. Das helvetische Malaise besteht immer noch. Das Asylproblem spaltet die Bevölkerung; es hat ganz eindeutig den Fremdenhass geschürt und die Gewalttätigkeiten – die im Extremismusbericht ja alle aufgeführt sind, und es sind leider seither Dutzende mehr geworden – angeheizt. Wir haben noch immer die alten, x-mal wiederholten Vorurteile gegen Minderheiten in den Köpfen. Auch bei uns kennen wir Schreibtischtäter, «Der Eidgenoss» ist erwähnt worden – Kollega Poncet hat ein anderes Organ zitiert –, die die Grundlage für Gewalttätigkeit abgeben.

Unsere Demokratie kennt diese Hemmungen im Umgang mit der Gewalt ebenfalls. Wir haben Hemmungen, selbst das Instrumentarium aufzustellen, um gewappnet zu sein, wenn diese Extremisten – heute sind es Grüppchen und Einzelpersonen – sich jemals vernetzen und grenzüberschreitend tätig werden sollten. Mir graut, wenn einmal plötzlich eine charismatische Figur in der Schweiz auftaucht – was nicht ausgeschlossen ist – und plötzlich das Fanal setzt und diese Leute hinter sich scharf. Sind wir dann gewappnet? Das muss ich besonders den Leuten von der Schnüffelstaat-Initiative sagen, wenn Sie nicht gescheitert und vom Saulus zum Paulus werden: Wir haben natürlich in letzter Zeit an Staatssicherheit nur abgebaut. Aber wir müssen wieder vernünftige Lösungen finden.

Ich weiss, wir befinden uns auf einer Gratwanderung. Im Grunde genommen ist unser Problem, die Toleranz schützen zu wollen, aber dabei zu Zwangsmassnahmen greifen zu müssen, also intolerant zu sein. Den Anfang machen dieses Uebereinkommen und der neue Artikel im Strafgesetzbuch. Ob dies aber genügt, um unsere Demokratie auch gegen gewalttätige, gut organisierte Bünde, Bewegungen usw. zu schützen? Da mache ich ein Fragezeichen.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Scherrer Jürg: Verschiedene Votanten, darunter die Herren Leuenberger Moritz und Herzog, haben mich persönlich und die Fraktion der APS sowie die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi angegriffen und uns unterstellt, wir seien menschenverachtend. Genau die, die uns das

unterstellen, sind selber menschenverachtend, indem die Kritiker der unhaltbaren Zustände in der Asylpolitik der Schweiz mundtot gemacht werden sollen. Es ist gleich wie beim Waldsterben: Damals wurde in diesem Saal auch jeder niedergebüllt, der das Theater nicht mitmachen wollte. Die Herabwürdigung und das Abdrängen von Leuten in eine extreme Ecke – Leute, die in diesem Saal nichts weiter tun, als das parlamentarische Recht der Meinungsäusserung und die Erfüllung des Wählerauftrages wahrzunehmen –, ist diskriminierend. Das ist nicht akzeptabel; das ist Meinungsterror! Das ist politischer Rassismus! Die schlimmsten Rassisten sassen seit jeher in den sozialistischen und kommunistischen Ländern Osteuropas. Ceausescu in Rumänien war da nur die Spitze des Eisberges.

Frau **Stamm** Judith, Berichterstatterin: Ich möchte zuerst zuhanden des Protokolls noch etwas nachholen. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir Hearings abgehalten haben, und wir haben neben den Herren Professoren Thürer, Kunz und Robert, neben den Herren Bernhard und Imhof auch noch Herrn Regierungsrat Vodoz, Regierungsrat in Genf und Präsident der Licra, der Ligue internationale contre le racisme et l'antisémitisme, angehört.

Von der Verwaltung haben uns neben den Herren Botschafter Kraft und Professor Krauskopf, die ich namentlich genannt habe, auch noch die Damen Mercier und Schläppi vom EDA und Herr Stamm vom Bundesamt für Justiz in unseren schwierigen Beratungen begleitet.

Die Diskussion hier in diesem Saal, die ich im Durchschnitt als ernsthaft und hochstehend erachtet habe, hat mit ihren Auswüchsen und Ausrutschern eigentlich die Schwierigkeit des Problems einmal mehr dokumentiert. Ich möchte Ihnen als Sprecherin der Kommission danken, dass fast alle hier anwesenden Fraktionen ihre Zustimmung zu diesem Übereinkommen und zum Artikel für das Strafgesetzbuch ausgedrückt haben.

Sie haben in Ihrer Debatte dokumentiert, dass uns die Auswirkungen und Auswüchse des Rassismus in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nicht gleichgültig sind und uns beschäftigen müssen. In diesem Sinn ist ja dieses Übereinkommen zeitlos – leider. Es wurde in den sechziger Jahren – ich habe es schon gesagt – aufgrund von antisemitischen Vorfällen in aller Welt erarbeitet.

Denjenigen in diesem Saale, die den Zweiten Weltkrieg als Kinder oder Jugendliche erlebt haben, sind die damaligen Greueltaten und Vorfälle in ganz besonderer Weise unter die Haut gegangen, und sie erinnern sich vielleicht noch an die kindliche Hoffnung, die damals gehegt wurde, wonach sich diese Dinge nie mehr wiederholen dürften, nie mehr. Und wo stehen wir heute?

Wir können von diesem Übereinkommen und der StGB-Norm doch keine Wunder erwarten. Was ist denn das für eine naive Auffassung? Wann haben denn je Verfassungsnormen, Gesetzesbestimmungen, internationale Übereinkommen mit einem Schlag aus diesem Jammertal ein Paradies gemacht? Aber wir Schweizerinnen und Schweizer können uns dem internationalen Kampf gegen die Missachtung der Menschenrechte, gegen die Herabwürdigung von Menschen aufgrund ihrer Rasse anschliessen. Deshalb muss ich auch als Kommissionssprecherin sagen, dass es unzulässig ist, dieses Abkommen in Zusammenhang mit unserer Asylpolitik zu bringen. Illegal eingereiste Asylbewerber und -bewerberinnen sind Menschen, die illegal in unser Land eingereist sind, nicht mehr und nicht weniger. Dafür haben wir Gesetze und Verfahren. Aber das ist doch kein Anlass dafür, die Menschenwürde dieser Asylbewerber zur Disposition zu stellen oder sie als Sündenböcke der öffentlichen Hetze preiszugeben, wie das auch in unserem Lande geschieht. Wir tun uns offenbar schwer mit fremden Menschen. Und weil wir uns so schwer tun, kann dieses Übereinkommen, kann die StGB-Norm und können uns vor allem die präventiven Bemühungen eine Hilfe sein.

Herrn Steinemann muss ich sagen, dass er entweder die Unterlagen nicht genau gelesen hat oder einem Missverständnis zum Opfer gefallen ist. Der Hauseigentümer wird nicht verklagt werden und auch der Arbeitgeber nicht. Es geht ja in

Punkt 5 der Norm des Strafgesetzbuches darum, dass man nicht Menschen wegen ihrer Rasse, Religion oder Ethnie das Recht auf Zugang zu einem Ort oder Dienst, der für die Benutzung durch die Öffentlichkeit vorgesehen ist, verweigern darf. Es geht nicht um die privatrechtlichen Verhältnisse. In diesem Sinne bitte ich Sie noch einmal, Übereinkommen und Strafgesetzbuch-Artikel zu akzeptieren.

M. **Comby**, rapporteur: Au nom de la commission, je tiens tout d'abord à remercier vivement tous les intervenants qui ont apporté un éclairage, parfois très différent, à cette délicate problématique. Je remercie tout spécialement toutes celles et tous ceux qui appuient les propositions faites par le Conseil fédéral et la majorité de votre commission.

J'aimerais faire deux brèves remarques préliminaires. Premièrement, je m'adresse à M. Steinemann, représentant du Parti des automobilistes, pour lui dire qu'il a finalement effectué un dérapage incontrôlé en donnant son exemple tout à l'heure. Je me rallie entièrement à l'interprétation qu'a donnée Mme Stamm Judith au sujet de l'article 261bis (nouveau) du Code pénal. «Mentez, mentez, il en restera toujours quelque chose!» Voltaire le disait déjà. Monsieur Steinemann, je crois qu'il ne faut pas s'aventurer dans de telles directions. En effet, ce n'est pas sérieux de traiter de manière aussi dérisoire un problème aussi grave que celui du racisme.

Ma deuxième remarque préliminaire s'adresse à M. Keller Rudolf. Vous dites qu'il ne sert à rien de faire partie de ce club. Eh bien, en réalité, Monsieur Keller Rudolf, il ne s'agit pas d'un club de pétanque. Il s'agit d'un club de pays sérieux qui veulent lutter ensemble contre la discrimination raciale et éviter de tomber dans le piège de toute une série de dérives de la démocratie moderne.

Cela dit, je formulerai quatre observations qui m'ont été inspirées par le débat que nous venons de vivre ce matin. La première concerne le problème des requérants d'asile. Même s'il n'y a pas un lien très direct avec la discrimination raciale, je pense qu'il vaut la peine de faire quelques remarques à ce sujet. Face à ces problèmes humains, il faut admettre que la Suisse, comme la plupart des pays d'Europe occidentale, est prise dans un mouvement de migrations mondiales qui oblige les pays touchés par cet afflux de demandeurs d'asile en quête de sécurité ou de bien-être matériel à prendre des mesures restrictives, au risque de dépasser les possibilités d'intégration et d'accueil de nos communautés cantonales ou communales, et de provoquer ainsi un phénomène démesuré de rejet. Il faut également reconnaître les réelles difficultés rencontrées par une collectivité donnée à comprendre et à accepter des manières de vivre différentes. Ces difficultés peuvent encore être accentuées par des réactions instinctives et primaires à des aspects extérieurs tels que la couleur de la peau, par exemple. En conséquence, il faut absolument éviter de se laisser emporter dans des positions extrêmes et passionnées. Il faut dépasser les clichés, apaiser les passions et adopter une approche plus nuancée et plus objective de ces problèmes. Monsieur Scherrer Jürg, ce n'est en tout cas pas en jetant de l'huile sur le feu que l'on éteindra les incendies de la discrimination raciale et de la violence dans notre pays.

La deuxième remarque concerne le problème de l'ethnocentrisme. Je crois qu'il est faux de dire que l'ethnocentrisme est nécessaire pour affirmer son identité culturelle. Au contraire, il ne faut pas définir ou affirmer son identité par opposition à d'autres cultures. Je pense plutôt que c'est dans la reconnaissance de l'égalité des cultures que les solutions doivent être trouvées. Finalement, il faut admettre que la diversité culturelle est plutôt source de richesse.

La troisième observation concerne le cas qui a été dénoncé à cette tribune par un des intervenants: le cas Strebel. Il faut aussi dénoncer le scandale qui entoure le cas Strebel et il n'y aura plus de cas Strebel en Suisse, grâce précisément à la révision qui est proposée par le Conseil fédéral et par la commission, c'est-à-dire l'adhésion à la convention et la révision du Code pénal.

Dernière remarque. On a dit que le problème n'est pas un problème de droit avant tout, mais plutôt d'éducation, de prévention. La commission a parfaitement saisi cette problématique

et insiste pour sa part, d'abord sur la nécessité d'affirmer la volonté politique de faire un pas supplémentaire pour lutter contre la discrimination raciale à travers la modification du Code pénal suisse et du Code pénal militaire, et ensuite sur la nécessité d'intensifier les efforts – comme l'a dit M. Loeb François – en faveur de la prévention. Une proposition est faite par la commission, c'est celle qui consiste à créer une commission fédérale pour toutes les questions de racisme.

Il est vrai qu'il faut aller plus loin encore, et je propose, Monsieur le Président de la Confédération – on en a d'ailleurs parlé au sein de la commission – que la Confédération, en concertation avec les cantons et les communes, mais en particulier avec les cantons, mette au point un programme d'action pour concrétiser la volonté qui a été clairement exprimée par la majorité du Parlement de mieux lutter à l'avenir contre la discrimination raciale.

M. Felber, président de la Confédération: Au terme de ce débat d'entrée en matière, je voudrais tout d'abord remercier la majorité qui s'est exprimée en soutenant les propositions du Conseil fédéral et de la commission qui les a traitées.

Je constate qu'il y a deux groupes d'intervenants dans cette salle en tous les cas et probablement dans l'ensemble de la Suisse: ceux qui sont persuadés au fond d'eux-mêmes que le racisme est une plaie dans notre humanité, dans notre société, qu'il faut absolument le combattre et punir ceux qui incitent d'autres personnes, des voisins, un peuple, une population entière à pratiquer les formules du racisme. Dans le deuxième groupe, il y a ceux qui déclarent être fondamentalement contre le racisme, mais qui pour cette raison estiment qu'il n'y a rien besoin de faire. Je crois que c'est ce que nous avons découvert aujourd'hui.

Cette convention date de près de trente ans et pourtant nous restons persuadés que le sujet – et la discussion qui a eu lieu le prouve – n'a rien perdu de son actualité, tant s'en faut. Les violences raciales surgissent un peu partout, hélas! en Europe, y compris en Suisse. Cela signifie qu'au fond il y a un reste d'idéologie qui autorise à utiliser le racisme comme moyen politique et comme moyen d'expression politique. Cela doit être condamné et nous nous y emploierons. Nous sommes bien sûr tous d'accord que l'adhésion à cette convention contre la discrimination raciale ne résoudra pas ces problèmes à court terme ou à très court terme. Les instruments internationaux en matière de protection des droits de l'homme ne sont, hélas, pas suffisants pour faire cesser immédiatement une guerre. Mais le contrôle international de l'application des conventions est fait au niveau national; c'est la Suisse qui va, tous les trois ans, élaborer un rapport sur le contrôle de l'application de cette convention; ça n'est pas l'étranger qui va venir vérifier ce qui se passe chez nous. L'adhésion de la Suisse à cette convention exprimerait notre solidarité à la communauté internationale. La Suisse doit se joindre aux Etats qui luttent contre la violation d'un droit de l'homme essentiel que l'interdiction de la discrimination raciale.

C'est une des conventions – vous l'avez constaté – les plus largement acceptées sur le plan universel puisqu'elle a été ratifiée par plus de 130 Etats. S'il est vrai que même le succès que connaissent ces instruments auprès des Etats n'a pas pu mettre fin, hélas! aux idéologies et à la violence racistes dans le monde, il n'en demeure pas moins que la convention montre clairement la dimension internationale du problème de la discrimination raciale. Les Etats parties à cette convention doivent se conformer à certaines obligations, ce qui donne ainsi à la communauté un droit de regard sur la politique interne qu'ils mènent en la matière. C'est un pas dans la bonne direction, même si cela peut aujourd'hui être considéré comme très modeste.

Mais il n'y a pas seulement une dimension internationale à ce problème, il y a aussi un aspect suisse qui est important. Vous allez, aujourd'hui peut-être, discuter du rapport sur l'extrémisme. Celui-ci a bien été élaboré en constatant que la violence et la violence raciste existent en Suisse. Celle-ci et la persistance des manifestations xénophobes de ces derniers temps ont renforcé le Conseil fédéral dans sa conviction que le

moment était venu pour la Suisse d'adhérer à la convention et de prendre les dispositions nécessaires à cet effet – nous avons d'ailleurs annoncé à plusieurs reprises notre intention claire à ce sujet.

Selon l'article 4 de la convention, il faut y ajouter des dispositions pénales, c'est-à-dire celles qui entraînent aujourd'hui la modification du Code pénal et du Code pénal militaire. C'est le seul moyen d'appliquer, en fait, la convention sur le plan national. Une fois que le code aura été révisé, l'ordre juridique suisse satisfera très largement aux exigences de la convention.

Le Conseil fédéral propose pourtant de formuler deux réserves. La première concerne l'article 4 de la convention dont je viens de parler. Le Conseil fédéral est bien conscient des problèmes très délicats qui se posent dans ce domaine. Il est clair que nous ne pouvons pas accepter des actes qui sont basés sur une idéologie raciste et qui portent ainsi atteinte à la dignité des personnes appartenant à des groupes particuliers de notre population. Ces personnes doivent être protégées contre de tels actes. Mais en réalité – et vous le savez, surtout vous, Mesdames et Messieurs qui avez participé aux travaux de la commission – il n'est pas toujours facile de tracer les limites entre un comportement raciste qui doit être réprimé et l'expression d'une opinion politique; même si celle-ci est extrême et politiquement inacceptable, elle peut ne pas être punissable.

De plus, il faut avouer qu'il serait trop simple et même dangereux de penser que les idées racistes disparaissent si l'on réprime simplement leur expression en public. Notre système démocratique est basé sur la liberté d'expression et d'association ainsi que sur le respect mutuel et sur la dignité égale de tous les membres de notre société.

En vue de trouver un équilibre entre ces deux intérêts différents, le Conseil fédéral propose donc de formuler, à l'instar d'un certain nombre de pays de l'Europe occidentale, une réserve à la convention qui permet, précisément, à la liberté d'expression et à la liberté d'association de garder dans leur traitement sur le plan pénal l'importance qui leur revient.

Voilà les quelques remarques que nous tenions encore à faire. A l'issue de ce débat d'entrée en matière, nous vous invitons, au nom du Conseil fédéral, à entrer en matière, à ratifier la convention, et le Conseil fédéral accepte les propositions de la majorité de la commission.

A. Bundesbeschluss betreffend das Internationale Uebereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung

A. Arrêté fédéral portant approbation de la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale

Antrag der Kommission

Mehrheit

Eintreten

Minderheit

(Ruf, Scherrer Jürg)

Nichteintreten

Eventualantrag der Minderheit

(Scherrer Jürg, Ruf)

(falls Eintreten beschlossen wird)

Rückweisung an den Bundesrat,

mit dem Auftrag, den Beitritt der Schweiz zum Uebereinkommen zu sistieren, bis die Schweiz die Voraussetzungen für eine unverzügliche Ausschaffung (ohne jede Anhörung) von illegal eingereisten Asylbewerbern geschaffen hat.

Proposition de la commission

Majorité

Entrer en matière

Minorité

(Ruf, Scherrer Jürg)

Ne pas entrer en matière

Proposition subsidiaire de la minorité

(Scherrer Jürg, Ruf)

(au cas où l'entrée en matière serait acceptée)

Renvoi au Conseil fédéral

avec mandat de différer l'adhésion de la Suisse à la Convention jusqu'à ce que la Suisse ait créé les bases permettant d'expulser immédiatement (sans les entendre) les requérants d'asile entrés clandestinement en Suisse.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit offensichtliche Mehrheit

Für den Antrag der Minderheit Minderheit

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Eventualantrag der Minderheit Minderheit

Dagegen offensichtliche Mehrheit

*Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 1***Antrag der Kommission**Abs. 1**Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(de Dardel, Herczog, Rechsteiner, Tschäppät Alexander)

.... wird genehmigt.

Minderheit II

(Grendelmeier, Bühlmann, de Dardel, von Felten, Herczog, Leuenberger Moritz, Schmid Peter, Stamm Judith, Tschäppät Alexander)

(falls der Antrag der Minderheit I abgelehnt wird)

.... wird mit folgendem Vorbehalt genehmigt:

a.

b. Streichen

*Abs. 2**Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(de Dardel, Herczog, Rechsteiner, Tschäppät Alexander)

.... Rassendiskriminierung zu erklären.

Minderheit II

(Grendelmeier, Bühlmann, de Dardel, von Felten, Herczog, Leuenberger Moritz, Schmid Peter, Stamm Judith, Tschäppät Alexander)

(falls der Antrag der Minderheit I abgelehnt wird)

.... mit dem oben aufgeführten Vorbehalt zu erklären.

*Abs. 3**Mehrheit*

Der Bundesrat kann den Vorbehalt zu Absatz 1 Buchstabe b zurückziehen, wenn er gegenstandslos wird.

Minderheit I

(de Dardel, Herczog, Rechsteiner, Tschäppät Alexander)

Streichen

Minderheit II

(Grendelmeier, Bühlmann, de Dardel, von Felten, Herczog, Leuenberger Moritz, Schmid Peter, Stamm Judith, Tschäppät Alexander)

(falls der Antrag der Minderheit I abgelehnt wird)

Der Bundesrat wird ermächtigt, diesen Vorbehalt zurückzuziehen, wenn er gegenstandslos wird.

Minderheit III

(Tschäppät Alexander, Bühlmann, de Dardel, von Felten, Grendelmeier, Herczog, Leuenberger Moritz, Rechsteiner, Schmid Peter, Stamm Judith)

(falls die Anträge der Minderheiten I und II abgelehnt werden)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 4**Mehrheit*

Streichen

Minderheit

(Tschäppät Alexander, Bühlmann, de Dardel, von Felten, Grendelmeier, Herczog, Leuenberger Moritz, Rechsteiner, Schmid Peter, Stamm Judith)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 1*Proposition de la commission**Al. 1**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(de Dardel, Herczog, Rechsteiner, Tschäppät Alexander)

.... est approuvée. (Biffer le reste de l'alinéa)

Minorité II

(Grendelmeier, Bühlmann, de Dardel, von Felten, Herczog, Leuenberger Moritz, Schmid Peter, Stamm Judith, Tschäppät Alexander)

(au cas où la proposition de la minorité I serait rejetée)

.... avec la réserve suivante:

a.

b. Biffer

*Al. 2**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(de Dardel, Herczog, Rechsteiner, Tschäppät Alexander)

.... discrimination raciale. (Biffer le reste de l'alinéa)

Minorité II

(Grendelmeier, Bühlmann, de Dardel, von Felten, Herczog, Leuenberger Moritz, Schmid Peter, Stamm Judith, Tschäppät Alexander)

(au cas où la proposition de la minorité I serait rejetée)

.... en formulant la réserve mentionnée ci-dessus.

*Al. 3**Majorité*

Le Conseil fédéral est autorisé à retirer la réserve formulée à l'alinéa 1 lettre b, si elle devient sans objet.

Minorité I

(de Dardel, Herczog, Rechsteiner, Tschäppät Alexander)

Biffer

Minorité II

(Grendelmeier, Bühlmann, de Dardel, von Felten, Herczog, Leuenberger Moritz, Schmid Peter, Stamm Judith, Tschäppät Alexander)

(au cas où la proposition de la minorité I serait rejetée)

Le Conseil fédéral est autorisé à retirer cette réserve si elle devient sans objet.

Minorité III

(Tschäppät Alexander, Bühlmann, de Dardel, von Felten, Grendelmeier, Herczog, Leuenberger Moritz, Rechsteiner, Schmid Peter, Stamm Judith)

(au cas où les propositions des minorités I et II seraient rejetées)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 4**Majorité*

Biffer

Minorité

(Tschäppät Alexander, Bühlmann, de Dardel, von Felten, Grendelmeier, Herczog, Leuenberger Moritz, Rechsteiner, Schmid Peter, Stamm Judith)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

M. de Dardel, porte-parole de la minorité I: M. Couchepin a dit tout à l'heure qu'il fallait accepter cette convention sans compromis et sans concession. Je suis tout à fait d'accord avec lui; il faut donc l'accepter sans réserve aucune de la part de notre pays. En conséquence, au nom de la minorité I de la commission, je propose de ne pas prévoir de réserve à l'adhésion de la Suisse à cette convention.

En ce qui concerne la première réserve, le Conseil fédéral et la majorité de la commission voudraient réserver la prise en compte de la liberté d'opinion et de la liberté d'association telles qu'elles sont prévues par la Déclaration universelle des droits de l'homme. Or, cette citation de la Déclaration universelle des droits de l'homme est précisément prévue par la convention elle-même, soit à son article 4. En conséquence, la réserve que le Conseil fédéral suggère est une véritable tautologie et elle est complètement inutile. On nous dit que d'autres pays d'Europe occidentale ont fait une telle réserve lors de leur adhésion à la Convention contre le racisme. Cet élément ne nous semble pas déterminant et nous pensons que, si nous voulons montrer effectivement que nous adhérons sans concession et sans compromis à cette convention, nous pouvons facilement renoncer à cette réserve.

La deuxième réserve est plus problématique, évidemment, au plan politique, puisque le Conseil fédéral, dans son message, explique qu'elle est relative à la politique du gouvernement suisse, en relation avec l'accès ou l'interdiction d'accès de ressortissants étrangers au marché du travail de notre pays. Plus particulièrement visés sont la politique de recrutement dans les pays de recrutement traditionnel ainsi que le projet de politique dite des trois cercles. Si l'on se réfère à ce dernier projet, on constate que le troisième cercle exclut totalement de l'accès au marché du travail en Suisse tous les pays du tiers monde, d'Afrique, d'Asie et d'Amérique latine. Il est alors évident – proposer de faire une telle réserve le démontre – qu'une politique de ce genre peut amener d'autres Etats de la communauté internationale à considérer que notre politique d'accès au marché du travail interne est une politique à connotation raciste. C'est précisément ce que nous pensons qu'il faut éviter. Il faut éviter qu'au travers de l'expression d'une telle réserve nous fassions accroître que notre politique d'accès au marché interne du travail est raciste. Il en va, à notre avis, du renom de notre Etat fédéral auprès de la communauté internationale.

Au demeurant, on peut vraiment se poser des questions sur l'efficacité et sur l'adaptation à la situation actuelle de cette politique des trois cercles, même d'un point de vue purement économique. On peut en effet tout à fait envisager, vu l'accélération des flux migratoires qui a été évoquée à plusieurs reprises dans ce débat, vu l'interpénétration des économies au plan mondial et non plus au plan continental, un seul exemple, à savoir qu'une entreprise suisse ait avantage à engager un ingénieur-électronicien de Singapour plutôt qu'un travailleur de la même branche qui viendrait des Pays-Bas.

Le Conseil fédéral nous dit aussi que la Grande-Bretagne a formulé une telle réserve à propos de sa politique d'immigration. A mon avis, la réserve formulée par la Grande-Bretagne est toute différente car elle porte sur le privilège que la Grande-Bretagne accorde aux pays du Commonwealth dans l'accès au marché du travail en Grande-Bretagne. Or, comme vous le savez, le Commonwealth implique une répartition très large dans tous les pays du tiers monde et, par conséquent, la portée de discrimination raciale de la réserve faite par la Grande-Bretagne est tout à fait différente de celle que nous ferions en fonction de ladite politique des trois cercles.

Pour toutes ces raisons, nous demandons que notre Parlement renonce à ces deux réserves à l'adhésion à la convention.

Frau Grendelmeier, Sprecherin der Minderheit II: Ich habe es bereits beim Eintreten gesagt: Wir sind an und für sich zu hundert Prozent gegen diese Vorbehalte. Und wenn ich nun den Minderheitsantrag II begründe, so tue ich das im Sinne einer Schadensbegrenzung für den Fall, dass Sie eben doch dem ersten Vorbehalt zustimmen. Dabei vermag ich sogar ein gewisses Verständnis für Leute aufzubringen, die den ersten Vor-

behalt mit der Begründung auf sich nehmen, dass Leute, Organisationen oder Meinungen, die verboten werden, auch unterdrückt werden und nicht mehr kontrollierbar sind.

Die Gefahr, dass gewisse Elemente, die sich in ihren Aktivitäten und Meinungsäusserungen einschränken müssten, in den Untergrund abtauchen könnten, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Aber der Vorbehalt löst dieses Problem nicht.

Hingegen finde ich den zweiten Vorbehalt völlig überflüssig. So, wie er hier aussieht, bekommt man den Eindruck, dass es sich um ein Arbeitsgesetz handelt, das vor allem den Arbeitgebern dienen soll und nicht um ein Gesetz, um rassistischen Tendenzen zuvorzukommen. Mit diesem Vorbehalt würden wir uns aber – das bitte ich Sie zu bedenken – eigentlich als Schweiz, als Land, einer eventualvorsätzlichen Diskriminierung schuldig machen. Und das können wir uns nicht leisten. Die beiden anderen Anträge der Minderheit II auf Seite 2 der Fahne haben auch den Sinn von Eventualanträgen und können, je nachdem, wie wir bei den vorhergehenden Anträgen abgestimmt haben, entfallen.

Ich bitte Sie also – wenigstens für den Fall, dass Sie den ersten Vorbehalt stehenlassen wollen –, doch mindestens den zweiten Vorbehalt zu streichen, denn er ist nicht notwendig. Es geht jetzt darum, dass wir zu diesem Uebereinkommen ganz klar ja sagen, ohne Wenn und Aber, ohne Vorbehalte. Wir können uns das leisten, bzw. das andere können wir uns in diesem Land je länger, desto weniger leisten.

Tschäppät Alexander, Sprecher der Minderheit III:

Die Tatsache, dass so viele Leute diesen Minderheitsantrag III unterschrieben haben, zeigt, dass er offenbar nicht von allzu grosser politischer Bedeutung sein kann. Er ist es denn auch nicht. Wir wollen einfach keine Vorbehalte, das scheint uns klar. Weil wir beide als unnötig erachten, wollen wir sie nicht. Aber wenn der Rat beschliesst, dass man diese Vorbehalte macht, sollte man sie nicht noch hinaufstilisieren zu etwas, was sie überhaupt nicht sind, und ihnen so viel Bedeutung geben, dass man sie bei einem Rückzug jeweils noch hier im Plenum diskutieren sollte. So viel Vertrauen haben wir in den Bundesrat, dass er die Vorbehalte, wenn sie schon beschlossen werden müssten, wenigstens selber zurückziehen kann. Alles andere wäre eine unnötige Belastung des Parlamentsbetriebes.

Etwas wichtiger ist der Antrag der von mir angeführten Minderheit zu Absatz 4, nämlich derjenige bezüglich der Anerkennung der Individualbeschwerde. Wir haben dieses Problem bereits im Zusammenhang mit den Menschenrechtspakten vor kurzem hier diskutiert.

Unser Rat hat den Entscheid über den Beitritt zum ersten Fakultativprotokoll des Internationalen Paktes über die politischen und die bürgerlichen Rechte noch aufgeschoben. Wir haben also noch keinen Entscheid gefällt, ob wir künftig die Individualbeschwerde akzeptieren und anerkennen wollen oder nicht. Ich hoffe, dass das sehr bald der Fall sein wird.

Wenn wir auch anerkennen müssen, dass die Individualbeschwerde bei den Menschenrechtspakten nicht 100prozentig mit derjenigen beim Uebereinkommen betreffend den Rassismus identisch ist, ist es gleichwohl erlaubt, hier parallel zu argumentieren. Wenn wir bei den Menschenrechtspakten die Individualbeschwerde anerkennen wollen, so kann das nur das Parlament tun. Das sei hier ganz klar gesagt. Es wurde gerade in der vorberatenden Kommission von Leuten aus der Kommission falsch dargestellt. Es ist klar: Die Anerkennung kann nur im Parlament erfolgen. Das scheint an und für sich richtig, denn diese Anerkennung im Bereich der Menschenrechte ist eine sehr bedeutende und eine sehr wichtige. Damit ist es auch nötig und richtig, dass das Parlament darüber diskutieren kann.

Diese Grundsatzdebatte – Individualbeschwerde ja oder nein – wird also in jedem Fall in diesem Parlament geführt werden. Es ist wohl allen, die die Problematik kennen, klar, dass die Individualbeschwerde beim Rassismus, verglichen mit derjenigen bei den Menschenrechten, von untergeordneter Bedeutung ist. Sie hat nicht das gleiche Gewicht, weil Sie mit dieser Beschwerde nur rassistische Verletzungen rügen können und nicht allgemeine Menschenrechtsverletzungen. Da-

mit scheint logisch und von der Verwaltung her auch völlig vernünftig zu sein, wenn man sagt: Diskutiert doch im Plenum über das Grundsatzproblem – Anerkennen der Individualbeschwerde ja oder nein? –, und wenn ihr dann einmal entschieden habt, delegiert das weniger Wichtige, nämlich die Individualbeschwerde beim Rassismus, an den Bundesrat! Das würde nicht nur eine Beschleunigung des Verfahrens bedeuten, sondern hätte vor allem auch zur Folge, dass die Verwaltung nicht unnötig zusätzlich mit einem Bericht und einem entsprechenden Antrag belastet würde. Auf der anderen Seite könnten wir uns dann vielleicht noch anderen Problemen widmen, die ebenso wichtig wären wie solche, die wir schon ein halbes oder ein Jahr vorher diskutiert haben. Ich bitte Sie daher im Interesse der Effizienzsteigerung dringend, diesem Minderheitsantrag zu Absatz 4 zuzustimmen.

Präsident: Die liberale Fraktion teilt mit, dass sie die Mehrheit unterstützt und alle Minderheitsanträge ablehnt. Die FDP-Fraktion lässt ebenfalls mitteilen, dass sie die Mehrheit unterstützt.

Frau von Felten: Namens der SP-Fraktion beantrage ich die Streichung der beiden Vorbehalte gemäss Absatz 1 dieses Artikels sowie die Zustimmung zur Ermächtigung des Bundesrates im individuellen Rechtsschutzverfahren gemäss Absatz 4. Mit anderen Worten: Die SP-Fraktion unterstützt sämtliche Minderheitsanträge zu Artikel 1, einschliesslich der eventualiter gestellten.

Zu den Vorbehalten: Der erste Vorbehalt zugunsten der Meinungsäusserungs- und Vereinsfreiheit mutet schon etwas merkwürdig an. Artikel 4 der Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, die Verbreitung von rassistischen Theorien zu verbieten. Selbstverständlich wird damit die Meinungsäusserungsfreiheit eingeschränkt. Nichts Ungewöhnliches in unserer Rechtsordnung, sofern eine gesetzliche Grundlage, ein überwiegendes öffentliches Interesse und die Wahrung des Kerngehalts gegeben sind! Ich verweise – das wurde schon mehrmals gesagt – auf die verschiedenen Ehrverletzungs-Tatbestände oder auf das Pornoverbot im Strafrecht und auf zahlreiche weitere Persönlichkeitsschutz-Bestimmungen des privaten und öffentlichen Rechts. Selbstverständlich sind alle diese gesetzlichen Bestimmungen verfassungs- und EMRK-konform auszulegen. Dies ist geltendes Recht. Das Uebereinkommen selbst verlangt die Berücksichtigung eines ganzen Katalogs von Grundrechten.

Das Hervorheben von ausschliesslich zwei Freiheitsrechten führt doch bloss zu weiteren Unklarheiten. Wie steht es mit der Berücksichtigung der anderen Freiheitsrechte? Es ist doch ganz klar: Die Meinungsäusserungsfreiheit findet dort ihre Grenzen, wo zum Rassenhass aufgerufen wird. Schutzobjekt ist der öffentliche Frieden. Es geht nicht an, unter dem Titel «Meinungsäusserungsfreiheit» massive Menschenrechtsverletzungen prophylaktisch, im voraus sozusagen, zu entschuldigen. Der Vorbehalt ist unnötig, schafft Verwirrung; bestenfalls wiederholt er Selbstverständliches. Die Streichung des Vorbehaltes wäre das Beste.

Problematischer ist der zweite Vorbehalt. Wörtlich genommen hebt dieser Vorbehalt die ganze Konvention aus den Angeln. Die Schweiz kann sich doch nicht international zu einem nicht-rassistischen Verhalten verpflichten und sich ausgerechnet in ihrem Verhältnis zur internationalen Staatengemeinschaft rassistisches Verhalten vorbehalten! Der Bundesrat versichert laut Botschaft, so, wie man den Vorbehalt verstehen könnte, sei er nicht gemeint. Weder die gegenwärtige noch die künftige Ausländerpolitik verfolge rassistische Ziele. Der Vorbehalt sei aber notwendig, da der Vorwurf der Konventionswidrigkeit im Hinblick auf das Dreikreisemodell zu befürchten sei; ganz zu Unrecht, meint der Bundesrat. Dieser Logik kann ich nicht folgen, abgesehen davon, dass die Abwendung von potentiellen Vorwürfen nicht Gegenstand von Vorbehalten sein kann. Das Dreikreisemodell ist kein Gesetz. Es ist ein in weiten Kreisen – auch hier im Rat – stark kritisierendes Projekt, das noch gar nicht umgesetzt worden ist. Nichts, aber auch gar nichts spricht dagegen, eine Zulassungsgesetzgebung zu verwirklichen, die den minimalen Menschenrechtsansprüchen des

Uebereinkommens genügt. Im Gegenteil: Das ist ja genau das, was vom Uebereinkommen gefordert wird. Es kann doch nicht der Sinn dieses Vorbehalts sein, zu signalisieren, die Schweiz wolle bei der Ausarbeitung der künftigen Ausländerpolitik auf das Uebereinkommen keine Rücksicht nehmen. Ich bitte Sie, dem Streichungsantrag der Minderheit I (de Dardel) zuzustimmen.

Ich fasse zusammen: Das Internationale Uebereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung statuiert minimale Menschenrechtsansprüche. Die Vorbehalte sind überflüssig, unnötig, ja sogar schädlich, rufschädigend, denn sie sind geeignet, den politisch ausserordentlich wichtigen und überfälligen Schritt des Beitritts zum Uebereinkommen in unzulässiger Weise zu relativieren.

Sieber: Ich trete dafür ein, im Sinne der Minderheit I (de Dardel) auf Vorbehalte bei diesem Uebereinkommen zu verzichten. Grundsätzlich sind wir der Ueberzeugung, dass wir ohne Vorbehalte gegen den Rassismus antreten sollten. Diesbezüglich habe ich bescheidene Erfahrungen aus unserem Kanton und weiss, was sich in der Jugendszene tut. Wir werden noch staunen, was sich hier in den nächsten Jahren zeigen wird. Da sind also wirklich fremdenfeindliche Gruppierungen, die bereits bestehen und andere, die im Entstehen sind. Ich verfolge diese Entwicklung übrigens seit zwanzig, dreissig Jahren. In den Jahren um 1968 waren es die Hells Angels, die Rocker. Aus diesen Kreisen sind ja auch ganz bestimmte Entwicklungen untergründig, unterschwellig weitergegangen.

Wir sind der Meinung, dass wir ohne Vorbehalte entschieden gegen den Rassismus antreten sollten, um Zeichen zu setzen. Aber Zeichen kann man nur ohne Vorbehalte setzen. Nun kann eingewendet werden, dass hier der Idealismus, idealistischer Glaube mit im Spiele sei. Man müsse doch zuerst die Verträge genau lesen, Wort für Wort, Buchstabe für Buchstabe, um dann zu entscheiden, was man unterzeichnen soll und ob überhaupt. Nun aber bin ich keineswegs der Meinung, dass Glaube und Idealismus Gesetzesarbeit ersetzen können. Im Gegenteil, ich bin der Ueberzeugung, dass Glaube und Idealismus Impulse zu vermitteln vermögen, gleichsam als Motor eines Schiffes, der hilft, in der Gesetzesarbeit voranzukommen und Klippen zu umschiffen.

Wir sind also der Meinung, dass wir auf die Vorbehalte verzichten sollten. Die Meinungsäusserungsfreiheit und die Vereinsfreiheit, das sagt ja der Vorbehalt selbst, gehören zum international anerkannten Grundbestand der Menschenrechte. Das steht ja nun nicht zur Diskussion. Das wird auch von der Uno anerkannt. Wir haben hier zwei gleichberechtigte abstrakte Normen: einerseits die erwähnten Freiheiten und andererseits die Antirassismuskonvention. Auf dieses Problem treffen wir bei der Gesetzgebung immer und immer wieder. Da gibt es einen Widerspruch zwischen der Vertragsfreiheit einerseits und der Glaubensfreiheit andererseits. Aber auch bei der Handels- und Gewerbefreiheit z. B. haben wir keinen Vorbehalt angebracht, dass man nicht gegen Geld auf die Glaubensfreiheit verzichten könne.

Es gibt Dinge, die ganz einfach klar sind. Wenn wir meinen, es müsse vorsichtigerweise doch immer wieder durch Erklärungen und Vorbehalte Sicherheit gegeben werden, dann wirkt das eher pedantisch als vorsichtig.

Der Vorbehalt bezüglich des Arbeitsmarktes ist unserer Meinung nach ebenfalls überflüssig. Sehr viele Staaten kennen Einwanderungsquoten, ohne dass ihnen das deshalb als Rassismus ausgelegt wird. Die EWR-Staaten machen die Einwanderung für Schweizer Bürger auch schwieriger als für EWR-Bürger, und deshalb brauchen die EWR-Staaten trotzdem keinen Vorbehalt bei der Antirassismuskonvention. Wir bezichtigen sie deswegen nicht des antischweizerischen Rassismus. Hier geht es nicht um Fragen der Rasse, sondern um Fragen der Staatszugehörigkeit. Ein Vorbehalt ist deswegen bei einer Antirassismuskonvention überflüssig!

Schmid Peter: Im Namen der grünen Fraktion bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit I (de Dardel) zu unterstützen. Ich denke, er wird die Meinungsäusserung, sofern diese die Grenzen des Anstandes nicht überschreitet, kaum beschränken.

Dies wird mit oder ohne Vorbehalt so bleiben, deshalb kann man hier in guten Treuen auch verschiedener Meinung sein. Insbesondere aber möchten wir vermeiden, dass der Vorbehalt unter Buchstabe b in den Bundesbeschluss aufgenommen wird. Nicht dass wir der Auffassung sind, die Schweiz käme ohne jede Einwanderungspolitik aus, aber es geht nicht an, in einem internationalen Uebereinkommen noch schweizerische Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Fatal daran ist gerade die Tatsache, dass in diesem Vorbehalt etwas anklingt, das leider gerade einen rassistischen Anstrich hat oder sehr rasch bekommen könnte. Die derzeitige schweizerische Ausländerpolitik orientiert sich am sogenannten Dreikreisemodell. Dieses beabsichtigt, Ausländern den Zugang zu unserem Land um so mehr zu erschweren, je weiter sie von der Schweiz entfernt wohnhaft sind. In der Regel divergieren natürlich die rassischen, ethischen und religiösen Zugehörigkeiten entfernter Völker deutlich von den unsrigen. Das führt dann zur stillschweigenden Doktrin, je weiter weg die Menschen seien, desto fremder müssten sie uns sein. Doch das trifft auf keinen Fall zu. Wer von weit her kommt, kann uns emotional sehr nahe sein, näher als vielleicht der Nachbar, der nicht mit uns in Frieden leben will. So kommt mit diesem verhängnisvollen Vorbehalt ein Stück rassistisches Vorurteil in ein Uebereinkommen hinein, das ja gerade bestrebt ist, Rassenvorurteile zu bekämpfen.

Ich bitte Sie daher: Vermengen Sie ein Uebereinkommen, das sich für die Gesinnung und Einstellung einsetzt, nicht mit Fragen der Arbeitsmarktpolitik, die anderswo geregelt werden können, jedoch bestimmt nicht hierher gehören! Stimmen Sie daher dem Uebereinkommen ohne Vorbehalte zu, streichen Sie aber insbesondere den Vorbehalt unter Buchstabe b.

Frau Stamm Judith, Berichterstatterin: Wie Sie auf der Fahne sehen, bin ich persönlich bei der Minderheit II (Grendelmeier), welche den Vorbehalt unter Buchstabe b streichen will. Ich werde aber hier natürlich die Meinung der Mehrheit der Kommission erläutern. Die Mehrheit der Kommission hat die Position des Bundesrates unterstützt, diesem Abkommen mit zwei Vorbehalten zuzustimmen, und zwar beim Vorbehalt unter Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a mit 13 zu 7 Stimmen, beim Vorbehalt unter Buchstabe b mit 11 zu 9 Stimmen. Ich korrigiere damit das Stimmenverhältnis, das ich in meinem Eintretensvotum angegeben habe.

Zum Vorbehalt unter Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a: Es ist dem, was bereits hier ausgeführt wurde, nicht viel beizufügen. Es ist festzuhalten, dass dieser Vorbehalt ja auch sehr behutsam formuliert wurde. Der Bundesrat möchte einfach diese Konfliktsituation, die es zwischen Meinungsäusserungs- und Vereinsfreiheit und diesem Uebereinkommen geben kann, hier vorausnehmen, und zwar hat er die Formulierung «in gebührender Berücksichtigung der Meinungsäusserungs- und der Vereinsfreiheit» gefunden.

Zum Vorbehalt unter Buchstabe b: Er betrifft das Dreikreisemodell, das ja in diesem Saal nicht unumstritten ist. Der Bundesrat hat argumentiert, dass es der Ehrlichkeit und Transparenz dienen würde, wenn wir diesen Vorbehalt anbrächten, insbesondere da dieses Uebereinkommen aus den sechziger Jahren stammt. Ich muss immer wieder daran erinnern: es wurde in den sechziger Jahren ausgearbeitet, es wurde 1965 verabschiedet. Damals waren diejenigen, die dieses Thema ausgearbeitet haben, die Migrationsströme, mit denen wir heute zu tun haben, und die Schwierigkeiten mit der Arbeitsmarktpolitik nicht so vor Augen. Unser Dreikreisemodell basiert ja darauf, dass sich Menschen, die in unser Land kommen, in unserem Land auch wohlfühlen können. Sie sollten sich integrieren können. Das Dreikreisemodell geht davon aus, dass nicht unbeschränkt Kulturen zusammengemischt werden können. Das ist zwar nicht rassistisch gemeint, kann sich aber rassistisch auswirken. Da ist der Bundesrat der Meinung, dass er ehrlich zu dieser Schwierigkeit stehen will.

M. Comby, rapporteur: A l'instar de Mme Stamm Judith, je dirai que la commission parlementaire, dans sa majorité, suit le Conseil fédéral et vous invite à refuser les propositions des

deux minorités qui se sont exprimées tout à l'heure. Même si les auteurs de ces deux propositions ont fait des remarques tout à fait pertinentes, il faut quand même se rendre à l'évidence que, dans l'analyse de ce problème, il ne faut pas non plus tomber dans l'angélisme mais prendre en compte les réalités.

En ce qui concerne la première réserve qui se rapporte à des principes fondamentaux, la liberté d'expression, la plupart des pays européens – le Conseil fédéral le relève d'ailleurs dans son message – ont fait les mêmes réserves et nous pensons qu'il faut également adopter la même attitude dans l'arrêté fédéral.

Pour la deuxième réserve, relative au marché du travail et à ce concept des trois cercles, il s'agit, je le répète, d'une politique évolutive, mais il est bien évident que, dans l'application de cette politique, la Suisse doit rechercher un équilibre entre la population indigène et la population étrangère. En outre, il est vrai que les pays qui ont été beaucoup plus rapides que la Suisse à signer cette convention, s'ils le faisaient aujourd'hui, feraient certainement la même réserve que notre pays concernant la politique du marché du travail.

Cela dit, comme l'a relevé M. Krafft, ambassadeur, au sein de la commission parlementaire, il faut souhaiter que cette politique du marché du travail puisse évoluer à l'avenir et que l'on évite tout reproche de la part des instances internationales en relation avec l'adhésion à la convention sur la discrimination raciale.

En résumé, votre commission s'est prononcée de la manière suivante: refus de la proposition de la minorité I (de Dardel) par 13 voix contre 7; refus également de la proposition de minorité II (Grendelmeier) par 11 voix contre 9. Je vous invite à suivre la majorité de la commission qui rejoint la proposition du Conseil fédéral.

M. Felber, président de la Confédération: Le Conseil fédéral maintient sa proposition d'inscrire dans la ratification de cette convention les deux réserves. En ce qui concerne la première, nous l'avons déjà expliqué tout à l'heure, il s'agit bel et bien d'éviter un conflit entre les libertés fondamentales: d'une part, la non-discrimination raciale qui est le thème de cette convention, et, d'autre part, la liberté d'association et la liberté d'expression qui font partie de la déclaration universelle des droits de l'homme. Nous avons longtemps réfléchi à ce problème et constaté avec beaucoup de pays d'Europe occidentale que nous étions pratiquement dans l'obligation d'annoncer cette réserve générale qui consiste – vous vous en souvenez certainement pour l'avoir lue attentivement – simplement à dire que nous mettrions en application l'article 4 de la convention en nous référant également aux droits fondamentaux existants.

Quant à la deuxième réserve, le Conseil fédéral vous prie de la maintenir pour une des raisons particulières qui a été évoquée tout à l'heure par Mme Stamm Judith, rapporteur de la commission, qui remplaçait le texte de cette convention à son origine historique, c'est-à-dire en 1965. Il est évident qu'en 1965, nous le savons, la mobilité des personnes n'atteignait pas le degré qu'elle a atteint aujourd'hui et depuis quelques années. Par conséquent, si une telle réserve n'était probablement pas nécessaire en 1965, ce n'est plus le cas aujourd'hui, et ce n'est pas une réserve raciste, pas du tout, c'est aussi un signal: nous signalons à l'attention de la communauté internationale que nous avons une législation concernant l'immigration et le marché du travail. Nous le signalons, elle n'est pas liée à des critères racistes, mais nous ne voudrions pas non plus courir le risque de nous voir imposer la réception à l'intérieur de notre pays de groupes ethniques compacts.

En ce qui concerne l'exemple cité par M. de Dardel, je dirai simplement qu'il n'y a qu'à constater ce qui se passe aujourd'hui en Suisse, Monsieur le Conseiller national, et vous verrez que l'exemple de l'électronicien de Singapour qui serait meilleur ou plus à sa place que l'électronicien français, cela ne tient pas. En réalité, dans les entreprises, surtout lorsqu'il s'agit de cas particuliers, il n'y a pas de cercles qui tiennent, on prend la haute qualification, en tenant compte aussi de l'origine de l'entreprise elle-même. Mais il est certain que nous ne pourrions pas non plus, à travers cette convention, ouvrir com-

plètement les vannes de l'immigration. C'est aussi notre préoccupation.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag Mehrheit 80 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 48 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit 82 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 50 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Präsident: Als Konsequenz der Abstimmung zu Absatz 1 entfallen die Minderheitsanträge I und II in Absatz 2.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Abs. 3 – Al. 3

Präsident: Da die Mehrheit in Absatz 1 obsiegt hat, entfallen auch hier die Minderheitsanträge I und II. Wir haben nur noch die Abstimmung zwischen der Mehrheit und der Minderheit III durchzuführen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 79 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III 50 Stimmen

Abs. 4 – Al. 4

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 76 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 50 Stimmen

Art. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Ruf, Scherrer Jürg)

Dieser Beschluss untersteht dem

Art. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Ruf, Scherrer Jürg)

Le présent arrêté est sujet au référendum

Scherrer Jürg, Sprecher der Minderheit: Die Minderheit stellt Ihnen den Antrag, dieses Uebereinkommen gegen jede Form von Rassendiskriminierung dem fakultativen Staatsvertragsreferendum zu unterstellen, und zwar aus zwei Gründen.

Der erste Grund: Auch die Aenderung des Strafgesetzbuches wird dem fakultativen Referendum unterstellt, das ist nicht bestritten. Und da beide Dinge, also das Uebereinkommen und die Aenderung des Strafgesetzbuches, untrennbar miteinander verbunden sind, ist es nur logisch, dass beide Beschlüsse dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

Der zweite Grund: Ein solcher Staatsvertrag, wie wir ihn jetzt beschlossen haben – oder wie Sie ihn gegen unseren Widerstand beschlossen haben –, gehört unserer und meiner Ansicht nach vor das Volk, wenn das mindestens 50 000 Bürger in diesem Land verlangen.

Ob das Referendum dann tatsächlich ergriffen wird, steht zur Stunde noch nicht fest, aber es gehört zu den demokratischen Grundrechten in diesem Land, dass ein solcher Vertrag vor das Volk muss, wenn dies verlangt wird.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie, jetzt der Minderheit zuzustimmen.

Präsident: Die LdU/EVP-Fraktion erklärt Zustimmung zur Mehrheit

Frau Stamm Judith, Berichterstatterin: Wir haben ja in unserer Verfassung genau geregelt, welche Staatsverträge dem Volk unterbreitet werden müssen. Es ist unser Entscheid, ob wir diese Vorlage dem fakultativen Referendum unterstellen, oder ob wir unsere Aufgabe als Parlament wahrnehmen und diesem Staatsvertrag zustimmen, und das in abschliessender Kompetenz.

Die Mehrheit hat sich dafür entschlossen, dass wir das Uebereinkommen nicht unterstellen. Die Mehrheit weist auch darauf hin, dass der Artikel des Strafgesetzbuches ja auf jeden Fall vor das Volk gezogen werden kann, wenn das gewisse Gruppierungen wünschen.

M. Comby, rapporteur: La commission vous propose à une majorité de 10 voix contre 9 de suivre la proposition du Conseil fédéral, c'est-à-dire de ne pas soumettre cet arrêté au référendum facultatif. Cela entre tout à fait dans les compétences du Conseil fédéral de ne pas soumettre cette décision au vote populaire. Par conséquent, il ne faut pas être plus royaliste que le roi, surtout que, dans ce domaine, il y a des risques de dérapage. C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission, finalement, vous propose de suivre le Conseil fédéral. Au sein de la commission, c'est en particulier Mme Sandoz qui a soutenu cette position de ne pas demander au peuple de se prononcer sur une telle affaire.

J'aimerais répondre à M. Scherrer Jürg en lui disant que même s'il y a un lien entre l'adhésion à la convention et la modification du code pénal, la seule modification du code pénal ne suffit pas – on l'a dit assez clairement dans cette salle – à régler les problèmes de la discrimination raciale. Il faut entreprendre toute une série d'autres mesures, notamment en matière de prévention et d'éducation. C'est la raison pour laquelle nous pensons que la position du Conseil fédéral est tout à fait logique et nous vous invitons au nom de la majorité à la suivre.

M. Felber, président de la Confédération: Le Conseil fédéral vous invite également à suivre sa proposition et à ne pas soumettre l'arrêté qui concerne la ratification de cette convention au référendum facultatif.

Il ne faut tout de même pas prendre l'habitude de caricaturer les règles démocratiques de notre pays! Cela est intolérable. Nous avons des règles précises; elles sont fixées dans la constitution. En vertu de l'article 89 alinéa 3 de la constitution, les traités internationaux sont sujets au référendum lorsqu'ils «sont d'une durée indéterminée». Premier élément: celui-ci est dénonçable, il n'est donc pas définitif. D'autre part, lorsqu'ils «prévoient l'adhésion à une organisation internationale» – nous n'adhérons pas à une organisation internationale – ou lorsqu'ils «entraînent une unification multilatérale du droit» – il n'y a pas d'unification multilatérale du droit contenue dans le texte de ce traité.

Aucune des trois conditions n'est remplie. Nous appliquons la loi et la constitution, en respect aussi des citoyens qui l'ont votée, et nous vous proposons de ne pas soumettre ce traité au référendum facultatif.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit offensichtliche Mehrheit

Für den Antrag der Minderheit Minderheit

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes 107 Stimmen

Dagegen 13 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Ad 92.029**Postulat I der Kommission für Rechtsfragen
Ausländerpolitik in der Schweiz****Postulat I de la Commission des affaires juridiques
Politique suisse à l'égard des étrangers***Wortlaut des Postulates vom 26. Mai 1992*

Der Bundesrat wird eingeladen, die künftige Ausländerpolitik, insbesondere das Dreikreismodell, im Lichte des Uebereinkommens zur Beseitigung der Rassendiskriminierung zu überprüfen und den eidgenössischen Räten Bericht zu erstatten.

Texte du postulat du 26 mai 1992

A l'avenir, le Conseil fédéral est prié d'examiner la politique des étrangers – en particulier le modèle des trois niveaux – en tenant compte de la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale, et de rapporter à ce propos aux Chambres fédérales.

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
vom 31. August 1992*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

*Déclaration écrite du Conseil fédéral
du 31 août 1992*

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Ad 92.029**Postulat II der Kommission für Rechtsfragen
Eidgenössische Kommission gegen Rassismus****Postulat II de la Commission des affaires juridiques
Commission fédérale contre le racisme***Wortlaut des Postulates vom 26. Mai 1992*

Der Bundesrat wird eingeladen, umgehend eine Eidgenössische Kommission gegen Rassismus einzusetzen.

Texte du postulat du 26 mai 1992

Le Conseil fédéral est prié d'instituer sans délai une commission fédérale contre le racisme.

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates
vom 31. August 1992*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

*Déclaration écrite du Conseil fédéral
du 31 août 1992*

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Frau **Stamm** Judith, Berichterstatterin: Ich habe Ihnen schon in der Einleitung gesagt, dass wir Ihnen empfehlen, diese Postulate anzunehmen.

Das Postulat I ist entstanden aus der Diskussion über den Vorbehalt unter Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b, über die «Gesetzgebung über die Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern zum schweizerischen Arbeitsmarkt». Sie haben gehört, dass es sich hier um ein schwieriges Problem handelt, das nicht rassistisch gelöst werden will, aber als rassistisch betrachtet werden kann. Darum haben wir den Bundesrat aufgefordert, diese Angelegenheit zu überdenken.

Das Postulat II fordert vom Bundesrat die Kommission gegen Rassismus, die er in seiner Botschaft ja selber vorgeschlagen hat und von der wir schon lange sprechen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das Postulat II mit erdrückender Mehrheit annehmen würden, damit der Bundesrat sieht, dass in dieser Sache etwas geschehen muss.

M. **Comby**, rapporteur: La commission vous propose d'accepter les deux postulats. L'un concerne la politique suisse à l'égard des étrangers et le second se rapporte à la création d'une commission fédérale contre le racisme.

Le premier postulat est justifié par différentes interventions faites dans cette salle. A la suite de Mme Stamm Judith, je dirai que la politique des étrangers en Suisse est évidemment très sensible, et il est important d'en suivre régulièrement l'évolution, notamment en relation avec la proposition d'adhérer à la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale. Ce postulat est d'autant plus important que vous avez accepté la réserve à l'article premier alinéa premier lettre b de l'arrêté fédéral A.

En ce qui concerne le postulat II, la création d'une commission fédérale contre le racisme a été demandée dans plusieurs interventions parlementaires. Le Conseil fédéral, dans son message, propose de concrétiser cette volonté par, précisément, la mise sur pied d'une telle commission.

Je souhaite, Monsieur le Président de la Confédération, comme je l'ai dit tout à l'heure, que cette commission puisse travailler en étroite coordination avec les cantons, parce que finalement, dans le domaine de l'éducation, domaine-clé en la matière, la compétence est dans les mains des cantons plutôt que dans celles de la Confédération. Si l'on veut rechercher l'efficacité dans ce domaine, je crois qu'il faut réaliser cette coordination.

Präsident: Kommission und Bundesrat beantragen, die beiden Postulate zu überweisen. Es liegen keine anderen Anträge vor.

Ueberwiesen – Transmis

**B. Schweizerisches Strafgesetzbuch
Militärstrafgesetz
B. Code pénal suisse
Code pénal militaire**

*Antrag der Kommission**Mehrheit**Eintreten**Minderheit*

(Ruf, Scherrer Jürg)

*Nichteintreten**Eventualantrag der Minderheit*

(Sandoz, Berger, Ruf, Scherrer Jürg, Vetterli)

(falls Eintreten beschlossen wird)

Rückweisung an den Bundesrat,

mit dem Auftrag, einen allgemein anwendbaren Artikel auszuarbeiten, wonach bei Verstössen gegen das Strafgesetzbuch die Strafe verschärft wird, wenn der Täter aus rassistischen Gründen gehandelt hat.

*Proposition de la commission**Majorité*

Entrer en matière

Minorité

(Ruf, Scherrer Jürg)

Ne pas entrer en matière

Proposition subsidiaire de la minorité

(Sandoz, Berger, Ruf, Scherrer Jürg, Vetterli)

(au cas où l'entrée en matière serait acceptée)

Renvoi au Conseil fédéral

avec mandat d'élaborer un article de partie générale prévoyant l'aggravation de la peine pour les infractions du code pénal lorsque l'auteur a agi pour des motifs raciaux.

Präsident: Die Anträge sind bereits begründet und diskutiert worden.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit offensichtliche Mehrheit

Für den Antrag der Minderheit Minderheit

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Eventualantrag der Minderheit Minderheit

Dagegen offensichtliche Mehrheit

*Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 1***Antrag der Kommission**Einleitung*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 261bis (neu)

Wer ihrer Rasse, Religion oder Ethnie zu Hass oder Diskriminierung aufruft;

wer einer Rasse, Religion oder Ethnie gerichtet sind;

wer teilnimmt;

wer ihrer Rasse, Religion oder Ethnie in ihrer Menschenwürde angreift oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht;

wer wegen ihrer Rasse, Religion oder Ethnie das Recht auf Zugang zu einem Ort oder Dienst, der für die Benutzung durch die Öffentlichkeit vorgesehen ist, wie Verkehrsmittel, Hotels, Gaststätten, Cafés, Theater und Parks, verweigert;

wird mit

*Antrag Goll**Art. 261bis (neu)*

Ergänzung in allen Abschnitten:

.... ihrer Rasse, Religion oder Ethnie, ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen Orientierung zu Hass oder Diskriminierung aufruft;

Art. 1*Proposition de la commission**Introduction*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 261bis (nouveau)

Celui ou religieuse;

celui d'une race, d'une religion ou d'une ethnie;

celui pris part;

celui ou qui, pour la même raison, minimisera grossièrement ou cherchera à disculper le génocide ou d'autres crimes contre l'humanité;

celui qui aura refusé, dans ou religieuse, le droit d'accès à tous lieux et services destinés à l'usage du public, tels que moyens de transport, hôtels, restaurants, cafés, spectacles et parcs; sera puni

*Proposition Goll**Art. 261bis (nouveau)*

Complément à tous les alinéas:

.... appartenance raciale, ethnique ou religieuse, de leur sexe ou de leurs tendances sexuelles

*Einleitung – Introduction**Angenommen – Adopté**Art. 261bis*

Frau **Goll:** Rassismus ist die Missachtung und die krasse Verletzung von Menschenrechten. Die Grenzen zwischen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit und anderen Diskriminierungsformen sind verschiebbar. Die häufigste und die alltäglichste Form des Rassismus ist der Sexismus, das heisst die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts. In unserer Gesellschaft bedeutet dies nach wie vor die Benachteiligung von Frauen, weil sie mit dem Makel «Frausein» behaftet sind.

Ich schlage Ihnen in meinem Antrag eine Ausdehnung der Antidiskriminierungsartikel im Schweizerischen Strafgesetzbuch und im Militärstrafgesetz vor. Warum? Ein griffiger Antidiskriminierungsartikel darf auf keinen Fall auf die Abstammung, die nationale oder ethnische Herkunft, die Hautfarbe und den Glauben eingeschränkt werden, dies vor allem darum, weil bisher kein eigentliches Antidiskriminierungsgesetz besteht. Antidiskriminierungsartikel sollen – wenn schon – möglichst umfassend wirksam werden. Das wurde im ganzen Vernehmlassungsverfahren auch von verschiedenen Frauen- und Homosexuellenorganisationen verlangt. Ich erwähne als Beispiele u. a. den Verein Feministische Wissenschaft, die Organisation für die Sache der Frau (Ofra), die Lesbenorganisation Schweiz (LOS) und die Homosexuellen Arbeitsgruppen der Schweiz.

Mein Vorschlag lautet konkret, die Antidiskriminierungsartikel in der Strafgesetzsrevision um zwei weitere Punkte zu erweitern. Ich beantrage zusätzlich:

1. ein Diskriminierungsverbot aufgrund des Geschlechts und
2. ein Diskriminierungsverbot aufgrund der geschlechtlichen Orientierung.

Damit wird die strafrechtliche Erfassung anderer durchaus geläufiger Formen von Diskriminierung möglich.

Einer Ausdehnung des Rassismusbegriffs in diesem konkreten Fall der Gesetzgebung steht von der Rassismusdefinition her nichts im Wege. Ich möchte an dieser Stelle auf die Rassismusdefinition von Albert Memmi hinweisen, die seit ihrer Aufnahme in die «Encyclopaedia Universalis» für Lehre und Forschung gültig ist. Diese Definition lautet: «Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Vorteil des Anklägers und zum Nachteil seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.»

Zuerst zur Ausdehnung der strafrechtlichen Bestimmungen bei Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts. Um es noch einmal deutlich festzuhalten: Der Sexismus ist die alltägliche Form des Rassismus. Die Forderung nach einem Antidiskriminierungsgesetz – in diesem Falle eines Gesetzes gegen jede Diskriminierung der Frau – lag bereits vor über sechs Jahren auf dem Tisch dieses Hauses. Der damals von der ehemaligen Nationalrätin Anita Fetz eingebrachten Initiative war zwar kein Erfolg beschieden; trotzdem haben die damals aufgeführten Argumente auch heute noch ihre Gültigkeit. Schulbücher, Medien und Werbung zeichnen nach wie vor längst überholte Rollenbilder mit sexistischen Inhalten. Frauenfeindlichkeit drückt sich im Alltag dann aus, wenn zum Beispiel die Benutzbarkeit und die sexuelle Ausbeutbarkeit der «Ware Frau» zu Profitzwecken öffentlich feilgeboten wird.

In welchen Kreisen die Frauenfeindlichkeit geschürt wird, erleben wir u. a. in diesem Hause hautnah. Es ist kein Zufall, dass sich dieselben Kreise öffentlich in Sexismus üben, die mit Begriffen wie «Masseneinwanderung» oder «Wirtschaftsflüchtlinge» in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Krisen auch die Fremdenfeindlichkeit propagieren und für ihre Zwecke missbrauchen.

Nicht nur die Ratifizierung der Antirassismuskonvention wurde viel zu lange hinausgeschoben. Viel zu lange steht ebenfalls auch die Ratifizierung des Uno-Uebereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau an. Zweihundert Frauen aus allen Landesteilen, verschiedenen Parteien, Verbänden und Organisationen haben das Uno-Uebereinkommen an der Frauensession Anfang letzten Jahres diskutiert und die Ratifizierung dieser Konvention in allen Arbeitsgruppen ausdrücklich verlangt. Ein entsprechendes Postulat wurde dann auch im Sommer 1991 überwiesen.

Wann endlich, Herr Bundesrat, werden Sie die Ratifizierung der Konvention gegen jede Diskriminierung der Frau dem Parlament vorlegen? Ich hätte gerne eine konkrete Antwort über den genauen Zeitpunkt, nachdem dieses Anliegen immer wieder auf die lange Bank geschoben wurde und weiterhin wird. Zum zweiten Punkt, zur Ausdehnung des Diskriminierungsverbots aufgrund der sexuellen Orientierung. Die Organisationen, welche im Vernehmlassungsverfahren eine Erweiterung der gesetzlichen Definition der Rassendiskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Orientierung für unabdingbar halten, machen mit Recht darauf aufmerksam, dass die verschiedenen Antidiskriminierungsartikel im Vorentwurf ausdrücklich auf das religiöse Bekenntnis ausgedehnt wurden. Deshalb ist auch nicht einzusehen, weshalb die Erweiterung auf den Bereich der sexuellen Orientierung ausgeklammert sein soll. Homosexualität wie Heterosexualität sind Bestandteil des Selbstentscheidungsrechts des Menschen.

Die Ausdehnung der Rassismusedefinition, die ich Ihnen in meinem Antrag vorschlage, scheint mir notwendig, solange kein umfassendes und kein griffiges Antidiskriminierungsgesetz vorliegt, welches jede andere Form der Diskriminierung, namentlich von Frauen und von Homosexuellen, bekämpft. Zahlreiche Sprecherinnen und Sprecher haben sich heute hier vorne gegen jede Form von Rassismus gewandt. Wenn es Ihnen damit wirklich Ernst ist, möchte ich Sie auffordern, meinem Ergänzungsantrag zuzustimmen.

Wick: Unsere Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Wir sind hier auf einem sehr schwierigen Pfad. Frau Goll, Sie kommen wie ich aus einer Stadt. In meiner täglichen Arbeit im Kinderspital sehe ich, welch riesige Probleme in Familien aus anderen Kulturen durch den Kontakt mit unserer säkularen, pluralistischen Gesellschaft entstehen. Ich denke hier an den häufigsten Fall, nämlich den Kulturschock gewisser türkischer Gastarbeiter. Ich meine nicht Leute aus Istanbul oder Ankara; ich meine jene vom Land, welche streng islamisch orientiert sind. Sie lehnen die Gleichstellung der Frau nicht ab, sondern die Gleichstellung der Frau ist für sie geradezu undenkbar. Wenn Sie mir das nicht glauben wollen, so bitte ich Sie, den Koran zu kaufen und die Sure «Die Weiber» zu lesen. Dann werden Sie verstehen, was ich meine.

Daraus ergeben sich gewaltige Probleme. Knaben und Mädchen gehen bei uns zur Schule und erfahren die für sie absolut neue, weil doch weitgehend als selbstverständlich erlebte Gleichstellung in unserem Land. Diese Mentalität wird zum Teil bewusst, zum Teil unbewusst übernommen. Innerfamiliär entstehen daraus unerhörte Konflikte, die sich bis zu manifesten seelischer und körperlicher Misshandlung ausweiten können. Es kommt tragischerweise gar nicht selten bis zum Suizidversuch, und dann landen diese Jugendlichen bei uns im Spital. So wurde das Problem für uns auch manifest.

Das weitere Vorgehen muss dann sehr subtil sein. Jugendamt, Jugendpsychiatrie bemühen sich um die Verarbeitung dieses Kulturschocks. Nur nebenbei erwähnt: Ich habe schon erlebt, dass gewisse Familien ihre Mädchen mit sechs bis sieben Jahren zurück in die Berge von Anatolien schicken, damit sie der Verderbtheit unserer Schulen nicht ausgesetzt sind, und im Alter von 16 Jahren, wenn die Schulpflicht nicht mehr

gilt, kommen sie als halbe oder ganze Analphabetinnen zu uns zurück.

Ihre Formulierung, Frau Goll, führt nun in der konsequenten Anwendung dazu, dass wir gezwungen wären, diese Menschen, paradoxerweise rassistisch, strafrechtlich zu verfolgen, indem wir einer Untergruppe dieses kulturellen Umfeldes einen Schutz gegen eine Form von Diskriminierung gewähren müssen, der die Familienstruktur – häufig das einzige, was diese Leute überhaupt haben – zerstört. Die kulturelle Vielfalt ist zu komplex, die Entwicklung ist weltweit zu ungleich verlaufen, als dass alle Details bereits strafrechtlich erfasst werden könnten.

Gerade in solchen Fällen kommen wir unserem Ziel der Verhinderung jeglicher Diskrimination – das ist auch meines – näher, wenn der Detaillierungsgrad der Regelung nicht so gross ist, dass er keinen humanen Spielraum mehr zulässt.

Frau **Stamm** Judith, Berichterstatterin: Der Antrag Goll lag uns in der Kommission nicht vor. Wir haben ihn in der Kommission nicht behandelt. Ich kann Ihnen aus den Kommissionsberatungen heraus einfach sagen, dass er den Bereich des Uebereinkommens sprengt; er geht über das hinaus, was dieses Uebereinkommen verlangt. Aus diesem Gesichtspunkt heraus muss ich Ihnen raten, ihn abzulehnen. Es ist so, dass es eine Uno-Konvention zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frau gibt. Diese Uno-Konvention ist im Gesetzgebungsprogramm des Bundesrates auch enthalten; ihre Ratifikation würde aber voraussetzen, dass wir zuerst das Gleichstellungsgesetz erhalten, auf das wir ja schon lange warten.

M. **Comby**, rapporteur: Nous n'avons pas débattu de la proposition de Mme Goll au sein de la commission. Par conséquent, l'avis que j'exprime ici est personnel.

Je pense, Madame Goll, que votre postulat est certes louable, mais la convention qui est soumise au Parlement n'est pas un fourre-tout et je crois qu'il faut se limiter à l'essentiel, à ce qui a été proposé par le Conseil fédéral en relation avec cette convention. Cela dit, vos demandes sont évidemment importantes; elles pourront trouver satisfaction dans le contexte de l'examen, qui se fera un jour de la convention des Nations Unies, qui porte précisément sur les problèmes que vous avez soulevés, à savoir la discrimination des femmes; ensuite, le deuxième objet qui devrait être soumis au Parlement, c'est la loi fédérale sur l'égalité de traitement entre les hommes et les femmes. Cette loi aussi apportera une réponse à votre souhait. Par conséquent, je vous demande de retirer votre proposition et si tel n'était pas le cas, j'invite la haute assemblée à la refuser.

J'aimerais, Monsieur le Président, saisir cette occasion pour apporter deux précisions concernant l'interprétation de l'article 261bis du Code pénal suisse. Au deuxième paragraphe, on dit: «celui qui aura, publiquement, propagé une idéologie visant à abaisser ou calomnier de façon systématique les membres d'une race, d'une religion ou d'une ethnie; ...» Ici, quand on dit: «les membres», je crois qu'il faut entendre aussi «des membres». Il est clair qu'il n'est pas nécessaire que tous les membres d'une communauté religieuse, par exemple, fassent l'objet d'attaques de ce type-là pour qu'on justifie une dénonciation ou une condamnation. Je crois qu'il est important d'apporter cette précision dans l'interprétation du texte.

La deuxième précision concerne le quatrième paragraphe du même article qui dit: «celui qui aura, publiquement, par la parole, l'écriture, l'image, le geste, par des voies de fait ou de toute autre manière, porté atteinte à la dignité humaine d'une personne ou d'un groupe de personnes ou qui, pour la même raison, minimisera grossièrement ou cherchera à disqualifier le génocide ou d'autres crimes contre l'humanité; ...» Il y a ici une petite confusion entre le texte allemand et le texte français: on parle évidemment de tout génocide, en faisant allusion au principal génocide, à l'holocauste des juifs, mais il est clair que tous les crimes de cette nature doivent être condamnés. C'est la raison pour laquelle il faudrait plutôt écrire «tout génocide» plutôt que «le génocide».

M. **Felber**, président de la Confédération: Le Conseil fédéral vous propose de rejeter la proposition de Mme Goll, non pas parce que sa justification n'existe pas – elle est parfaitement légitime et vous êtes, Madame Goll, parfaitement légitimée à la défendre. Mais nous considérons sur le plan de l'ordre juridique et de l'ordre légal que cette proposition ne doit pas être inscrite dans la modification du code pénal concernant la discrimination raciale. Voilà pourquoi nous vous prions de refuser cette proposition.

En effet, nous ne pouvons tout de même pas donner à l'image de la race une extension telle que le fait d'être femme, ou le fait d'être homme, c'est appartenir à deux races différentes. C'est à peu près à cela que vous nous entraînez avec votre proposition. Nous souhaitons que vous ayez l'occasion de reprendre celle-ci dans la ratification de la convention de 1972 relative à la discrimination entre hommes et femmes.

A votre question très précise, je répondrai que, moi, je ne vous soumettrai pas cette convention à ratification parce que cela ne dépend pas des affaires étrangères. Le Conseil fédéral, par contre, oui, vous soumettra avant la fin de cette période législative cette convention à ratifier; il l'a dit, il l'a écrit. Personnellement, je n'ai pas de date précise.

Enfin, le Département fédéral de justice et police élabore actuellement la loi fédérale sur la disparition de la discrimination et l'égalité entre hommes et femmes et je puis vous informer que le Conseil fédéral a l'intention de déposer cette loi devant vous l'année prochaine, donc en 1993. C'est pourquoi nous vous prions de ne pas introduire cet élément particulier dans la modification du Code pénal qui concerne strictement la discrimination pour causes raciale, ethnique ou religieuse.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	75 Stimmen
Für den Antrag Goll	37 Stimmen

Art. 2

Antrag der Kommission

Einleitung

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 171c (neu) Abs. 1

Wer ihrer Rasse, Religion oder Ethnie zu Hass oder Diskriminierung aufruft;

wer einer Rasse, Religion oder Ethnie gerichtet sind;

wer teilnimmt;

wer ihrer Rasse, Religion oder Ethnie in ihrer Menschenwürde angreift oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht;

wer einer Person wegen ihrer Rasse, Religion oder Ethnie das Recht auf Zugang zu einem Ort oder Dienst, der für die Benutzung durch die Öffentlichkeit vorgesehen ist, wie Verkehrsmittel, Hotels, Gaststätten, Cafés, Theater und Parks, verweigert;

wird mit

Art. 171c (neu) Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Goll

Art. 171c (neu) Abs. 1

Ergänzung in allen Abschnitten:

.... ihrer Rasse, Religion oder Ethnie, ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen Orientierung zu Hass oder Diskriminierung aufruft;

Art. 2

Proposition de la commission

Introduction

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 171c (nouveau) al. 1

Celui ou religieuse;

celui d'une race, d'une religion ou d'une ethnie;

celui pris part;

celui ou qui, pour la même raison, minimisera grossièrement ou cherchera à disculper le génocide ou d'autres crimes contre l'humanité;

celui qui aura refusé, dans ou religieuse, le droit d'accès à tous lieux et services destinés à l'usage du public, tels que moyens de transport, hôtels, restaurants, cafés, spectacles et parcs;

sera puni

Art. 171c (nouveau) al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Goll

Art. 171c (nouveau) al. 1

Complément à tous les alinéas:

.... appartenance raciale, ethnique ou religieuse, de leur sexe ou de leurs tendances sexuelles

Einleitung, Art. 171c Abs. 2 – Introduction, art. 171c al. 2

Angenommen – Adopté

Art. 171c Abs. 1 – Art. 171c al. 1

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

102 Stimmen

Dagegen

13 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

C. Bundesgesetz über die Schaffung einer Ombudsstelle gegen Rassismus (neu)

C. Loi fédérale sur un office de médiation contre le racisme (nouvelle)

Antrag Dormann

Titel

Bundesgesetz über die Schaffung einer Ombudsstelle gegen Rassismus

Ingress

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft gestützt auf Artikel 85 Ziffer 1 der Bundesverfassung beschliesst:

Art. 1

Es wird eine Ombudsstelle gegen Rassismus eingesetzt.

Art. 2

Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Art. 3 Abs. 1

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Art. 3 Abs. 2

Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Proposition Dormann

Titre

Loi fédérale sur un office de médiation contre le racisme

Préambule

Conformément à l'article 85 chiffre 1er de la Constitution, l'Assemblée fédérale arrête:

Art. 1

Il est institué un office de médiation contre le racisme.

Art. 2

Le Conseil fédéral règle les détails.

Art. 3 al. 1

Cette loi est soumise au référendum facultatif.

Art. 3 al. 2

Le Conseil fédéral fixe l'entrée en vigueur.

Frau **Dormann**: Bestrafung ist die eine, Prävention ist die andere Seite. Deshalb stelle ich Ihnen als Präsidentin der parlamentarischen Gruppe gegen Rassismus den Antrag, eine Ombudsstelle gegen Rassismus zu schaffen. Unsere Gruppe sieht in der Schaffung dieser Ombudsstelle die Möglichkeit, prophylaktisch gegen Rassendiskriminierung zu wirken. Wir haben uns dabei vom schwedischen Ombudsmann gegen die Diskriminierung ethnischer Minderheiten überzeugen lassen, der uns einen Abend lang seine Arbeit und seine Stellung erklärt hat.

Wie selten zuvor haben sich in den letzten Wochen Hass und Diskriminierung gegenüber ethnischen Minderheiten im Schweizervolk ausgebreitet. Wir haben zum Glück noch keine Rostocker Verhältnisse, doch im breiten Volk schwelt eine Ablehnung und Unsicherheit dem Fremden gegenüber, die beängstigende Ausmasse angenommen haben. Es scheint, dass wir unsere Identitätskrise mit der Diskriminierung der Ausländer, die bei uns wohnen, zu bewältigen versuchen. Vorurteile, Unwissenheit und Unsicherheit gegenüber der Andersartigkeit sind vielfach die Ursache für diese Haltung. In der Innerschweiz hat sich die Atmosphäre im vergangenen Herbst den Ausländern gegenüber dermassen ins Negative gesteigert, dass bei einem Ja am 6. Dezember 1992 eine Gewalteskalation nicht auszuschliessen gewesen wäre. Das haben bestimmt weder die Befürworter noch die Gegner der EWR-Vorlage erzeugen wollen. Wir müssen handeln. Es drängt sich eine doppelte Zielsetzung auf:

1. der Abbau von diskriminierender rassistischer Ideologie und rassistischen Uebergriffen;
2. die Förderung eines menschenwürdigen, interethnischen oder interkulturellen Zusammenlebens.

Unsere Gruppe gegen Rassismus ist fest überzeugt, dass mit der Schaffung einer Ombudsstelle gegen Rassismus zur Verminderung der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, nationaler oder ethnischer Herkunft sowie Religion beigetragen werden kann.

Nach unserer Vorstellung gibt es drei Möglichkeiten, wie die Ombudsperson gegen Rassismus der ethnischen Unterdrückung entgegenwirken kann:

1. Die Ombudsperson gegen Rassismus hilft Einzelpersonen, die unterdrückt werden, indem sie ihnen Rat gibt und Auskunft erteilt.
2. Die Ombudsperson gegen Rassismus schlägt entsprechende Massnahmen vor, wie dem Rassismus begegnet werden kann, und berät die Regierung und das Parlament in solchen Angelegenheiten.
3. Die Ombudsperson gegen Rassismus nimmt an öffentlichen Debatten teil oder veranstaltet Anlässe, um die Meinungsbildung zu ermöglichen.

Es wird nicht bestritten, dass es in der Schweiz bereits Institutionen gibt, die diese Ziele als die ihren erklären. Auch existiert trotz der bedrohlichen Zunahme von interkulturellen Konflikten ein gewisser Erfahrungsschatz auf dem Gebiet des Zusammenlebens von Angehörigen fremder Gesellschaften und damit verschiedener Wertsysteme. Diese Einzelaktivitäten reichen aber niemals aus, um den bei uns schwelenden Rassismus in den Griff zu bekommen. Es ist die Aufgabe des Staates, vorbeugende Massnahmen zu ergreifen, wenn private Aktivitäten durch das Ausmass der Diskriminierung und Ablehnung nicht ausreichen oder deren Träger überfordert sind.

Nach den Vorstellungen der parlamentarischen Gruppe gegen Rassismus hat die Ombudsperson gegen Rassismus keine formale Macht. Ihre Macht liegt vielmehr in der Wahrnehmung der Oeffentlichkeitsarbeit; in Aufklärung und Orientierung über ethnische Differenzen; im Kennenlernen und Analysieren von schwerwiegenden aktuellen Fällen sowie diskriminierenden Äusserungen und Handlungen gegen Fremde oder Andersgläubige; im Dialog mit Betroffenen auf beiden Seiten, in Fällen von schwerwiegenden diskriminierenden Äusserungen und Handlungen; in der Bekanntgabe der Erkenntnisse und Ermöglichung einer objektiven Meinungsbildung; in der Vermittlung von Beratung bei besonders gravierenden interethnischen oder rassistischen Konflikten, z. B. in Schulen, Betrieben, Armee oder auch mit Behörden; im Ausar-

beiten von sinnvollen Massnahmen und Szenarien für ein menschenwürdiges und interkulturelles Zusammenleben.

Einerseits hat die Ombudsperson gegen Rassismus die Aufgabe, zu beraten, zu schlichten und zu vermitteln; andererseits ist diese Person Klagemauer für Personen, die durch Rassismus diskriminiert werden. Am bedeutungsvollsten ist die Orientierung der Bevölkerung über die kulturelle, soziologische und religiöse Andersartigkeit der Fremden. Nicht zu unterschätzen werden dabei die Medienarbeit der Ombudsperson und ihre Anregungen im Journalismusbereich sein. Nach Meinung der parlamentarischen Gruppe gegen Rassismus ersetzt die Ombudsperson weder die Eidgenössische Kommission für Ausländerprobleme noch jene für Flüchtlingsfragen. Vielmehr würden sich diese Instanzen gegenseitig ergänzen. Bis jetzt gelang es diesen Kommissionen eher schlecht, ihre Anliegen und Vorstellungen umzusetzen, da ihnen einerseits die Mittel und andererseits das notwendige Sprachrohr zur Vermittlung ihrer Anliegen fehlten. In dieser Beziehung kommt der Ombudsperson gegen Rassismus eine Vermittlerrolle zwischen Kommissionen, die aus Fachleuten bestehen, und der Oeffentlichkeit zu. Sie haben das Kommissionspostulat zur Schaffung einer eidgenössischen Kommission gegen Rassismus überwiesen. Denkbar wäre auch, anstelle einer neuen Kommission einen Fachausschuss zu bilden, der sich aus Fachleuten aus den beiden bestehenden Eidgenössischen Kommissionen – für Flüchtlingsfragen einerseits und für Ausländerprobleme andererseits – rekrutiert. Nötigenfalls wären diese beiden Kommissionen mit Fachleuten für ethnische Fragen und Minderheitenprobleme zu ergänzen.

Sie sehen, die Vorstellungen der parlamentarischen Gruppe gegen Rassismus für die Schaffung einer Ombudsstelle gegen Rassismus und über die Funktion der mit dieser Aufgabe beauftragten Person heben sich eher von den Vorstellungen von einer allgemeinen Ombudsperson ab. Uns ist bekannt, dass die Motion Gadiant zur Schaffung einer Ombudsstelle von beiden Räten überwiesen worden ist. Das ist aber kein Grund, dem Antrag zur Schaffung einer Ombudsstelle gegen Rassismus nicht zuzustimmen. Vielmehr könnte diese Stelle zum Pilotprojekt für die Realisierung der Ombudsstelle für allgemeine Fragen und Anliegen werden. Ob eine einzige Ombudsperson nebst allen anderen abzudeckenden Anliegen dem eskalierenden Problem von Diskriminierung und Rassismus gerecht werden kann, bleibt offen.

Mit der Schaffung einer Ombudsstelle gegen Rassismus könnten wir die notwendigen Erfahrungen sammeln, vorbeugend arbeiten und die Anwendung des Strafgesetzbuches wegen Verletzung von Menschenrechten im Bereich Rassismus vermindern.

Als Ergänzung zum entsprechenden Artikel im Militärstrafgesetz könnte der Ombudsmann gegen Rassismus auch die Information und Beratung von Armeeangehörigen übernehmen. Gerade Jugendliche im Teenageralter und Leute Anfang zwanzig sind anfällig, vom Klima des Rassismus und der Gewalt angesteckt zu werden.

Unsere Vorstellung über die Funktion und Aufgabe der Ombudsperson gegen Rassismus ist zwar sehr vielseitig, aber keine Utopie. Sie entspricht weitgehend dem schwedischen Ombudsmann, der seit 1985 diese Stelle ausgebaut hat und der mit drei Mitarbeitern mit sehr gutem Erfolg arbeitet. Oder sind Ihnen rassistische Uebergriffe in Schweden bekannt?

Ich bitte Sie namens der parlamentarischen Gruppe gegen Rassismus, unserem Antrag auf Schaffung einer Ombudsstelle gegen Rassismus zuzustimmen.

Frau **Heberlein**: Der Antrag von Frau Dormann lag unserer Kommission bekanntlich nicht vor, doch ich meine, er ist sicher prüfenswert. Wir müssen uns bemühen. Aber auf der anderen Seite haben wir gehört: Es bestehen bereits die Eidgenössische Kommission für Flüchtlingsfragen und die Eidgenössische Kommission für Ausländerprobleme, und zusätzlich würden dann noch eine Kommission für Rassismusfragen plus die Ombudsstelle geschaffen. Es scheint mir daher wichtig, dass der Ständerat mit der Ueberweisung Ihres Antrages

die Möglichkeit erhält, den Gesetzestext noch anzupassen und zu korrigieren; er ist sicher nicht der Weisheit letzter Schluss.

Dass die Ombudsstelle eine wichtige Funktion erfüllen kann, gerade im Hinblick auf die Auslegung und Interpretation der neuen Strafrechtsbestimmungen, scheint mir wesentlich zu sein.

Ich kann nicht im Namen der FDP-Fraktion sprechen, weil wir keine Gelegenheit hatten, diesen Antrag zu diskutieren. Ich würde aber persönlich beantragen, dass wir diesen Zusatzantrag nicht bekämpfen, sondern unterstützen, auch wenn der Gesetzestext nochmals überarbeitet werden muss.

Frau Grendelmeier: Ich bitte Sie dringend, dieses Postulat zu unterstützen.

Wir wissen es alle: Wenn die Schweiz etwas unternehmen will, dann gründet sie zuerst einmal eine Kommission. Das beruhigt das Gewissen und hilft, die ganze Sache ein bisschen abzdämpfen. Hier geht es aber eigentlich nicht mehr darum. Wenn wir vorhin schon die Kommission beschlossen haben, dann finde ich es noch viel wichtiger, dass wir dieses Modell einer Ombudsstelle übernehmen, und zwar, weil eine Ombudsstelle – das hat sich in der Schweiz inzwischen auch herumgesprochen – eine andere Wirkung haben kann und auch hat, als sie eine Kommission haben kann. Im Normalfall haben solche Kommissionen bei uns ein sehr geringes Gewicht, und vor allem haben sie keine Mittel. Herr Caccia hat uns in der Kommission eindrücklich geschildert, wie wenig er effektiv tun kann. Und somit wird die Kommission zu einer einzigen Alibifunktion. Das möchten wir in diesem Falle in aller Form bekämpfen.

Was wir brauchen – Frau Dormann hat es sehr eindrücklich geschildert –, ist einerseits ein Gesetz zur Bekämpfung des Rassismus bzw. zur Bestrafung von diesbezüglichen Straftätern; andererseits ist die Prävention noch wichtiger: Dazu gehört Information, aber auch eine Sprechstundenfunktion. Es ist notwendig, dass für Leute, die sich nicht anders zu wehren wissen, als allenfalls ausfällig, gewalttätig werden, eine Anlaufstelle geschaffen wird, die sehr viel mehr nützen kann als alle Kommissionen dieses schönen Landes.

Ich bitte Sie sowohl im Namen der parlamentarischen Gruppe gegen Rassismus, der ich angehöre, als auch im Namen der LdU/EVP-Fraktion sehr dringend, diesem Postulat zuzustimmen.

M. de Dardel: Le groupe socialiste appuie chaleureusement la proposition de Mme Dormann. Tout d'abord, il est très important de montrer à la population que notre effort en vue du combat contre le racisme ne porte pas seulement sur des dispositions répressives, mais sur des mesures positives. A ce sujet, le groupe parlementaire contre le racisme a effectivement été très impressionné en entendant l'expérience du médiateur suédois. D'une part, ce médiateur constitue une institution peu onéreuse; elle est très bon marché. D'autre part, bien qu'il n'ait aucun pouvoir décisionnaire, ce médiateur dispose manifestement d'un certain prestige en Suède. Il est une référence constante pour les autorités, pour la presse, pour les médias, pour la population en matière de problèmes de racisme. Il est consulté systématiquement pour toutes les modifications ou projets législatifs qui peuvent comporter un aspect concernant les discriminations raciales. Enfin, il est régulièrement interpellé par la presse quand se posent les problèmes de discrimination raciale. Comme son statut est suffisamment indépendant, comme il bénéficie de suffisamment de prestige, il peut se permettre de prendre des positions claires et nettes de critique, y compris à l'égard de ministres, par exemple, qui auraient eu quelque dérapage de vocabulaire à propos de problèmes d'immigration. Ainsi, le médiateur suédois nous a expliqué qu'effectivement il avait pu prendre une position publique critique par rapport à un ministre qui, il y a quelques mois, avait eu un dérapage de vocabulaire à connotation raciste éventuelle.

Donc, nous vous invitons chaleureusement à soutenir et à voter la proposition Dormann.

Präsident: Die Fraktion der Grünen Partei teilt mit, dass sie den Antrag Dormann unterstützt.

Dreher: Wir stehen am Ende einer Session, wo wir die Erfahrung gemacht haben, wie ausserordentlich schwierig es ist, einmal bewilligte Stellen und Kredite rückgängig zu machen, die in einer Zeit der «Lebe heute, zahle morgen»-Mentalität beschlossen wurden. Und offensichtlich, so macht es den Eindruck, lernt dieses Parlament wiederum nichts, wie der Antrag Dormann beweist. Es ist eine absolute Zumutung, in der heutigen Zeit mit diesem aus dem Ausland herbeigeredeten Problem nun wieder Staatsstellen schaffen zu wollen, die dann andere Leute bezahlen müssen. Wir wehren uns im Interesse des Steuerzahlers dagegen, dass wieder staatliche Strukturen erweitert und vertieft werden, die wir nie mehr werden wegrbringen können, auch wenn vielleicht das Schweizervolk 1995 die politische Quittung ausstellen wird an diejenigen Parteien, die für die desolante Asylpolitik verantwortlich sind, deren Bekämpfung Sie heute mit Rassismus gleichsetzen.

Die Fraktion der Auto-Partei lehnt den Antrag ab. Er ist absolut unnötig. Es ist nur wieder ein Aufflackern aus einer gewissen Haltung heraus, dass man da wieder etwas tun sollte. Ich erwarte von der FDP- und der SVP-Fraktion, dass sie ihn ablehnen und endlich einmal die Konsequenzen ziehen aus dem, was man die ganze Zeit in den Budgetberatungen und -beschlüssen erzählt hat.

Mme Sandoz: Le postulat – parce qu'il est difficile de qualifier juridiquement la proposition faite par Mme Dormann – contient en lui-même une idée qui paraît excellente. Appartenant en effet au groupe parlementaire contre le racisme, j'ai pu entendre avec d'autres les propos tenus par l'ombudsman suédois à ce sujet, et nous avons pu constater que, dans une certaine mesure, les problèmes délicats qui peuvent se poser en matière pénale en relation avec une irritation raciste qui en général monte rapidement peuvent être réglés de façon favorable pour l'atmosphère générale d'un pays par un ombudsman, dans la mesure où celui-ci est véritablement ressenti comme un homme de confiance à qui on peut s'adresser. Dans cet état d'esprit, il est parfaitement conforme à une conception libérale du respect de la personne d'envisager la création d'un tel médiateur pour lutter contre le racisme.

La question de la procédure choisie par Mme Dormann pose un problème, et à ce point de vue là, le Parti libéral ne peut évidemment pas soutenir un projet de loi qui serait traité comme une initiative parlementaire. Je tiens à dire que nous sommes favorables à l'idée d'une médiation en matière de racisme. En revanche, la question de la procédure pose un problème qui implique que l'on s'abstienne.

Frau Stamm Judith, Berichterstatterin: Der Antrag von Frau Dormann lag uns in der Kommission in ähnlicher Form als Antrag Rechsteiner vor. Wir hatten zuerst auch formale Probleme damit, Herr Rechsteiner hat uns dann einen solchen Gesetzesentwurf vorgelegt.

Die Kommission hat den Vorschlag Rechsteiner relativ knapp mit 10 zu 8 Stimmen abgelehnt, im wesentlichen nicht, weil sie nicht von der Güte einer solchen Institution überzeugt gewesen wäre, sondern deshalb, weil Herr Krafft auf die von Frau Dormann bereits erwähnte Motion Gadiant hinwies, die von beiden Räten überwiesen wurde. Eine entsprechende Vorlage hat die Vernehmlassung passiert. Sie wird im Verlauf des nächsten Jahres in Form eines Gesetzesentwurfes vor die Räte kommen. Es soll dort eine allgemeine Ombudsstelle vorgeschlagen werden.

Ich überlasse es Ihnen, zu entscheiden, ob es sinnvoll ist, dieses auf der Motion Gadiant basierende Gesetz abzuwarten, oder ob es nicht ebenso sinnvoll sein könnte, sich hier für ein entsprechendes Pilotprojekt einzusetzen.

M. Comby, rapporteur: La commission a examiné une proposition similaire qui a été faite par M. Rechsteiner concernant la nomination d'un ombudsman et finalement, sur la base des explications données, notamment par M. l'ambassadeur Krafft, selon lesquelles la nomination d'un ombudsman était

prévues, un projet a été élaboré au sein de l'administration fédérale et serait soumis l'année prochaine en relation avec un postulat déposé en son temps par M. Gadiet.

Après discussion sur la question, la commission, étant donné cette situation, a voté par 10 voix contre la proposition et 8 voix pour la proposition, mais elle ne s'est pas prononcée sur le fond de la proposition de M. Rechsteiner qui est reprise par Mme Dormann. Personnellement, j'avais émis des réticences concernant une telle proposition, parce qu'il est vrai qu'il faut comparer ce qui est comparable. Par exemple, la Suède, dont on parle, n'est pas un pays fédéraliste comme la Suisse. Si l'on nomme un ombudsman à Berne, faut-il en nommer aussi dans les cantons? Ce sont autant de questions dont il faudrait pouvoir débattre. Comme M. Felber, président de la Confédération, dit qu'il a dans ses valises un projet de loi plus ou moins prêt, je pense qu'il serait utile que le Parlement puisse en débattre sur la base d'un projet plus détaillé.

Sur le fond de la question et à titre personnel, je pense, après nouvelle réflexion, qu'il faudrait faire un pas supplémentaire dans la direction d'un office de médiation qui permettrait de mieux lutter à l'avenir contre la discrimination raciale. A l'instar de Mme Stamm Judith, je vous laisse juges, mais après avoir écouté M. Felber, président de la Confédération.

M. Felber, président de la Confédération: Je n'ai pas la sagesse infuse, Monsieur le Président, mais j'aimerais préciser que le Conseil fédéral est en effet en train de préparer un message concernant une loi qui instituerait un office de médiation et qui serait soumise à l'appréciation de votre Parlement l'année prochaine également – cela ne figure pas dans mes valises plus particulièrement, mais dans celles de l'un ou l'autre de mes collègues, je ne sais plus lequel d'ailleurs, cela n'a pas d'importance. Le Conseil fédéral travaille sur ce sujet, c'est tout à fait véridique et sérieux.

Un tel office devrait bien sûr avoir la compétence d'intervenir auprès de l'administration fédérale à la demande de particuliers, et de se proposer comme médiateur. L'office de médiation n'aurait cependant pas de pouvoirs de décision ni de jugement, bien évidemment. Il ne pourrait pas prendre part directement aux procédures administratives.

A notre avis, une proposition de loi telle que celle déposée par Mme Dormann, conseillère nationale, est un peu dure car trop contraignante. Nous préférierions la forme du postulat ou de l'initiative parlementaire qui nous aurait permis d'accepter le postulat, par exemple, de l'analyser et de vérifier si nous pouvions y répondre dans le projet de loi concernant la création d'un office de médiation auquel on pourrait attribuer différentes tâches.

Le postulat correspond à la voie dans laquelle nous nous engageons. En revanche, si vous soumettez une loi complète telle que la vôtre, cela nous surprend tout d'abord car nous n'avons pas eu le temps de discuter des divers articles de cette loi; ensuite cela nous imposerait un office avant même qu'on ait parlé de l'office d'ombudsman tel que nous voulons le créer pour l'ensemble des rapports de service entre la Confédération, l'administration et le peuple suisse.

Präsident: Wir kommen zur Bereinigung des Antrages Dormann. In einer ersten Abstimmung beschliessen wir Eintreten oder Nichteintreten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Dormann (Eintreten)	58 Stimmen
Dagegen	34 Stimmen

Gesamtberatung – Traitement global du projet

Titel und Ingress, Art. 1–3

Titre et préambule, art. 1–3

GesamtAbstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	55 Stimmen
Dagegen	35 Stimmen

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Seite 1 der Botschaft

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires selon la page 1 du message

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr

La séance est levée à 13 h 00

Rassendiskriminierung. Uebereinkommen und Strafrechtsrevision

Discrimination raciale. Convention et révision du droit pénal

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	VI
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.029
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.12.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2650-2679
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 076

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.